

1/1991

Die Golfkrise –
neue Dimension
des
Nord-Süd-
Konflikts



COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte
und vergleichenden Gesellschaftsforschung

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

Veröffentlicht vom

Interdisziplinäres Zentrum

zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der
Universität Leipzig und der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V.

Wissenschaftlicher Beirat:

Louis Roura Aulinas, Barcelona • Hans-Joachim König, Eichstätt • Wolfgang Küttler,
Berlin • Guy Lemarchand, Rouen • Hans-Jürgen Lüsebrink, Passau • Magnus Mörner,
Göteborg • Edoardo Tortarolo, Turin • Michel Vovelle, Paris

Redaktion:

Maria Bude, Dorothea Ernst, Manfred Kossok, Editha Kroß, Matthias Middell,
Rolf Müller-Syring, Michael Zeuske

Anschrift der Redaktion:

Interdisziplinäres Zentrum zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher
Transformationen (IZT) i.G.

Universität Leipzig

Augustusplatz 9 · 7010 Leipzig · Tel. 7 19 22 81

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich mit einem Umfang von
ca. 120 Seiten. Einzelheftpreis 9,80 DM; Jahresabonnement 37,— DM; Studenten-
abonnement 29,40 DM (jeweils incl. Mehrwertsteuer); Abonnement für Mitglieder der
Karl-Lamprecht-Gesellschaft 33,— DM (im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Bestellungen direkt an die Redaktion erbeten.

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung
Heft 1 (1991)

Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt? Die Golfkrise als Herausforderung für eine neue
Weltordnung

Herausgegeben von Rolf Müller-Syring

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
Adel Karasholi	Chirurgische Präzision 9
Arnd Krause	Der Krieg am Golf: Beginn einer neuen Weltordnung oder der militärischen Eskalation des Nord-Süd-Konflikts? 10
Henner Fürtig	Die Golfkrise aus historischer Sicht 20
Martin Beck	Politökonomische Hintergründe der Golfkrise: Das Weltenergiesystem und das Erdöl des Mittleren Ostens 35
Rolf Müller-Syring	Die internationale Dimension der Krise am Golf 48
Dokumentation	Aufruf an arabische Intellektuelle und an Freunde der arabischen Welt 67
Literaturhinweise	71
Buchbesprechungen	Ulrich Encke: Saddam Hussein. Ein Porträt, München 1990; Bahman Nirumand (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost, Reinbek b. Hamburg 1990 (<i>Steffen Kling</i>); Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.): Analysen zum Golfkrieg, Tübingen 1991 (<i>Rolf Müller-Syring</i>); Henner Fürtig: Saddam Hussein - der neue Saladdin? Irak und der Golfkrieg, Berlin 1991 (<i>RMS</i>); Peter Pawelka/Hans-Georg Wehling/Isabella Pfaff (Hrsg.): Die Golfregion in der Weltpolitik. Der Bürger im Staat, Stuttgart 1991 (<i>RS</i>). 73
Mitteilungen und Berichte	83
Autorenverzeichnis	89

Die Zeitschrift *COMPARATIV · Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* ist eine Initiative von Historikern und versucht ganz bewußt, die Einbeziehung der historischen Dimension gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu einer Leitidee interdisziplinären Herangehens zu entwickeln. Gerade deshalb versteht sie sich aber nicht als eine ausschließlich historische Zeitschrift: Sie soll zu einem Ort des Gesprächs zwischen Geschichtswissenschaft und eher systematisch orientierten Sozialwissenschaften werden.

Die starke komparatistische Tradition an der Leipziger Universität - von Karl Lamprechts vergleichender Betrachtung der Kulturkreise über die wesentlich von Walter Markov initiierte vergleichende Kolonialgeschichte und die in den siebziger und achtziger Jahren betriebene vergleichende Revolutionsgeschichte bis hin zu der Perspektiverweiterung auf den Vergleich reformerischer und revolutionärer Varianten gesellschaftlichen Wandels seit etwa 1986 - soll in *COMPARATIV* ihren Ausdruck und ihre Fortsetzung finden. Traditionen der vergleichenden Forschung sind aber ebenso in der Leipziger Psychologie und Soziologie, in der Politik-, Erziehungs- und Literaturwissenschaft wie in der Linguistik verankert. Die komparative Methode ist zweifellos eine der Gemeinsamkeiten, die eine fachübergreifende Originalität des Wissenschaftsstandortes Leipzig ausmachen. Vergleich verstehen wir dabei weniger als das ungerechtfertigte Messen (und letztlich Abwerten) der realgeschichtlichen Entwicklungsprozesse an einem idealtypisch stilisierten „Normalweg“, sondern als unvoreingenommenes Prüfen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden als Voraussetzung für das Erkennen allgemeiner gültiger Zusammenhänge und spezifischer Erscheinungen.

Gesellschaftliche Transformation erscheint als allgemeine, nicht disziplinspezifische Kategorie, die den Wandel in den verschiedenen Ebenen und Zeithorizonten des Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse zu erfassen gestattet. Die Orientierung auf die Untersuchung von Transformationen an der Leipziger Universität bezieht ihren Reiz und ihre Berechtigung zuerst sicher aus dem erlebten, vor unseren Augen ablaufenden gesellschaftlichen Wandlungsprozeß, dessen auch intellektuelle Bewältigung eine enorme Herausforderung an die Gesellschaftswissenschaften unserer Tage stellt. Zum zweiten erscheint die Kategorie in ihrem umfassenden Charakter, dessen innere Gliederung noch zu bestimmen sein wird, als eine ideale Aufforderung zum interdisziplinären Dialog, in den die je spezifischen Qualitäten der einzelnen Wissen-

schaftsdisziplinen für das Verständnis eines letztlich unteilbaren Gegenstandes einzubringen sind. Nicht Beliebigkeit der Definitionen aus einzelnder Sicht, sondern ein Gespräch über mögliche Zugänge und ihr Verhältnis zueinander ist das Anliegen.

Die Chance eines wirklichen intellektuellen Neubeginns, der überlieferte Kategorien grundsätzlich in Frage stellt (auch um Bewahrenswertes an ihnen festzuhalten!), eröffnete sich mit dem Gesellschaftsumbruch, für den das Jahr 1989 eine Zäsur in internationaler Dimension bildete. Die sich daraus ergebende Aufbruchstimmung muß für einen wirklich interdisziplinären Diskussionszusammenhang genutzt werden, soll nicht allein eine „konservative Modernisierung“ durch bestätigenden Rückfall in überlieferte Strukturen und Denkhaltungen geleistet werden. Das derzeit in Gründung befindliche Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT) an der Leipziger Alma mater versteht sich bewußt als universitäre Einrichtung und richtet seine Aufmerksamkeit auf die Verbindung von gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, Lehre und Doktorandenausbildung, ihre Qualifizierung und Intensivierung in fachübergreifender Arbeit. COMPARATIV wendet sich deshalb keineswegs nur an etablierte Wissenschaftler, sondern auch an interessierte Studenten und will jüngeren Autoren die Möglichkeit zum Vorstellen ihrer Arbeitsergebnisse geben. Zugleich soll die außeruniversitäre Bildungsarbeit unterstützt und damit ebenso eine wichtige Aufgabe der Hochschule eingelöst werden. Dies hoffen die Herausgeber durch die enge Bindung an die Tätigkeit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. gewährleisten zu können. Lehrer im Geschichts- oder Sozialkundeunterricht sollen auf den Seiten von COMPARATIV aus der Präsentation internationaler Forschungszusammenhänge und der Information über aktuelle Trends vielfältige Anregungen für ihre Arbeit finden.

Die Meinung der Leser wird für die Qualifizierung einer Zeitschrift, die in einer Zeit des Umbruchs den schwierigen Start wagt, ein wichtiges Korrektiv sein.

In COMPARATIV verschlingen sich Anfang und Ende auf besondere Weise. Der Erfahrungsfundus aus interdisziplinärer vergleichender Arbeit, der seinen Niederschlag in den Heften der Leipziger Beiträge zur vergleichenden Revolutionsforschung (1982 bis 1990) und den Bänden der Reihe „Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte“ (Berlin 1969 bis 1990) gefunden hat, ist kritisch auf seine weitere Gültigkeit zu überprüfen. Gleichfalls soll nicht auf die bewährten Instrumente der monatlichen Kolloquia und regelmäßiger internationaler Tagungen verzichtet werden. Dies umso mehr, als das Interdisziplinäre Zentrum zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformationen Teil eines internationalen Forschungsverbundes ist, der uns in der Hoffnung bestärkt, daß traditionelle Bande der Kooperation bewahrt und neue geschaffen werden können. Besondere Erwartung knüpfen sich hierbei an die Tätigkeit des Beirats der Zeitschrift. Neben Aufsätzen und Buchbesprechungen sollen Mitteilungen über länderübergreifende Kontakte zur vergleichenden Gesellschaftsforschung in COMPARATIV ihren Platz finden und die Zusammenarbeit unterstützen.

*

Das erste Heft von COMPARATIV ist der Golfkrise und dem zweiten Golfkrieg gewidmet. Wie sehr dieses Ereignis in das Gewissen der Welt eingeschnitten hat, bedarf keines Kommentars. Die Frage, ob sich die Achse der Weltgeschichte um 90° vom Ost-West- zum Nord-Süd-

Konflikt gedreht hat, wird für die Zukunft auf der Tagesordnung bleiben. Die offensichtlich gewordene Verknüpfung verschiedener internationaler Gegensätze, die ökologischen Konsequenzen der Vorgänge am Golf und die neu aufgebrochene Kurdenfrage belegen die Unteilbarkeit der Geschichte an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert auf dramatische Weise. Die Feststellung der Notwendigkeit sozialen Wandels verknüpft sich mit der Frage nach der Erhaltung des Friedens durch Interessenausgleich.

Dank gilt den eingeladenen Autoren, die mit ihren Beiträgen COMPARATIV gewissermaßen aus der Taufe gehoben haben, und insbesondere Rolf Müller-Syring für die Koordinierung der Heftgestaltung.

Dieses Heft erscheint mit Unterstützung der *Maison des Sciences de l'Homme*, Paris.

Adel Karasholi

Chirurgische Präzision

Die Leichen Mutter die Leichen
Lebendig verbrannt
Zerfetzt
Verkohlt
Die Leichen lebendig -
Sie springen mir im Traum an die Kehle
Affen werfen keine Bomben
Diese Krone der Schöpfung aber der Mensch
Ach
Steh auf vom Grabe Mutter
Steh auf
Komm
Nimm mich zurück
In deinen toten Schoß

Die Leichen Vater die Leichen
Lebendig begraben
Zerfetzt
Verkohlt
Lebendig die Leichen -
Sie belagern mich tags nachts
Von allen Seiten
Satte Hyänen töten nicht
Die Krone der Schöpfung aber dieser Mensch
Ach
Steh auf vom Grabe Vater
Steh auf
Komm
Mach mich wieder ungeschehen
Ich will nicht mehr
Mensch sein

14.2.1991

Dr. Adel Karasholi, geboren 1936 in Damaskus, nach dem Verbot des syrischen Schriftstellerverbandes 1961 außer Landes, Flucht über den Libanon und die BRD in die DDR, in Leipzig Studium am Literaturinstitut und an der Theaterhochschule, Dissertation über Brecht, seit 1968 als Lektor an der Leipziger Universität, Lyriker und Übersetzer, mehrere Gedichtbände, lebt in Leipzig.

Adel Karasholi

Chirurgische Präzision

Die Leichen Mutter die Leichen

Lebendig verbrannt

Zerfetzt

Verkohlt

Die Leichen lebendig -

Sie springen mir im Traum an die Kehle

Affen werfen keine Bomben

Diese Krone der Schöpfung aber der Mensch

Ach

Steh auf vom Grabe Mutter

Steh auf

Komm

Nimm mich zurück

In deinen toten Schoß

Die Leichen Vater die Leichen

Lebendig begraben

Zerfetzt

Verkohlt

Lebendig die Leichen -

Sie belagern mich tags nachts

Von allen Seiten

Satte Hyänen töten nicht

Die Krone der Schöpfung aber dieser Mensch

Ach

Steh auf vom Grabe Vater

Steh auf

Komm

Mach mich wieder ungeschehen

Ich will nicht mehr

Mensch sein

14.2.1991

Dr. Adel Karasholi, geboren 1936 in Damaskus, nach dem Verbot des syrischen Schriftstellerverbandes 1961 außer Landes, Flucht über den Libanon und die BRD in die DDR, in Leipzig Studium am Literaturinstitut und an der Theaterhochschule, Dissertation über Brecht, seit 1968 als Lektor an der Leipziger Universität, Lyriker und Übersetzer, mehrere Gedichtbände, lebt in Leipzig.

Der Krieg am Golf: Beginn einer neuen Weltordnung oder der militärischen Eskalation des Nord-Süd-Konfliktes?

Genau sechs Wochen nach Beginn des Krieges zwischen einer alliierten Streitmacht und dem Irak um die Befreiung des Scheichtums Kuwait und hundert Stunden nach Eröffnung der Bodenoffensive schwiegen am 28. Februar 1991 die Waffen in der Golfregion. Drei Tage später wurde der förmliche Waffenstillstand abgeschlossen. Die Menschheit atmete auf, denn die worst-case-Szenarios, an denen es beiden kriegführenden Parteien wahrlich nicht mangelte, hatten sich nicht erfüllt. Einer der „bemerkenswertesten Feldzüge aller Zeiten“, so der britische Premier John Major, hatte sein vorläufiges Ende gefunden und trotz seiner relativ kurzen Dauer nicht nur im Nahen Osten, sondern in der Welt insgesamt das Kräfteverhältnis auf dramatische Weise verändert.

Der historische Platz dieses Kriegsdramas, der ersten großen bewaffneten Auseinandersetzung nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West, wird noch für lange Zeit nicht nur unter Historikern und Politologen heftige Debatten auslösen. Noch ist es zu früh, die wahre Geschichte dieses Krieges zu schreiben, denn zu dicht verschließt der Vorhang aus brennendem Öl, rigoroser Militärzensur auf beiden Seiten sowie Propaganda und Gegenpropaganda die objektive Sicht auf seine Vorgeschichte, seinen militärischen Verlauf und seine politischen und diplomatischen Begleitumstände. Erst wenn sich eines Tages die Staatsarchive Washingtons, Moskaus, Bagdads und anderer beteiligter Mächte öffnen werden, kann das Geheimnis dieses Krieges annähernd enthüllt werden. Doch bereits heute schälen sich fünf große Fragenkomplexe der historischen Analyse heraus, die bisher aus der öffentlichen Debatte weitgehend verdrängt worden sind:

Erstens: War dieser Krieg tatsächlich unvermeidlich?

Zweitens: Ist in diesem Krieg die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt worden?

Drittens: War das wirklich ein „Krieg für den Frieden“, der zukünftig eine friedliche Neugestaltung der Verhältnisse im Nahen Osten erleichtert?

Viertens: Werden die USA im Rahmen der von ihnen angestrebten „neuen Weltordnung“ die friedensstiftende Rolle der UNO fördern und werden sie als einzig verbleibende Supermacht die Weltorganisation weiter primär als

Instrument ihrer strategischen Weltmachtambitionen
benutzen?

Fünftens: War dieser blutige Krieg am Golf der Auftakt für eine
Epoche weltweiter militärischer Konflikte zwischen
Nord und Süd?

Versuchen wir, einige der Faktoren, die zur Beantwortung dieser Fragen notwendig sind, zu bestimmen.

Begonnen hat der Konflikt am Golf am 2. August 1990 mit dem Einfall irakischer Truppen ins benachbarte Kuwait als ein zwischenstaatlicher Konflikt zwischen zwei Ländern der Dritten Welt nach dem Scheitern diplomatischer Lösungsversuche im Rahmen der Arabischen Liga und Signalen aus Washington, sich nicht einmischen zu wollen. Dieser Akt einer völkerrechtswidrigen Aggression verschärfte sich durch die Annexion Kuweits und dessen Einverleibung als 19. Provinz in das irakische Staatsgebiet, entwickelte sich zu einer regionalen Krise, die dann im Verlauf weniger Wochen durch die vom UNO-Sicherheitsrat abgesegneten umfassenden Embargomaßnahmen gegen den Aggressor und die Stationierung einer multinationalen Streitmacht mit rund 750 000 Soldaten in Saudi-Arabien, darunter ein von den USA gestellter Kern mit 430 000 GI's, gleichermaßen politisch und ökonomisch internationalisiert wurde. Dem Irak stand schließlich eine Anti-Saddam-Koalition von 28 Staaten unter der Führung der USA gegenüber. Der irakische Diktator Saddam Hussein setzte, wie sein Gegenspieler Bush auf der anderen Seite, natürlich mit anderen Intentionen und anderen Protagonisten, von Anfang an auf eine Internationalisierung des Konflikts, in dem er die mögliche Räumung Kuweits von einer Lösung anderer Konflikte in der Region, insbesondere dem Palästina-Problem und dem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verknüpfte und dieses vordergründig am Konflikt nicht beteiligte Land mit Kriegsdrohungen übersättigte. Dieses „linkage“ wurde von den USA sofort und kategorisch zurückgewiesen, obwohl jedem klar sein mußte, daß eine künftige Friedensordnung im Nahen Osten ohne Versuche zur Lösung des Palästina-Problems illusorisch sein würde. Um sich die östliche Flanke im drohenden Krieg freizuhalten, machte Saddam seinem vormaligen Kriegsgegner im ersten Golfkrieg und Erzrivalen Iran ein umfassendes Friedensangebot und rief die Führung dieses Landes zu islamischer „Solidarität“ auf. Saddam Husseins Offerte war politisch nicht mehr und nicht weniger als das Eingeständnis seiner totalen Niederlage nach dem Ende des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges. Die ernüchternde Antwort aus Teheran kam als Neutralitätserklärung im von Saddam ausgerufenen Jihad, dem „Heiligen Krieg“ der gläubigen Moslems, nicht nur der Araber, gegen die finsternen Mächte der „Ungläubigen“, repräsentiert vor allem durch die Vereinigten Staaten und Israel und deren „verräterische“ arabische Hilfstruppen. Damit waren die Ausgangsprämissen für das nun folgende Drama geschaffen, die „Logik des Krieges“ (François Mitterrand) in Gang gesetzt, die Eskalation - aus der Sicht der USA und ihrer Verbündeten - von der „Linie im Sand“ über die „Operation Wüstenschild“ bis hin zur „Operation Wüstensturm“ nahezu unvermeidlich. Seit Anfang November 1990 - mit der Entscheidung Bush's, eine halbe Million US-Soldaten sowie eine gewaltige Luft- und See-

kriegsflotte im Nahen Osten zu stationieren - waren alle verzweifelten diplomatischen Versuche, noch in letzter Minute die Phase des heißen Krieges zu vermeiden (Mitterand, Perez de Cuelhar, Gorbatschow), aus amerikanischer Sicht nur noch Störfaktoren im bevorstehenden show-down zwischen „desert storm“ und der von Saddam beschworenen „Mutter aller Schlachten“.

Die Aggression Saddam Husseins gegen das kleine benachbarte Kuwait forderte die Weltgemeinschaft zu einem Zeitpunkt heraus, in dem sich in Europa die scheinbar festgefügte Nachkriegsordnung auflöste. Die Jahre 1989 und 1990 markierten auf diesem Kontinent einen historischen Wendepunkt: Die demokratischen Bewegungen in Osteuropa und in der damaligen DDR, stimuliert von der durch Gorbatschow in der Sowjetunion seit 1985 eingeleiteten Perestroika, zerstörten in kürzester Zeit nach einer längeren Phase des wirtschaftlichen Niedergangs und der Stagnation den „real existierenden“ Staatssozialismus und seine kommunistischen Einparteiensysteme. Im Herzen Europas entstand als unerwarteter und später Sieger des Zweiten Weltkrieges ein wiedervereinigtes Deutschland. Der 1975 eingeleitete KSZE-Prozeß fand seine Krönung mit der „Pariser Charta“ vom 21. November 1990, zu einem Zeitpunkt also, in dem sich im Orient bereits die drohenden Schatten einer neuen weltweiten Krise abzeichneten. Das Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West war verknüpft mit dem Niedergang der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen, die während der 45 Nachkriegsjahre internationale Stabilität und (relativen) Frieden zwischen den Großmächten der Ersten Welt garantierten. Die USA, selbst Teilnehmer am gesamteuropäischen Prozeß, fühlten sich nunmehr als eindeutiger Sieger in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und als alleinige Super- und damit Weltordnungsmacht. Die NATO schien ihren Hauptgegner verloren zu haben und begann mit der Suche nach einem neuen Selbstverständnis. Auch für die Vereinten Nationen schien eine neue Ära des Einflusses auf die Weltpolitik anzubrechen. In den USA selbst entbrannte eine innenpolitische Debatte über deren weltpolitische Rolle, in der vor Ausbruch der Golfkrise die Befürworter isolationistischer und protektionistischer Tendenzen vor dem Hintergrund wachsender Sorgen um die Zukunft des eigenen Landes angesichts des verlorengegangenen Bodens im wirtschaftlichen Wettlauf gegenüber Japan und Westeuropa dominierten. Die von Bush geprägte, bisher noch verschwommen und ambivalent bleibende Vision von einer „neuen Weltordnung“ unter amerikanischer Führung - de facto also einer neuen Variante der „Pax Americana“ - hat diese Diskussion in eine neue Richtung gelenkt.

Noch ist es zu früh, um eindeutig feststellen zu können, ob sie die direkte Antithese zu Gorbatschows „neuem Denken“ bzw. deren durch die Realitäten der Weltpolitik erzwungenen Korrektur sein wird. Eine zentrale Bedeutung wird dabei der künftigen Rolle der UNO zukommen. In seiner historischen Grundsatzrede vor der UNO-Vollversammlung am 7. Dezember 1988 - also noch vor dem Zerfall der kommunistischen Regimes in Europa - hatte Gorbatschow seine Konzeption von der UNO als internationaler Institution der Demokratisierung einer pluralistischen Welt vorgelegt, den Übergang zu schnellstmöglicher weltweiter Abrüstung angemahnt und eine daraus erwachsende Friedensdividende für die Dritte Welt und zur Lösung globaler Probleme prognostiziert. „Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten“,

fürte er seinerzeit aus, „in der dem Fortschritt die universalen Interessen der gesamten Menschheit zugrundeliegen werden“. Damals hatte Gorbatschow jene zwei großen Revolutionen beschworen, die den „Charakter des historischen Prozesses stark beeinflußt und den Verlauf des Weltgeschehens radikal verändert“ hatten: die Französische von 1789 und die Russische von 1917. Doch schon ein bis zwei Jahre später waren nicht nur die ideologischen Grundlagen der letzteren zusammengebrochen. Die überraschend veränderte internationale Ordnung führte zum Entstehen, besser: dem Bewußtwerden einer neuen Bipolarität zwischen Nord und Süd, die vorher durch den dominanten Ost-West-Konflikt vielfach verdrängt und überlagert worden war. Zehn Jahre vor dem Ende des zweiten Jahrtausends verringern sich die als mittelbares und unmittelbares Ergebnis der Ost-West-Konfrontation entstandenen Konflikte in der Dritten Welt, insbesondere die Stellvertreter-Kriege (Vietnam, Afghanistan, Kampuchea, südliches Afrika), dafür nehmen aber blutige Regionalkonflikte zu, in denen sich weder die USA noch die Sowjetunion zugunsten einer der Konfliktparteien engagieren, solange nicht ihre eigene wirtschaftliche und strategische Sicherheit gefährdet erscheint. Gerade weil die Konfrontation zwischen den Supermächten abnimmt, wächst in der Dritten Welt die Gefahr, daß bestimmte Staaten ihre regionale Hegemonialposition dazu nutzen, eine neue Form einer internationalen Klientelwirtschaft aufzubauen (Syrien-Libanon, Libyen-Tschad).

Der Überfall des Irak auf Kuwait muß offenbar auch in diesen Zusammenhang eingeordnet werden. Offensichtlich spekulierte Saddam Hussein fälschlicherweise mit der Möglichkeit, sowjetische gegen amerikanische Interessen auszuspielen zu können. Doch der sowjetische Außenminister Schewardnadse verurteilte den Irak im September 1990 vor dem UNO-Sicherheitsrat mit den Worten: „Ein Akt des Terrorismus ist gegen die sich herausbildende neue Weltordnung verübt worden. Dies ist ein schwerwiegender Affront gegen die Menschheit. Wenn wir keinen Weg finden, darauf zu antworten und diese Lage zu meistern, dann wird unsere Zivilisation um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen.“ Zu diesem Zeitpunkt konnte davon ausgegangen werden, daß das Konzept einer neuen Weltordnung gemeinsam von Amerikanern und Sowjets getragen würde, gestützt auf die Charta der UNO, wonach der Sicherheitsrat „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ trägt. Und in der Tat verabschiedete dieses Gremium 12 Resolutionen, mehrere davon präzedenzlos wie der Beschluß über eine internationale See- und Luftblockade und die erstmalige Anwendung des Artikels 42 der UNO-Charta mit dem Beschluß einer gemeinsamen Militäraktion gegen einen Aggressor. Das Kairoer Massenblatt „al-Akbar“ wertete das beeindruckende Zusammenwirken von USA und Sowjetunion als „Beginn einer strategisch langanhaltenden Supermacht-Allianz zur Bewältigung regionaler Konflikte im Nahen Osten und zur Überwindung von Despotien à la Saddam im Rahmen einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges“. Die UNO galt in den Augen der USA plötzlich nicht mehr als „Gefahrenpunkt“ (Daniel Patrick Moynihan) oder gar als „Schlangennest“ (Jeanne Kirkpatrick), als es ihnen unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen gelang, ihre Interessen nunmehr leichter in der Weltorganisation durchzusetzen, wie die Annahme der zumeist von ihnen vorgelegten Resolutionsentwürfe bewies.

Bereits während des Golfkrieges, besonders jedoch nach seinem auf den ersten Blick so erfolgreichen Ende, wurde zunehmend deutlicher, daß die USA ein internationales System anstreben, „dem die Überlegenheit einer Supermacht zugrundeliegt“ (Zbigniew Brzezinski) und das es den USA gestatten wird, auch das nächste Jahrhundert zu einem „amerikanischen“ zu machen. Diese Intentionen hatte Präsident Bush bereits am Jahreswechsel in seinem „Time“-Interview zum Ausdruck gebracht: „Wir haben eine unverhältnismäßige Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit vieler Länder... Die Menschen erwarten von uns Führerschaft.“ Noch eindeutiger wurde der konservative Kolumnist Charles Krauthammer, als er in der halboffiziösen „Foreign Affairs“ Anfang des Jahres schrieb: „Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit in solchen Zeiten sind Amerikas Stärke und Willenskraft, eine unipolare Welt zu rühren, ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie gegebenenfalls zu erzwingen.“ Die Welt unter dem Sternbanner also, zumal, wie Brezinzki meint, „die Sowjetunion mit ihrem Anspruch auf den Status einer Weltmacht gescheitert ist“? Und der britische Nahostexperte und Publizist Edward Mortimer stellt die berechnete Frage, ob Bush mit seinem Aufruf zu einer neuen, von den USA getragenen Weltordnung, die am Gegenstand der Golf-Krise zu entfalten wäre, nicht doch eher zu einer „new world disorder“ beitrage.

Das Dilemma zwischen dem Mandat des UNO-Sicherheitsrates und den von Bush neu definierten nationalen strategischen Interessen der USA wurde bei der Kriegszielproblematik evident. Über den tatsächlichen und vorgegebenen Kriegszielen der Konfliktparteien lag im Golfkrieg ein dichter propagandistischer Schleier. In seiner „Rede an die Nation“, in der Präsident Bush am 28. Februar 1991 die Waffenruhe am Golf verkündete, führte er aus: „Kuweit ist befreit. Iraks Armee ist geschlagen. Unsere Kriegsziele sind erreicht.“ Ging es den USA tatsächlich nur um die Wiederherstellung des Status quo ante, wenn auch auf Kosten eines durch Kriegszerstörungen weitgehend verwüsteten Kuweit und Irak und eine vernichtende Niederlage für die irakische Kriegsmaschine? Die tatsächlichen Kriegsziele der USA waren wesentlich umfangreicher. Vor Kriegsende hatten Bush und andere ranghohe Repräsentanten seiner Administration kaum Zweifel darüber gelassen, daß dieser Krieg auch auf die Vernichtung des Irak als militärisch und politisch gefährlicher regionaler Mittelmacht im Nahen Osten zielte, was den Sturz Saddam Husseins zur Voraussetzung hatte. Und die Erdölinteressen der USA, deren Wirtschaftsmechanismus entscheidend auf der ständigen gesicherten Verfügbarkeit billigen Öls beruht? Eine emphatische Antwort darauf findet sich in einem Essay Wolf Biermanns. „Natürlich“, heißt es dort, „geht es den Amerikanern auch ums Öl. Ich bin froh darüber, daß es solche zuverlässig miesen Interessen gibt. Israel stünde sonst allein da.“

Auch das irakische Kriegsziel beschränkte sich nicht nur auf die Annexion Kuweits, sondern bestand darin, die arabische - auf die Sympathien der pauperisierten Araber und der Palästinenser gestützte - Hegemonialmacht zu werden und Konkurrenten wie Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, aber auch den Iran in die zweite Reihe zu verweisen. Und nach der Entfesselung des Krieges unterließ Saddam Hussein auch nichts, Israel in ihn zu verwickeln, um die antiirakische Koalition zu sprengen, die USA zu isolieren und den Golfkrieg in eine Auseinandersetzung zwischen Israel und allen arabischen Staaten zu verwandeln. Bereits nach Ausbruch der Krise

hatte er durch das verlogene Ausspielen der palästinensischen Karte versucht, das Zustandekommen einer solchen Koalition zu unterlaufen.

Die militärische, ökonomische, politische und ökologische Bilanz des Golfkrieges ist verheerend. Zwar wurde aus ihm kein neuer Weltkrieg, aber ein Weltkonflikt, der nicht nur die bisherige fragile Ordnung im Nahen Osten, sondern auch die Beziehungen der Industrienationen zur Dritten Welt ernsthaft in Frage gestellt hat. Bei seiner Fortsetzung bestand die reale Gefahr, daß Kuwait, das „befreit“ werden sollte, in eine unbewohnbare Wüste gebombt und geschossen und der Irak in ein völlig zerstörtes Land verwandelt worden wäre.

Nach dem „Ende des Kalten Krieges“ wurden erstmalig gegen einen Staat der Dritten Welt jene Waffensysteme und Konzepte eingesetzt, die seitens der NATO gegen den „potentiellen Gegner“ Sowjetunion im Falle eines konventionellen Krieges in Europa entwickelt worden waren. Die „Air-Land“-Strategie war von den Planern des Pentagon ursprünglich als Antwort auf einen angenommenen Angriff der Roten Armee in der Mitte Europas konzipiert. Kombiniert mit der vom Oberbefehlshaber der Alliierten, General Schwarzkopf, perfekt beherrschten Taktik der Überraschung des Gegners, der Täuschungsmanöver und Desinformation sowie hoher Mobilität der Einsatzkräfte, erwiesen sich die Waffensysteme der Alliierten der irakischen Kuwait-Armee mit ihrer halben Million Mann, mit 4 000 Panzern überwiegend sowjetischer Bauart und mit einer ebenfalls hauptsächlich von den Sowjets gelieferten Luftabwehr, haushoch überlegen. Die irakische Strategie, den Konzepten des Zweiten Weltkrieges entlehnt und bereits in den Stellungs- und Bodenkämpfen während des Krieges mit Iran dubios geworden, vermochte den Dauerbombardements der Alliierten und deren Umgehungsmanövern am Boden nichts militärisch Gleichwertiges entgegenzusetzen. In der Luftkriegsphase, in der die Alliierten über 100 000 Einsätze flogen, gelang der irakischen Abwehr nur der Abschluß von 51 gegnerischen Maschinen.

Die totale militärische Überlegenheit der Anti-Saddam-Koalition nährte - vor allem in der Anfangsphase des Krieges - den Mythos vom „sauberen“ Krieg. Die Zensur tat ihr übriges, um diesen Eindruck möglichst auch noch bis zum Kriegsende zu erhalten. Doch die erst allmählich deutlichere Konturen annehmende Schadensbilanz dieses Krieges, die auf irakischer Seite 100 000 bis 200 000 Tote ausweist, entlarvt die These vom „sauberen Krieg“ als zynische High-Tech-Illusion, mit der das massenhafte Elend und Leiden der vom Kriege betroffenen unschuldigen Menschen in der umkämpften Golfregion verdrängt und ignoriert werden sollte. Darüber hinaus war es trotz der Nichtanwendung von atomaren und chemischen Waffen ein Krieg, in dem zahlreiche, durch die Konventionen des Roten Kreuzes verbotene und geächtete Vernichtungswaffen zur Anwendung kamen.

Die wirtschaftliche Basis Kuweits, die Ölförderung, wurde weitgehend zerstört. Die ökonomischen Schäden im Irak erreichen astronomische Dimensionen. Auf dieses Land wurden 300 000 Bomben abgeworfen, die Hälfte der irakischen Ölförderungsanlagen wurde zerbombt, drei Viertel der Elektrizitätskapazitäten liegen in Trümmern, die Wasserversorgung großer Städte wie Bagdad und Basra ist zusammengebrochen. Hunderttausende von in Kuwait und im Irak beschäftigten Arbeitskräften aus den arabischen Anrainerstaaten und aus Asien mußten fliehen,

zum großen Teil unter Zurücklassung ihres gesamten Besitzes und sehen nun einer völlig ungewissen Zukunft entgegen.

Die arabische Welt ist nach dem Krieg tiefer gespalten denn je. Dabei geht der Riß nicht nur durch die Staaten, die sich der Anti-Saddam-Koalition angeschlossen hatten und jene, die wie Jordanien und Jemen proirakische Sympathien entwickelten, sondern vor allem hat sich die Kluft zwischen den Massen und den jeweiligen Führungseliten, die fast ausnahmslos über keinerlei demokratische Legitimation verfügen, in einer Weise vertieft, daß die innenpolitische Stabilität vieler Regime ernsthaft gefährdet erscheint. Der Mythos der Einheit der „arabischen Nation“ ist endgültig zerstoßen, aus zerstrittenen Brüdern sind nun Sieger und Besiegte geworden. Die sozialpsychologische Dimension einer von den Massen als erneute Demütigung empfundenen Niederlage der arabischen Welt besteht nicht nur in einer zu befürchtenden Liaison zwischen geschwächtem Nationalismus und erstarkendem Fundamentalismus. Die Kombination von nationalistischer und religiöser Rhetorik, die das politische Auftreten Saddam Husseins seit Beginn der Golfkrise kennzeichnete, dürfte in Zukunft gelehrige Nachahmer finden.

Über das wahre Ausmaß und die weltweiten klimatischen Folgen der durch den Golfkrieg ausgelösten ökologischen Katastrophe gibt es nur vage Vermutungen. Heute steht aber bereits fest: die Umwelt der Region ist eines der furchtbarsten Kriegesopfer geworden. Anders als bei früheren Öko-Kriegszügen, beim Einsatz des hochgiftigen Entlaubungsmittels Agent Orange in Vietnam oder beim Ölkrieg zwischen Irak und Iran, reichen die Konsequenzen des Öko-Terrors diesmal weit über den „Feind“ hinaus. Nach Schätzungen des Washingtoner „World Watch Institute“ gehen täglich drei Millionen Barrel Öl (andere Schätzungen sprechen sogar von sechs Millionen Barrel) in Flammen auf, mehr als das Doppelte der von Kuwait vor dem Krieg geförderten Menge. Noch völlig unbekannt sind die Folgen der alliierten Bombardements von Chemie- und Atomanlagen im Irak. Der Krieg gegen die Umwelt ist auch nach der Waffenruhe nicht zum Stillstand gekommen. Noch immer treibt ein Ölteppich im Golf, brennen Hunderte von Ölquellen in Kuwait, geht schwarzer, die landwirtschaftlichen Nutzflächen verseuchender Regen über die Nachbarländer nieder. Der Krieg hat die Golfregion in das größte ökologische Notstandsgebiet aller Zeiten verwandelt.

Durch den Sieg der Alliierten über den Irak wurde keiner der im Nahen Osten und im Golfraum seit Jahrzehnten schwelenden Konflikte gelöst. Der Krieg hat nur ein Unrecht beseitigt, ohne das Knäuel der übrigen Interessengegensätze und Feindschaften zu überwinden. Besteht nun nach diesem „Krieg für den Frieden“ eine reale Chance - womöglich die letzte - die Probleme der Region friedlich, durch Kompromisse und Konsens zu lösen? Zweifel sind angebracht. Trotz seiner unerwartet kurzen Dauer hat dieser Krieg die politische Konstellation im Nahen Osten grundlegend verändert. Eindeutig ist, die Suche nach Frieden in der Region wird weit schwieriger als das Gewinnen des Krieges sein. Dem Blitzkrieg wird kein Blitzfrieden folgen. Israel, eindeutig auf der Seite der Kriegsgewinner stehend, zeigt sich weniger denn je geneigt, die UNO-Resolutionen 242 und 338 über die Rückgabe der besetzten Gebiete und Ost-Jerusalem zu akzeptieren, den amerikanischen Vorschlag „Land-für-Frieden“ ernsthaft aufzugreifen oder einen Kompromiß mit der palästinensischen Intifada zu suchen. Die arabischen

Mitglieder der Anti-Saddam-Koalition werden ihren Anteil am Sieg über Saddam Hussein einklagen und damit eine „ziemlich lange Zeit der Verdächtigungen, der Spannungen und des Mißtrauens“ einleiten, wie ein jordanischer Minister formulierte. Die USA stehen vor der komplizierten Aufgabe, die Früchte ihres militärischen Sieges in politische Aktivposten zu verwandeln. Ihr vom State Department ausgearbeiteter Friedensplan sieht u.a. die Schaffung einer neuen regionalen Sicherheitsstruktur unter weiterem Verbleib US-amerikanischer Streitkräfte, vor allem einer starken Marinepräsenz, vor. Ferner soll ein regionales „Rüstungskontrollregime“ installiert werden.

Die Lösung des arabisch/palästinensisch-israelischen Konflikts soll bei Ausschluß der PLO, die sich durch ihre offene Parteinahme für Saddam Hussein diskreditiert habe, erfolgen. Darüber hinaus sollen die arabischen Staaten eigenverantwortliche Maßnahmen zum Ausgleich des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den reichen Ölstaaten und den armen Ländern der Region beschließen. Dieser Katalog deckt sich mit der Forderung Gorbatschows, nunmehr die Gesamtproblematik des nahen Ostens auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Er warnte am 26. Februar 1991: „Wenn wir diese Frage nicht lösen, werden wir immer ein Pulverfaß haben, das die ganze Welt zerstören kann.“

Die grundsätzlichen Hindernisse für eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten sind vielfältig und gravierend, denn in dieser Region ist ein gordischer Knoten von Unterentwicklung und inneren sozialen Konfliktpotentialen, Überrüstung, Machtambitionen und Gebietsansprüchen, Umverteilungsbestrebungen und fehlender Demokratie zu zerschlagen. Dabei könnte zynisch formuliert werden, daß die einzige Konstante in diesem nahöstlichen Kräftepoker der seit 1948 schwelende israelisch-arabische Konflikt sei. Die erfolgversprechendste und langfristig wahrscheinlich auch einzige Lösung der Nahost-Konflikte wird die mühsame und unspektakuläre Suche nach einem Kompromiß und Interessenausgleich im Rahmen einer von der UNO initiierten nahöstlichen Friedenskonferenz sein, wobei die historischen Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa, der 1972 begann und erst 1990 seinen Abschluß fand, ohne vordergründige Analogien genutzt werden könnten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges werden die ungelösten Probleme des Verhältnisses zwischen Nord und Süd zu einer wachsenden Bedrohung für den Frieden der Welt. Die zunehmende Selbstzentrierung des Nordens, die fast ausschließliche Beschäftigung mit seinen eigenen Problemen zeugen von einem fehlenden politischen Willen, die Probleme der Dritten Welt rechtzeitig und kooperativ zu lösen. Die fortschreitende Verarmung des Südens fördert ein explosives Gemisch aus Massenelend, Umweltzerstörung und ökonomischer Bevormundung und Ausplünderung. Die einzige Alternative zu diesem zerstörerischen Weg ist ein friedlicher Interessenausgleich zwischen Völkern, Staaten und Regionen, der die Gefahr neuer bewaffneter Konflikte bannt.

Die Explosion am Golf hat die Dringlichkeit eines Neuansatzes zur Regelung der Beziehungen zwischen Nord und Süd auf dramatische Weise hervorgehoben. Der Golfkrieg eskalierte zwar nicht zum Weltkrieg, wurde aber, wie Antje Vollmer schreibt, „der erste Krieg zwischen der Ersten und Dritten Welt“. Auch Immanuel Wallerstein warnt: „Die Krise am Persischen Golf ist die erste militärische Nord-Süd-Konfrontation. Es wird nicht die letzte sein.“

Wenn die „neue Weltordnung“ den Golfkrieg zum Testfall, zum Modell direkter und indirekter Kriege gegen die legitimen Interessen der Dritten Welt macht, wäre das ein Rückfall in das imperiale Denken des „klassischen“ Kolonialismus. In einer solchen Weltordnung würde die Dritte Welt auf einen der untersten Plätze verbannt, erneut zum Spielball hegemonistischer und interventionistischer Politik degradiert.

Kehren wir zur Beantwortung einiger der eingangs gestellten Fragen zurück: Die militärische Option zur Bewältigung der Kuwait-Krise war nur eine der möglichen Varianten einer Konfliktlösung. Noch nie zuvor hatte die Völkergemeinschaft - gestützt auf die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates - eine größere Chance als in diesem Falle, einen Aggressor durch ein totales Embargo, das etwa nach einem Jahr hätte voll wirksam werden können, in die Knie zu zwingen. Die menschlichen Opfer und die materiellen Zerstörungen dieses Krieges lassen die These, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt wurde, ebenfalls in einem dubiosen Licht erscheinen. Die Chancen einer friedlichen Lösung der Probleme des Nahen Ostens werden durch einen bevorstehenden neuen Rüstungswettlauf in dieser Region ernsthaft untergraben. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ entwirft das bedrückende Szenario: „Jedem größeren Krieg im Nahen Osten folgte eine größere Eskalation im regionalen Rüstungswettlauf. Auch diesmal könnten die Visionen einer neuen Weltordnung diesem 'business as usual' nicht gewachsen sein.“

Die Rolle, die die UNO in diesem Konflikt spielte, verweist auf die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform ihres Funktionsmechanismus. Zwar legitimierte der UNO-Sicherheitsrat die Aktionen der von den USA geführten Anti-Saddam-Koalition, alle weiteren Entscheidungen fielen jedoch nicht durch sie selbst. Angefangen von der Festlegung des Kriegsbeginns, über die Mittel und Ziele der Kriegsführung bis zur Formulierung der Bedingungen für einen Waffenstillstand hat nicht die UNO, sondern Präsident Bush in mehr oder weniger gründlicher Abstimmung mit anderen Alliierten die Entscheidung getroffen. Aus diesem Grunde wurde - und das vor allem in den Augen der Völker der Dritten Welt - aus einer UNO-Mission zur Abwehr der irakischen Aggression vordergründig ein Konflikt zwischen den USA und dem Irak.

Der Golfkrieg hat die Debatte um die Führbarkeit von Kriegen am Ausgang unseres Jahrhunderts wiederbelebt. Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre war nicht nur in der Friedensbewegung, sondern weit darüber hinaus, ein Konsens darüber erreicht worden, daß angesichts der drohenden nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit Kriege kein Mittel der Politik mehr sein können. In Europa hat die Erkenntnis, daß ein mit Massenvernichtungsmitteln zwischen Ost und West ausgetragener Krieg zum Untergang aller führen und keine Sieger kennen würde, die Entspannungspolitik und den langwierigen Weg zur KSZE ermöglicht.

Sie hat den Frieden gesichert und zu den radikalen Umwälzungen im Osten des Kontinents beigetragen.

Hat der Golfkrieg diesen Schluß umgekehrt, hat er den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gleichsam rehabilitiert? Die Beantwortung dieser Frage ist angesichts Dutzender von Kriegen, die seit 1945 im Schatten des Ost-West-Konfliktes in der Dritten Welt

geführt und zum Teil auch gewonnen wurden, nicht einfach. In den 35 größten dieser Kriege sind mindestens 20 Millionen Menschen umgekommen.

Verlauf und Ergebnis des Golfkrieges sind kein Argument für die nun scheinbar wieder möglich gewordene Führbarkeit von Kriegen im Atomzeitalter. Der Krieg hat im Gegenteil die Unmöglichkeit bewiesen, am Ende des 20. Jahrhunderts mit militärischen Mitteln politische Ziele zu erreichen oder gar einen Krieg zukunftsweisend zu beenden. Der Weg zu einer neuen Weltordnung, die diesen Namen wirklich verdient, führt nicht über den Krieg. Eine zunehmend multipolar werdende Welt, in der die strukturellen Probleme der Weltwirtschaft und der Weltökologie weiterhin ungelöst bleiben, in der das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd immer krasser wird, birgt jedoch die Gefahr unvorstellbarer politischer und sozialer Eruptionen in sich. Die dringend notwendige Neuordnung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd kann nicht unter Kriegsdrohungen und Einschüchterung erfolgen. Zu Recht schreibt der amerikanische Soziologe Norman Birnbaum: „Es gibt keine militärischen Lösungen für Krankheit, Hunger und Armut, für das Erbe jahrtausendealter ethnischer und religiöser Konflikte sowie für die Erinnerung an koloniale Demütigung.“ Nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West darf die Zukunft der Welt nicht von neuen „kalten“ und „heißen“ Kriegen zwischen Nord und Süd oder im Süden selbst, überschattet werden. Vielmehr geht es für unsere fragil gewordene, interdependente Welt nun vorrangig um die Schaffung demokratischer und gerechter Strukturen und Institutionen, mit denen die Menschheit den großen Herausforderungen des dritten Jahrtausends begegnen kann. Nur auf diese Weise können solch aggressive Völkerrechtsverletzungen wie der Überfall Saddam Husseins auf Kuwait in Zukunft ausgeschlossen werden. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und am Golf haben die Schaffung einer gerechten Friedensordnung in dieser Region an die Spitze der politischen Prioritäten treten lassen.

Die Golfkrise aus historischer Sicht

Auch nachdem am Golf die Waffen schweigen, verstummen jene Publizisten nicht, die den seit dem 17. Januar 1991 tobenden Krieg um die Befreiung Kuweits zum ersten militärischen Nord-Süd-Konflikt erklärten. Achtundzwanzig alliierte Nationen standen in der saudi-arabischen Wüste dem Aggressorstaat Irak gegenüber. Dessen Präsident, Saddam Hussein, wiederum gelang es, Sympathien bei Millionen von Arabern zwischen Mauretania und Mesopotamien zu erringen.

Nachdem die Menschheit gerade erst Zeuge der Beendigung des Kalten Krieges geworden war und allerorten Träume von der einen Welt für alle reiften, schien die Dimension des Golfkrieges eher von der nahtlosen Ablösung des Ost-West-Konfliktes durch einen globalen Nord-Süd-Konflikt zu künden. Dieser Wertung der Ereignisse am Golf sollte jedoch nicht blindlings gefolgt werden. Zum ersten sind der Geschichte „sich selbst erfüllende Prophezeiungen“ nicht fremd, d.h. eine Entwicklung kann auch als unabwendbar herbeibeschworen werden, jede mögliche Gegenwehr paralyisierend. Zum zweiten birgt ein erster Schritt zu einem weltumspannendenn Nord-Süd-Konflikt elementare Risiken für den Weltfrieden, die - zumindest gegenwärtig - sogar höher scheinen, als sie es in den aktivsten Phasen des Ost-West-Konfliktes waren. Mit diesem war die Menschheit eine Art Arrangement eingegangen, in dessen Rahmen Konfliktregulierungsmechanismen, erprobte Ablauffolgen und Austragungsszenarien existierten. Alle jene Elemente fehlen in einem militärischen Konflikt zwischen Nord und Süd und gestalten ihn quasi unkalkulierbar. Zum dritten behindert die Behandlung des Problems in dieser Größenordnung Regelungs- und Lösungsansätze erheblich bzw. blockiert sie sogar.

Die Erkenntnis, daß in der ökonomisch und strategisch so bedeutsamen, zugleich aber auch von einer Unzahl neuerer und älterer Probleme und Widersprüche gebeutelten Region des Nahen und Mittleren Ostens diese Widersprüche ein fast unentwirrbares Knäuel darstellen und politisch fast ausnahmslos mehr oder weniger miteinander zusammenhängen, droht unterdessen zum Gemeinplatz zu verkommen. Dabei müssen alle seriösen Lösungsversuche der aufgestauten Probleme des Vorderen Orients, einschließlich des Golfkonflikts, diese Komplexität berücksichtigen. Lösungen der Probleme und Widersprüche stünden aber erst am Ende der Entwicklung, sie en bloc anzugehen, bedeutete fast unausweichlich Scheitern, denn es entstände latent das Bestreben, das Knäuel als Gordischen Knoten zu betrachten und wiederum zum Schwert zu greifen.

Viel erfolgversprechender erscheint dagegen, die Konflikte und Widersprüche zu vereinzeln, sie zu zerlegen, zu fraktionieren¹, um eine Abfolge hinsichtlich der Erfolgsaussichten ihrer Lösung festlegen zu können. Am Anfang stünde zunächst die Regelung, die Konflikte auf ihr substantielles Maß zurückführt, Ansätze gemeinsamer Interessen der Konfliktparteien herausarbeitet, also Schritte, die bei aller Ungeduld vieler Betroffener einer Lösung zwingend vorausgehen müssen.

Dieses Herangehen wird umgehend ergeben, daß die politische Interdependenz vieler Widersprüche und Probleme im Nahen und Mittleren Osten nicht automatisch auch völkerrechtliche Verknüpfung oder Identität der historischen Wurzeln bedeuten muß. Mit der Anerkennung dieser Unterschiede lassen sich besser jene Ebenen finden, auf denen der Regelungs-, später Lösungsprozeß in Gang gebracht werden kann.

Auf den Golfkonflikt bezogen, kann das z.B. heißen, sich intensiver mit der Vorgeschichte des 2. August 1990 zu befassen, d.h. mit der irakischen Aggression gegen Kuwait, und weniger mit den unzähligen Implikationen der Entwicklung bis zum 17. Januar 1991, dem offenen Kriegsausbruch zwischen Irak und den Alliierten. Zweifellos verfolgte die irakische Führung mit ihrem Einmarsch in Kuwait eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen, die teilweise weit über das Emirat am Persischen Golf hinausgingen. Nichtsdestoweniger war aber Kuwait das Aggressionsopfer, und die folgenreichen Ereignisse begannen am 2. August 1990 und nicht im Januar 1991.

Das sollte Anlaß sein, auch im Hinblick auf mögliche zukünftige Regelungsvarianten, die Vorgeschichte des irakisch-kuwaitischen Konfliktes näher zu untersuchen.

Kuweit und die Al-Sabah

Die Al-Sabah, die Herrscherfamilie Kuweits, eine der Formationen innerhalb des Stammesverbandes der Al Utub, siedelten gemeinsam mit anderen Familien des Stammes, aus dem Nagd, dem Herzen der arabischen Halbinsel kommend, seit dem 17. Jahrhundert im heutigen Gebiet von Kuwait und in der Region südlich von al-Basra. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts hatten sie sich innerhalb der Sippen eine Vormachtstellung erkämpft. Scheich Gabir Al-Sabah gründete die gleichnamige Dynastie, bevor er 1756 starb. Sein Sohn Sabah al-Gabir ernannte sich im gleichen Jahr zum ersten Emir von Kuwait. Die neue Dynastie profitierte von der persischen Besetzung al-Basras (1775 - 1779), die Kuwait einen Handelsaufschwung bescherte und die britische Ostindische Gesellschaft veranlaßte, Kuwait als Transitzentrum für den Handel zwischen Europa und dem Fernen Osten zu etablieren. Der zweite Emir, Abdallah, hatte sich ab 1793 verschiedener Versuche der wahhabitischen Al Saud aus dem Nagd zu erwehren, Kuwait zu erobern. Er stellte Kuwait im gleichen Jahr erstmals unter den Schutz der britischen Krone, die in Kuwait-Stadt eine Faktorei eröffnet hatte und mit den wichtigsten kuwaitischen Familien Handel trieb. 1821 ernannte die britische Regierung einen ständigen Residenten für das Emirat. Trotzdem mußte Emir Gabir, der seinem Vater 1812 auf den Thron gefolgt war, 1829 die Oberhoheit des Osmanischen Reiches über das Gebiet anerkennen und Tribute zahlen. Kuwait wurde administrativ Teil der osmanischen Provinz al-Basra, obwohl die Hohe Pforte das Gebiet weder eroberte noch jemals volle Souveränität darin ausübte. Wenn es die eigenen

Machtambitionen erlaubten, beteiligten sich die Al-Sabah jedoch auch an osmanischen Feldzügen zur Unterwerfung der Stämme auf der arabischen Halbinsel. So nahm Kronprinz Mubarak Ende des 19. Jahrhunderts an der osmanischen Eroberung von al-Hasa teil und machte reiche Beute. Sein Ruf als Kriegsheld und die Ergebenheit seiner Stammeskrieger ließen Mubarak 1896 den regierenden Herrscher ermorden und sich zum 7. Emir von Kuwait ausrufen. Spätestens bis 1898 war der ambitionöse Mubarak davon überzeugt, daß es ihm nutzen würde, die alten Verbindungen zu den Briten wiederzubeleben. Eigenständigkeit gegenüber den Osmanen konnte er auf Dauer nur mit britischer Unterstützung erreichen, und al-Basra als Haupthandelszentrum im nördlichen Golfgebiet den Rang abzulaufen, war auch nur mit britischem Wohlwollen denkbar. In Erinnerung an die „goldenen Zeiten“ zu Beginn des Jahrhunderts unterstützten die führenden Familien Kuweits den neuen Emir und ermutigten ihn, 1899 einen offiziellen Protektoratsvertrag mit Großbritannien zu unterzeichnen. Ein weiterer Vertrag regelte 1907 Einzelheiten des bilateralen Verhältnisses zwischen Kuwait und der britischen Regierung. So erhielt Mubarak britische Subsidien und konnte der britischen Unterstützung bei der Verlegung des Perlen- und Fischhandels nach Kuwait sicher sein. Im Schatten der antiosmanischen britischen Nah- und Mittelostpolitik bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich Kuwait zu einem blühenden Handelszentrum. Nur zu gern ließ sich Mubarak von den aristokratischen Familien seines Emirats den Beinamen „der Große“ verleihen. Außenpolitisch hatte er sich allerdings vollständig in die Hand der Protektormacht begeben. Als Kuwait als eventueller Endpunkt der vom kaiserlichen Deutschland initiierten Bahnlinie Berlin-Bagdad-al-Basra ins Gespräch kam, nutzte die britische Regierung diese Vollmachten nach Kräften, um der Allianz aus Deutschland und dem Osmanischen Reich den Zugang zum Persischen Golf zu verwehren. In der anglo-osmanischen Konvention vom 29. Juli 1913 mußte die Hohe Pforte die britisch-kuweitischen Verträge von 1899 und 1907 anerkennen. Kuwait erhielt den Status eines „autonomen Distrikts“, in einem Umkreis von 60 Kilometern um Kuwait-Stadt wurde dem Emir von den Osmanen die volle Souveränität zugestanden. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhinderte jedoch die Ratifizierung der Konvention.

Als „Dank“ für die erfolgreiche Unterstützung bei der britischen Eroberung von al-Basra erhielt Kuwait zum Ende des Ersten Weltkriegs den Status eines „unabhängigen Staates unter britischem Protektorat“. Völkerrechtlich galt dieser bis zur endgültigen Unabhängigkeit 1961. Gleichzeitig wurden die Al-Sabah als einzige rechtmäßige Herrscher Kuweits bestätigt. Mubarak „der Große“ erlebte diesen Tag aber nicht mehr, er starb am 3. Januar 1916. Um etwaigen Thronzwistigkeiten zuvorzukommen, hinterließ er ein Vermächtnis, das bis in die Gegenwart seine Gültigkeit behalten hat. Seine Söhne Gabir und Salim traten als 8. bzw. 9. Emir die Herrschaft an, und es wurde verfügt, daß nur deren natürliche Nachkommen Anspruch auf den Thron geltend machen können, und zwar in alternierender Reihenfolge. So gehört der gegenwärtig aus dem saudi-arabischen Exil in at-Taif regierende Emir dem Gabir-Zweig der Familie an, während Kronprinz Saad al-Abdallah die Salim repräsentiert.

Das Territorium des Staates Irak umfaßt im wesentlichen die osmanischen Provinzen Bagdad, al-Basra und Mossul. Schon bevor das Osmanische Reich 1918 in Mudros kapituliert hatte, waren die britische und die französische Regierung in dem Geheimabkommen zwischen den

Unterhändlern Sykes und Picot 1916 übereingekommen, die ostarabischen Provinzen der Hohen Pforte unter sich aufzuteilen. Am 20. Oktober 1920 erhielt Großbritannien vom Völkerbund das Mandat über den de facto am „grünen Tisch“ entstandenen Irak. Dessen britischer Hochkommissar, Sir Percy Cox, zog im Vertrag von Uqair 1922 nach eigenem Gusto die im Grunde genommen noch heute gültigen Grenzen zwischen Irak, Saudi-Arabien und Kuwait. Er entzog den Al Sauds einige Gebiete, schlug sie Irak zu und entschädigte die saudischen Herrscher mit kuweitischem Territorium, das immerhin mehr als die Hälfte des ursprünglichen Hoheitsgebietes der Al-Sabahs ausmachte. Zwischen Saudi-Arabien und Kuwait wurde eine neutrale Zone vereinbart, die erst 1969 einvernehmlich zwischen beiden Staaten aufgeteilt wurde. Die seit Beginn der zwanziger Jahre schon chronische Erscheinung gegenseitiger Gebietsforderungen der genannten Staaten entbehrt so faktisch jeder Grundlage, da die Grenzen zwischen ihnen samt und sonders von außen festgelegt worden waren. Selbst Irak erhielt seine endgültige territoriale Gestalt erst Mitte der zwanziger Jahre, nachdem es der britischen Regierung gelungen war, ihrem Mandatsgebiet auch die erdölbreiche Provinz Mossul zuzuschlagen, die entsprechend dem Kapitulationsvertrag von Mudros eigentlich der Türkei belassen werden sollte. Nicht zuletzt kann auch die eindeutig Irak benachteiligende Gestaltung des Grenzregimes am Shatt al-Arab, der den irakischen Golfzugang auf einen nur 29 Kilometer breiten Streifen sumpfigen Landes beschränkt, als Werk von Sir Percy Cox gelten. Kuweits Status als eigenständiges britisches Protektorat war jedoch zu keinem Zeitpunkt der Bildung des Mandatsgebiets Irak unterbrochen, d.h. Kuwait war nie Bestandteil des Staates Irak. Im Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1924 mußte die türkische Regierung alle Ansprüche auf Gebiete außerhalb ihrer damaligen Grenzen aufgeben, somit auch auf Kuwait als Teil der Provinz al-Basra. Am 28. Januar 1932 gab Großbritannien das Mandat über Irak auf, am 3. Oktober 1932 wurde das Land formal selbstständiges Mitglied des Völkerbundes. De facto blieb Irak aber bis 1958 in britischer Abhängigkeit.

Im Sommer 1932 legten der britische Hochkommissar, der Emir von Kuwait und der irakische Ministerpräsident Nuri as-Said die Grenzen zwischen beiden Staaten fest. Demnach wurden die später so heftig umstrittenen Golfinseln Warbah und Bubjan ausdrücklich Kuwait zuerkannt. Nach 1958 erklärte die Regierung in Bagdad diese Vereinbarung jedoch für ungültig, da Irak zu diesem Zeitpunkt noch kein souveräner Staat gewesen sei². Bis zu jenem Jahr herrschte jedoch die Pax britannica am Golf, die es keinem der abhängigen Regimes angeraten erscheinen ließ, offen an Festlegungen zu rütteln, die die Regierung in London getroffen hatte. Mit dem Niedergang des Seehandels und der Perlenfischerei verkam der einst so blühende Handelsplatz Kuwait zwischen den Weltkriegen und galt 1945 als eines der ärmsten Länder der Erde.

Obwohl schon 1938 auf seinem Gebiet eines der größten und trüchtigsten Erdölfelder der Welt ausgemacht worden war, konnte erst 1946 nach den Kriegswirren das erste Erdöl exportiert werden. Damit nahm der schwindelerregende Aufstieg Kuweits zu einem der reichsten Länder des Globus seinen Anfang. 1972 erreichte die Förderung mengenmäßig ihren Höhepunkt. Die Verstaatlichung der gesamten Erdölwirtschaft bis 1977, die Nutzung des Erdgases und die zunehmende Verarbeitung des Bodenschatzes im eigenen Land trugen aber in der Folgezeit dazu bei, daß die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft trotz konjunktureller Schwankungen und

sinkender Förderquoten beständig zunehmen. Auch wenn diese Größenordnung noch nicht in ihrem Ausmaß abzusehen war, konnte Kuwait doch schon als ausgesprochen wohlhabend gelten, als es von Großbritannien aus dem seit 1899 geltenden Protektoratsvertrag entlassen wurde (19. Juni 1961). Die Hoheit über die nach Saudi-Arabien größten Erdölvorkommen in der Region versetzten die Al-Sabah aber nicht nur in Hochstimmung. Rasch erkannten sie, daß sie ihren Reichtum vor einem Zugriff der Nachbarstaaten nicht wirkungsvoll zu schützen vermochten. Deshalb räumten sie der britischen Regierung weiterhin Mitwirkungsrechte bei der Garantierung der äußeren Sicherheit ein, ein Vorgehen, das London wohl erwartet hatte und unter Berücksichtigung der kuweitischen Reichtümer bereitwillig annahm.

Die Krisen von 1961 und 1973

Schon wenige Tage nach der Unabhängigkeitserklärung mußte sich das Schutzbündnis beweisen. Der irakische Ministerpräsident Qasim, der 1958 die Monarchie in Bagdad hinweggefegt hatte und Irak damit in die Souveränität führte, erklärte am 25. Juni 1961 Kuwait zum integralen Bestandteil Iraks. Er übermittelte dem kuweitischen Emir eine Depesche, in der er ihn zum Gouverneur der Provinz al-Basra ernannte, zu der Kuwait seiner Meinung nach immer noch gehöre³. Am 1. Juli rückten daraufhin britische und saudi-arabische Einheiten in Kuwait ein. Der Emir trug seine Beschwerde dem UNO-Sicherheitsrat vor⁴, am darauffolgenden Tag wurde auch Irak bei der UNO mit der Behauptung vorstellig, britisches Militär bedrohe seine Integrität. Während der am 2. Juli stattfindenden Sitzung des Sicherheitsrates unterstützte die Sowjetunion das Anliegen Iraks, folgerichtig stellten sich die USA hinter Kuwait bzw. Großbritannien.

Ägypten verhielt sich als arabische Führungsmacht unentschlossen. Der Sicherheitsrat beendete seine Sitzung ohne Annahme einer Resolution, nachdem der britische Delegierte den ausschließlich defensiven Charakter der Truppenstationierung in Kuwait garantiert hatte und Irak versicherte, den Streit friedlich beilegen zu wollen. In Kuwait selbst änderte sich jedoch die gespannte Situation nicht. In dieser Phase schaltete sich die Arabische Liga ein, obwohl Kuwait der Organisation zum damaligen Zeitpunkt noch nicht angehörte. Zwar lag der Aufnahmeantrag lange vor, aber die übrigen Mitglieder der Liga befürchteten einen Austritt Iraks bei Aufnahme Kuweits und damit ein noch deutlicheres Übergewicht Ägyptens in der arabischen Staatenunion. Kuwait bot dem ägyptischen Präsidenten Nasir eine Beteiligung an den Öleinnahmen des Landes an, wenn er sich des kuweitischen Anliegens annehmen würde. Daraufhin wurden die Aufforderungen im Rat der Liga an Irak dringlicher, einzulenken und seine unrealistischen Ansprüche aufzugeben. Qasim blieb unnachgiebig, und die Arabische Liga beschloß die Aufnahme Kuweits auch gegen heftige irakische Proteste. Gleichzeitig forderte sie den UNO-Generalsekretär auf, dafür Sorge zu tragen, daß die britischen Truppen in Kuwait durch Einheiten der Liga ersetzt werden könnten. Am 10. September 1961 trafen die ersten Verbände der Arabischen Liga in Kuwait ein, neun Tage später waren alle britischen Soldaten abgezogen. Der irakische Ministerpräsident verhielt sich still, so daß die Liga bis Ende 1961 ihre Truppen bis auf einen symbolischen Restverband aus Kuwait abzog. Just in diesem Augenblick hielt Qasim seine Zeit ein zweites Mal für gekommen und erneuerte seine

Forderungen in scharfen Worten. Die britische Regierung bereitete sich erneut auf ihr Eingreifen vor; für diesen Fall kündigte die Arabische Liga Gegenmaßnahmen an. Syrische Vermittlung führte Ende Januar 1962 zu der irakischen Zusicherung, Ansprüche nicht militärisch verwirklichen zu wollen und den Syrern eine reale Schlichtungschance einzuräumen.⁵

Nachdem eine weitere Eskalation ausblieb, zogen die Truppen der Arabischen Liga bis Ende Februar 1962 aus Kuwait ab. Trotzdem führte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuwait und den USA zur umgehenden Unterbrechung derselben zwischen den USA und Irak am 1. Juni 1962. Erst mit der Machtübernahme der Baath-Partei im Irak am 8. Februar 1963 unter Oberst Arif schwand die akute Bedrohung Kuweits durch Irak vorübergehend. Am 14. Mai 1963 wurde Kuwait als 111. Mitglied in die UNO aufgenommen. Noch im November des Vorjahres hatte die Sowjetunion ihr Veto gegen die Aufnahme des Emirats eingelegt, da die Souveränität aufgrund des kuweitisch-britischen Sonderverhältnisses, das der britischen Regierung de facto des Recht einräumte, zu jeder ihr notwendig erscheinenden Gelegenheit militärisch in Kuwait intervenieren zu können, nicht gegeben schien.

Am 15. September 1963 erkannte Syrien Kuwait völkerrechtlich an. Unter Berücksichtigung des damals exzellenten syrisch-irakischen Verhältnisses gingen viele Beobachter der Lage davon aus, daß die irakische Regierung ihre Ansprüche zurückgenommen habe.⁶

Dieser Eindruck sollte sich - zumindest mittelfristig - als richtig erweisen. Am 4. Oktober 1963 erkannte die irakische Regierung die Unabhängigkeit Kuweits an und bezog sich dabei ausdrücklich auf die britisch-irakisch-kuweitischen Grenzfestlegungen von 1932.⁷ Kuwait gewährte Irak daraufhin ein langfristiges zinsloses Darlehen über 110 Mio Dollar, der Grenzverlauf zwischen beiden Staaten wurde jedoch auch nach der Anerkennung nicht eindeutig markiert.

1968 kam in Bagdad erneut die Baath-Partei an die Macht. Sie verkündete ein nach vagen sozialistischen Vorstellungen ausgerichtetes Wirtschafts- und Sozialprogramm. Außenpolitisch gab sie die Absicht bekannt, Autonomie- und Befreiungsbewegungen in den Nachbarstaaten unterstützen zu wollen. Die Beziehungen zu den Golfmonarchien und zum imperialen Iran verschlechterten sich. Im Dezember 1972 lehnte der Emir einen umfangreicheren irakischen Kreditwunsch rundheraus ab.⁸ Irakische Truppen rückten daraufhin in Richtung kuweitische Grenze vor, konnten den Emir aber nicht umstimmen. In dieser Phase erneuerte die irakische Regierung ihre Forderungen von 1961. Gestützt auf ihr überlegenes Militärpotential und die weiterhin nicht eindeutig markierten Grenzen, forderte die irakische Führung von Kuwait, zumindest auf die Golfinseln Warbah und Bubjan zu verzichten. Die Inseln liegen unmittelbar vor dem schmalen irakischen Golfzugang und lassen die Schifffahrtswege zum einzigen, mit sowjetischer Hilfe gebauten irakischen Hochseehafen Umm Qasr zu einem Nadelöhr werden. Außerdem böten sich die Inseln als Marinebasen im nördlichen Golfgebiet geradezu an. Die Sowjetunion wußte um diese Vorteile und unterstützte das irakische Begehren. Zum gleichen Zeitpunkt zeichnete sich für Eingeweihte bereits ab, daß die zähen Verhandlungen Iraks mit dem iranischen Schah über die Grenzmarkierung im Shatt al-Arab möglicherweise mit einer Festlegung der Talweglinie in diesem wichtigen Schifffahrtsweg enden würden. Das hätte den

Wert des Besitzes von Warbah und Bubjan zusätzlich erhöht. Irakische Truppen überschritten am 20. März 1973 die Grenzen zu Kuwait. Die schwachen kuwaitischen Grenztruppen suchten nach kurzem Geplänkel das Weite. Im Palast des Emirs verstärkte sich der Eindruck, Irak wolle vor einer endgültigen Grenzmarkierung umfangreiche kuwaitische Gebiete an sich reißen, um diese dann in Verhandlungen einzubringen. Der für den Zugang zu Umm Qasr bedeutende kuwaitische Grenzposten Samatah wurde von irakischen Einheiten besetzt. Kurz darauf begannen irakische Pioniertruppen in Samatah mit dem Bau von zivilen Wohngebäuden. Sich seiner militärischen Unterlegenheit bewußt, bot der Emir sofortige Verhandlungen an, die Bagdad aber ausschlug. Daraufhin begannen kuwaitische Baubetriebe mit der raschen Errichtung von Moscheen und anderen Gebetsplätzen rings um die neuentstandenen Wohngebäude bei Samatah. Nicht zu unrecht spekulierte die kuwaitische Regierung, daß es der irakischen Armee schwerer fallen werde, die Gotteshäuser niederzuwalzen, als kuwaitische Militäreinheiten aus dem Weg zu räumen. Tatsächlich konnten so weitere territoriale Zugewinne des Gegners verhindert werden.

Am 21. März begannen arabische Vermittlungsversuche. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Mahmud Riad, forderte beide Konfliktparteien auf, sofortige Verhandlungen zu beginnen. Hochrangige Regierungsvertreter aus Syrien und Libanon bereisten die Hauptstädte Iraks und Kuweits, um ein beiderseitiges Einlenken vorzubereiten. Vor allem Saudi-Arabien und Iran verstärkten ihren Druck auf Bagdad, da sie mit der Ausdehnung des irakischen Einflusses am Golf auch eine Ausweitung der sowjetischen Positionen befürchteten. Immerhin hatten Irak und die UdSSR 1972 einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Ein iranisches Militärhilfeangebot lehnte die kuwaitische Regierung jedoch am 24. März ab.⁹ Die Verlegung von 15 000 saudi-arabischen Soldaten nach Kuwait nahm der Emir hingegen an.

In dieser Situation bot Kuwait der irakischen Regierung den Bau einer Pipeline durch sein Territorium vom irakischen Erdölfeld bei Nordrumeilah zum kuwaitischen Tiefwasserhafen Mina al-Ahmadi an. Irak bestand darauf, diese Arbeiten von sowjetischen Firmen durchführen zu lassen. Daraufhin annullierte die kuwaitische Regierung des Angebot.¹⁰

Ohne erkennbaren Anlaß zogen sich die irakischen Truppen am 5. April 1973 hinter die Ausgangslinie zurück. Tags darauf kamen die Außenminister Iraks und Kuweits überein, die PLO in Gestalt ihres Führers Arafat mit der Vermittlung zu beauftragen.¹¹ Dessen Bemühungen war aber kein Erfolg beschieden, da Irak nicht von den Forderungen nach Warbah und Bubjan abrückte, die geographisch näher zu Irak als zu Kuwait lägen und für die wirtschaftliche Erschließung der irakischen Küstenregion unerlässlich seien. Am 7. April bot Kuwait als Ausgleich an, in irakischen Entwicklungsprojekten zu investieren und Staatsbürgern des Nachbarlandes in Kuwait eine Vorzugsbehandlung angedeihen zu lassen. Trotzdem rüsteten beide Seiten in den folgenden Wochen verstärkt auf, Kuwait bezog erhebliche Mengen an Militärmaterial aus den USA, auch die Sowjetunion erhöhte ihre militärischen Lieferungen an Irak.

Als das am 6. März 1975 in Algier zwischen Irak und Iran vereinbarte Abkommen die Talweglinie im Shatt al-Arab als Grenze zwischen beiden Staaten verbindlich festlegte, verringerte sich damit der irakische Hoheitsbereich über nutzbare Transportwege zum Golf

weiter. Erneut rückten über 4000 irakische Soldaten in die Grenzregion zu Kuwait ein. Der Emir mußte ein weiteres Mal die „Moscheen-Taktik“ anwenden. Am 12.3.1975 bot er dem irakischen Präsidenten einen 99jährigen Pachtvertrag für Warbah an, wenn dann umgehend und eindeutig die umstrittenen Grenzen auf dem Festland festgelegt werden würden. Ein Abkommen darüber schlossen beide Seiten aber nicht ab.¹² Erst 1978 stellten beide Länder ein gemeinsames Komitee der Innenminister auf, um die strittigen Grenzfragen zu verhandeln.

Kuweit und der irakisch-iranische Krieg

1979 übernahm Saddam Hussein das Präsidentenamt in Bagdad. Am 22. September des Folgejahres eröffnete er Kampfhandlungen gegen Iran. Aus dem von ihm geplanten Blitzkrieg entwickelte sich der längste und blutigste Krieg zwischen Entwicklungsländern. Um seine strategische Lage zu verbessern, forderte er im Juli 1981 Kuwait erneut auf, ihm Warbah und Bubjan zu überlassen.¹³ Zu jenem Zeitpunkt hatte sich aber das Kräfteverhältnis in der Golfregion entscheidend zugunsten Kuweits verändert. Im Mai des gleichen Jahres war der Emir mit den übrigen Monarchen der arabischen Halbinsel übereingekommen, sich angesichts des eskalierenden irakisch-iranischen Krieges und der unverhohlenen Bestrebungen der neuen Machthaber in Teheran, die „islamische Revolution“ auf die Nachbarstaaten auszudehnen, zu einem Schutzbündnis, dem Golf-Kooperationsrat (GCC) zusammenzuschließen. Kuwait wußte sich damit besser geschützt als je zuvor in seinen Auseinandersetzungen mit Irak. Als noch entscheidender für das kuweitische Sicherheitsgefühl sollte sich aber erweisen, daß die irakische Regierung, in eklatanter Fehleinschätzung der eigenen militärischen und finanziellen Fähigkeiten, schon Ende 1981 am Rande der Zahlungsunfähigkeit stand. Obwohl der GCC darum bemüht war, nicht als direkter Alliierter Iraks in dessen Krieg mit Iran zu erscheinen, um keine iranischen Vergeltungsschläge zu riskieren, kamen die Führer der Mitgliedsstaaten jedoch überein, Irak finanziell zu unterstützen. So konnte es seinen Krieg gegen das „radikale schiitische Sendungsbewußtsein“ des iranischen Regimes fortsetzen, das als ungleich größere Bedrohung empfunden wurde. Bis 1988 flossen etwa 50 Mrd. Dollar aus den GCC-Staaten in die irakische Kriegskasse. Saddam Hussein konnte es sich im Verlauf des achtjährigen Krieges gegen Iran nicht leisten, irakische Territorialforderungen an Kuwait zu erneuern.

Nach dem Abschluß des irakisch-iranischen Waffenstillstands am 20. August 1988 entstand eine neue Situation. Der irakische Präsident machte keinen Hehl aus seiner Absicht, den selbstproklamierten „Sieg“ über seinen östlichen Nachbarn zu einer Vormachtstellung in der Region des Persischen Golfs auszubauen und vor allem in finanziellen Gewinn umzusetzen. Das wurde in dem Maße dringlicher, wie der eigenen Bevölkerung die Früchte dieses „Sieges“ immer länger vorenthalten werden mußten. Die Kriegsschäden bildeten eine erdrückende Last, Versorgungengpässe stellten sich als chronisch heraus, die wirtschaftliche Erholung erfolgte nur schleppend bzw. blieb auf vielen Gebieten gänzlich aus. Die GCC-Staaten weigerten sich nicht nur, weitere Kredite und Schenkungen zu gewähren, sie forderten vielmehr den Beginn der Schuldentrückzahlungen. Die Tiefpreise für Erdöl auf dem Weltmarkt zwangen auch die Hauptexporteure im Golfgebiet zu sparen, Abstriche am Etat vorzunehmen und Außenstände einzutreiben. Saddam Hussein hingegen erwartete nichts weniger als einen kompletten

Schuldenerlaß, hatte er doch aus seiner Sicht einen achtjährigen Verteidigungskrieg gegen die „persische Bedrohung“, wenn schon nicht im Interesse aller Araber, dann doch zumindest der Golfanrainer geführt.

Bedeuteten schon die Weigerungen der Oberhäupter der GCC-Mitgliedsstaaten, über Stundungen mit sich verhandeln zu lassen, einen herben Rückschlag für die Ambitionen des irakischen Präsidenten, so vertieften die Entwicklungen auf dem Welterdölmarkt und innerhalb der OPEC diese Enttäuschung noch. Irak benötigte dringend steigende Einnahmen aus dem Erdöllexport, der das Budget des Landes zu mehr als 90% trägt. Saudi-Arabien, als größter Einzelanbieter innerhalb der OPEC und damit „Trendsetter“, verschloß sich den irakischen Forderungen nach einer Erhöhung der Erdölpreise und machte sie damit hinfällig. Gleichzeitig förderten Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) über die ihnen zustehenden OPEC-Quoten hinaus und hielten damit den Preis niedrig. Saddam Hussein überwand sich und sondierte ab Mai 1990 beim ehemaligen Kriegsgegner Iran Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens. Nicht von ungefähr vermutete er angesichts der gleichfalls schweren Schäden an den iranischen Förderinstallationen ein ähnliches iranisches Interesse an niedrigen Fördermengen und hohen Preisen. Ehe eine iranische Antwort in Bagdad eingehen konnte, torpedierte die kuweitische Regierung die irakischen Pläne, indem sie in der OPEC vorschlug, die Verteilung der Förderquoten unter stärkerer Berücksichtigung der jeweiligen Erdölreserven und Förderkapazitäten vorzunehmen. In der Praxis konnte das nur heißen, die Quoten Iraks und Irans zugunsten jener z.B. Kuweits und der VAE zu beschneiden. Saddam Hussein wertete das als bewußte Provokation. Am 27. Juni 1990 warf er dem kuweitischen Emir in heftigen Worten vor, durch seine offensichtlich geförderte Überproduktion von Erdöl den Preisverfall künstlich beschleunigt zu haben.¹⁴ Dadurch wären allein für 1990 irakische Mindereinnahmen von 14 Mrd. Dollar vorhersehbar.¹⁵ Die zentral gelenkte irakische Propaganda stellte sich spätestens ab Juni 1990 auf das Hauptangriffsziel Kuwait ein. Der Emir bediene mit seiner Niedrigpreispolitik die Interessen des „USA-Imperialismus“, hieß es wiederholt. In einer amtlichen Protestnote warf die irakische Regierung ihrem kuweitischen Konterpart vor, sie während des Krieges gegen Iran um 2,4 Mrd. Dollar hintergangen zu haben. Diesen Vorwurf stützten sie auf angeblich vorgenommene Recherchen auf dem Rumeilah-Erdölfeld. Das 80 km lange und in 3100m Tiefe gelegene Feld gehört zu den trüchtigtsten der Golfregion. Es liegt zu mehr als 75% auf irakischem Territorium. Da es einem unterirdischen See gleicht, ist es von allen Seiten aus erfolgreich anzubohren.¹⁶ Auf diesen Umstand stützte sich die irakische Anklage. Auf dem Höhepunkt des irakisch-iranischen Krieges, als iranische Truppen den Südtel Iraks besetzt hielten, habe Kuwait die Notlage seines nördlichen Nachbarn nicht nur dadurch ausgenutzt, die Grenze durch das Rumeilahfeld um vier Kilometer nach Norden zu verschieben,¹⁷ sondern darüber hinaus das Feld auch noch schräg angebohrt. Die nachfolgende Invasion machte eine unvoreingenommene Prüfung der irakischen Beschuldigungen unmöglich. Allerdings muß es fraglich bleiben, ob Kuwait, das Irak während des Krieges mit Iran immerhin mit 18-20 Mrd. Dollar unterstützt hatte, tatsächlich darauf angewiesen war, gestohlenen irakisches Erdöl auf einem Markt anzubieten, der ohnehin gesättigt war.

Vielmehr drängt sich bei genauer Analyse der gegenüber Kuwait betriebenen irakischen Außenpolitik in der ersten Jahreshälfte 1990 der Eindruck auf, das Emirat sei langfristig und bewußt ein weiteres Mal als Angriffsziel „aufgebaut“ worden. Der Al-Sabah-Familie scheint die Gefahr zumindest in Ansätzen bewußt gewesen zu sein, denn schon im März bot Emir Gabir Al-Sabah dem irakischen Staatsoberhaupt an, Warbah und Bubjan auf unbegrenzte Zeit an Irak zu verpachten, wenn die nominelle Souveränität Kuweits über die Eilande gewährleistet bliebe und Irak vor der UNO ein Dokument beglaubige, in dem Saddam Husseins Amtsvorgänger Hassan al-Bakr 1973 die Unabhängigkeit Kuweits durch Irak anerkannt hätte. Als sei es nie um den Besitz der Inseln gegangen, lehnte die irakische Regierung - selbst nach Vermittlungsbemühungen von König Hussein von Jordanien und des PLO-Chefs Arafat - das kuweitische Angebot ab.¹⁸ Notwendigerweise erhärtete sich durch dieses irakische Verhalten der Verdacht, die Machthaber in Bagdad seien schon zu diesem frühen Zeitpunkt zu Gewaltmaßnahmen gegenüber Kuwait entschlossen gewesen. Kuweitische Selbstherrlichkeit in der OPEC konnte ihnen deshalb nur zupaß kommen.

Krisenfaktor Erdöl

Die ungelösten historischen Widersprüche und Probleme zwischen Irak und Kuwait bildeten einen fast „idealen Nährboden“, um die Durchsetzung insbesondere ökonomischer Interessen zu bemänteln. Waren die heftigen irakischen Anwürfe gegen das Emirat nicht nur ein weiteres Aufflackern der periodisch auftretenden Zwigigkeiten zwischen den beiden Nachbarstaaten? Genau dieser Eindruck sollte offensichtlich der näheren und fernerer Umgebung vermittelt werden. In der Realität bereite die irakische Führung mit der geplanten endgültigen Einverleibung Kuweits eine schlagartige Lösung ihrer ökonomischen Probleme vor. Der Zugriff auf Kuwait versprach den Besitz von 195 Mrd. Barrell (1 Barrell = 159 Liter) Erdöl, das entspricht 20% der Weltreserve. Saddam Hussein würde damit zum zweitgrößten Erdöleigner der Welt und kontrollierte 25 % der Produktion im Nahen und Mittleren Osten. Seine Wirtschaftsberater setzten ihn außerdem über den zu erwartenden Trend auf dem internationalen Erdölmarkt in den neunziger Jahren in Kenntnis. Die Nachfrage aus den Entwicklungsländern werde kontinuierlich steigen, während die großen Anbieter außerhalb der OPEC mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Die Förderung in der Sowjetunion werde durch zunehmende technische Probleme und massive Arbeitskämpfe eingeschränkt, die Nordseefelder wären bei stabilen Fördermengen spätestens Ende des Jahrzehnts erschöpft. Die CIA vermutete sogar, die „Energieabhängigkeit“ des Westens von den Golfstaaten werde sich von 12% 1990 schon innerhalb von drei Jahren auf 25% erhöhen.¹⁹

Waren schon diese Aussichten verlockend genug, so versprach der Überfall auf Kuwait aber auch sofortigen finanziellen Gewinn. Seit den Erdölpreiserhöhungen 1973 hatten die Herrscher am Golf etwa 500 Mrd. Dollar in Unternehmen westlicher Industriestaaten investiert. Davon entfielen allein auf Kuwait mindestens 120 Mrd. Dollar, wovon die Hälfte in ca. 500 amerikanischen Betrieben angelegt sein soll. In der Bundesrepublik Deutschland war Kuwait 1987 mit 25% an der Hoechst AG, mit 14% bei Daimler-Benz (deren Tochterunternehmen MBB sinnfälligerweise mehrfach in der Liste besonders aktiver irakischer Rüstungslieferanten

genannt wurde), mit 25% an dem Stahlimperium Korf u.a. beteiligt.²⁰ Dazu gehören auch umfangreiche private Konten, die die Al-Sabah und andere führende Familien Kuweits im Ausland unterhalten. An dieser Stelle sei jedoch betont, daß die insgesamt etwa 2800 Personen zählende kuweitische Herrscherfamilie insgesamt nicht zu den Wohlhabendsten am Golf gehört. Mit Ausnahme der Bani Gabir und Bani Salim, die allein den Emir stellen, verfügen die übrigen Familienmitglieder oft nur über geringere Besitzstände als die traditionellen sunnitischen Oligarchien im eigenen Land, wie die über „altes Geld“ verfügenden Bani Muhammad, Bani Abdallah, Bani Hamad, Bani Nasir, Bani Hamud oder Bani Garrah bzw. die schiitischen Handelsgeschlechter. Auch das Privateigentum z.B. der Al-Maktum, der Herrscherfamilie Dubais, ist ungleich höher anzusetzen als das der Sabah-Großfamilie. Dieser scheinbare Widerspruch klärt sich dann auf, wenn berücksichtigt wird, daß es die Al-Sabah weit vorausschauend zur Regierungspolitik erhoben hatten, dem Staat Kuweit als der Basis ihrer Herrschaft eine sichere Zukunft zu garantieren. Zu diesem Zweck gründeten sie schon 1976 den Fund for Future Generations, dem jährlich 10% der Gesamteinnahmen aus dem Erdölexport zufließen und der als Kapitalreserve für die „Ära nach dem Öl“ angelegt wurde. Gewinne aus diesem Fonds wurden im Regelfall reinvestiert und flossen nicht in den Staatshaushalt²¹ oder gar in private Schatullen. Diese finanziellen Ressourcen Kuweits waren im Frühjahr 1990 in dem Maße gefährdet, wie den irakischen Präsidenten die eigene wirtschaftliche und finanzielle Misere fast erdrückte und er annehmen konnte, daß Kuweit seinen Reichtum nicht wirkungsvoll zu verteidigen vermochte. Überdies spekulierte Saddam Hussein von Beginn an auf ein zumindest geteiltes Echo auf sein Vorhaben in der arabischen Welt. Der Reichtum Kuweits und der anderen Mitgliedsstaaten des GCC galt außerhalb dieses „Clubs der Reichen“ als unverdiente „Gnade Allahs“ und sollte endlich neu und gerecht verteilt werden. Immerhin regieren die Potentaten auf der arabischen Halbinsel kaum 18 Millionen Menschen, während die übrigen arabischen Staaten Heimstatt von fast 200 Mio Menschen und zudem mit über 200 Mrd. Dollar verschuldet sind. 16 000 Dollar trug ein Bürger Kuweits oder der VAE im Durchschnitt der achtziger Jahre pro Jahr nach Hause, 700 Dollar verdiente ein Marokkaner, ganze 600 Dollar ein Jemenite im gleichen Zeitraum.²² Aber auch in Kuweit selbst existierten spürbare juristische und finanzielle Unterschiede zwischen den Bewohnern. 60% der im Lande lebenden Menschen waren Ausländer, je nach Herkunft entweder zweiter oder dritter Klasse. Das größte Ausländerkontingent in Kuweit stellten die Palästinenser, die schon seit 1948 in das Emirat emigriert waren und ob ihrer überdurchschnittlich hohen Qualifikation in nahezu allen Ebenen der Wirtschaft und Verwaltung eingesetzt wurden.²³ Unter ihnen gab es nicht wenige, die ihre Lebensverhältnisse als eine „luxuriöse Apartheid“ charakterisierten. Es sei schon an dieser Stelle erwähnt, daß sich die auf diesen Momenten aufgebauten Erwartungen Saddams in der Realität nach dem 2. August 1990 allerdings nicht erfüllten. Die kuweitischen Auslandsguthaben wurden in dem Moment gesperrt, als die ersten Schüsse fielen. Die Planmäßigkeit und Strategie in der Investitionstätigkeit der kuweitischen Regierung bedingte außerdem, daß sich im Inland nur eine Notreserve bzw. „Barkasse“ in Höhe von etwa 7 Mrd. Dollar befand.²⁴ Damit fiel den Invasoren zwar eine nicht unerhebliche Summe in die Hände, aber - gemessen an den Erwartungen - doch eher ein Almosen. Für die Abermilliarden

kuwaitischer Auslandsguthaben war seit der Invasion das in London ansässige Kuwait Investment Office (KIO) unter seinem Leiter Halid Al-Sabah verantwortlich, das sich allein über die Nutzung der Zinsen aus den diversen Konten in der Lage zeigte, die Maßnahmen der kuwaitischen Exilregierung aus dem saudi-arabischen at-Taif zu finanzieren.

Ehe diese Entwicklung eintrat, waren die Wochen vor der irakischen Annexion Kuweits allerdings noch einmal von hektischer Diplomatie erfüllt.

Letzte Schlichtungsversuche

Am 24. Juli verlegte das irakische Oberkommando 30 000 Elitetruppen der republikanischen Garde an die Grenze zu Kuwait. Der Schritt wurde jedoch von allen Beteiligten zunächst nur als irakische Drohgebärde vor der in der gleichen Woche beginnenden OPEC-Konferenz in Djidda bewertet, um Kuwait und die VAE zu einer Drosselung ihrer Überproduktion zu bewegen. Die Absicht Saddam Husseins bezüglich der Konferenz bestand eindeutig darin, die dreizehn Mitgliedsstaaten der OPEC auf die Einhaltung der auszuhandelnden Förderquoten festzulegen, um über eine Angebotsverknappung den Weltmarktpreis für Rohöl innerhalb einer überschaubaren Frist auf etwa 25 Dollar pro Barrel zu steigern. Deshalb akzeptierte die irakische Regierung auch zunächst weitere arabische, insbesondere ägyptische Vermittlungsbemühungen, die aber innerhalb weniger Tage scheiterten.²⁵ Präsident Bush bot daraufhin der kuwaitischen Regierung Unterstützung an, diese sprach sich aber gegen eine mögliche Internationalisierung der Krise aus.²⁶ Die Situation schien sich zu entspannen, als es der irakischen Delegation mit tatkräftiger Unterstützung der iranischen Repräsentanten am 27. Juli tatsächlich gelang, die OPEC zu bewegen, den offiziellen Richtpreis für Rohöl von 18 auf 21 Dollar pro Barrel zu steigern. Immerhin hatte dieser Preis noch im Juni bei 14 Dollar pro Barrel gelegen. Die Pressesprecher der Organisation beeilten sich, diese Festlegung als größten Erfolg der OPEC in den vergangenen Jahren und als Wendepunkt zu feiern. Zum gleichen Zeitpunkt betonten die Vertreter Kuweits und der VAE aber, daß sie die Beschlüsse der OPEC als ungerecht empfänden und ihnen daher wohl nur eine kurze Dauer beschieden sein werde. In den letzten Julitagen gestaltete sich das irakisch-kuwaitische Verhältnis deshalb auch gespannt wie zuvor. Die Regierung Saudi-Arabiens unternahm daher einen letzten Versuch der Konfliktbeilegung und lud die Kontrahenten zu einer Versöhnungskonferenz nach Djidda ein. Kuwait entsandte seinen Kronprinzen, der düpierte irakische Präsident ließ sich aus diesem Grund durch das Mitglied des Revolutionären Kommandorats (RCC) Izzat Ibrahim vertreten. Letzterer forderte ein weiteres Mal einen vollständigen kuwaitischen Schuldenerlaß und die bedingungslose Übertragung der Nutzungsrechte für Warbah und Bubjan.²⁷ Es kann als sicher gelten, daß die irakische Führung zu diesem Zeitpunkt längst zum Waffengang entschlossen war, denn Kronprinz Abdallah bot einen beträchtlichen Schuldenerlaß an und bedeutete seinem irakischen Gegenüber, daß auch Verhandlungen über Territorialfragen durchaus möglich seien. Trotzdem wurden die Unterredungen am 1. August 1990 ergebnislos abgebrochen.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ergab sich die unnachgiebige Haltung Saddam Husseins auch aus einer Mißinterpretation der möglichen Reaktion der USA auf sein geplantes Vorhaben. Am 25. Juli hatte er die US-Botschafterin Glaspie zu einem Gespräch empfangen. Darin forderte er

die Regierung in Washington auf, zwischen „der Freundschaft zu Irak und der Unterstützung des kuweitischen ökonomischen Krieges gegen Irak“ zu wählen. Unter Außerachtlassung aller diplomatischen Gepflogenheiten erklärte er weiter: „... Wenn sie Druck benutzen, werden wir mit Gegendruck antworten... Wir werden nicht den ganzen Weg bis in die USA gehen können, aber einzelne Araber können Sie erreichen... Sie haben nicht die Gesellschaft, die 10 000 Tote ertragen kann.“²⁸ Glaspie fügte hinzu, die USA hätten keine dezidierte Meinung zu innerarabischen Konflikten wie „Ihrem Grenzkonflikt mit Kuwait“. Auch die Sprecherin von Außenminister Baker, Tutwiler, und der für die Region zuständige stellvertretende US-Außenminister John Kelly hatten noch unmittelbar vor der Invasion erklärt, die USA seien nicht verpflichtet, Kuwait bei einem Angriff zu helfen.²⁹ Saddam Hussein interpretierte diese Äußerungen dergestalt, daß die USA ein militärisches Vorgehen gegen Kuwait tolerieren würden, während die amerikanische Seite offensichtlich nicht über genügend Informationen verfügte, um von einer irakischen Aktion auszugehen, die über das Muster von 1961 oder 1973 hinausging. Einer ähnlichen Fehlinterpretation scheint auch die Arabische Liga erlegen zu sein. Sie unternahm nicht einmal den Versuch der Entsendung arabischer Friedenstruppen wie in den genannten früheren Fällen, sondern ging wohl bis zuletzt davon aus, der kuweitische Emir solle lediglich mit Gewalt zu Disziplin in der OPEC bewegt werden. Zumindest ein arabisches Staatsoberhaupt hat diese Gutgläubigkeit später zugegeben. Ägyptens Präsident Mubarak hatte noch in den letzten Julitagen 1990 auf eine Journalistenfrage geantwortet, die irakisch-kuweitische Zuspitzung sei eine „dunkle Wolke, die mit dem Wind dahinschwinden werde“. Dem war eine Unterredung mit seinem irakischen Amtskollegen vorausgegangen, mit dem er seit Februar 1989 immerhin in einem weiteren regionalen arabischen Pakt, dem Arab Cooperation Council (ACC), verbunden war. Die sofortige ägyptische Bereitschaft, Kuwait nach der Invasion auch militärisch zu helfen, geht wohl nicht zuletzt auch darauf zurück, daß sich der ägyptische Präsident von seinem bisherigen Bündnispartner bewußt hintergangen glaubte. Aus gegenwärtiger Sicht erscheint es auch müßig darüber zu spekulieren, ob Saddam Hussein von Beginn an die vollständige Annexion Kuweits plante, oder ob er sich erst aufgrund der unerwartet schwachen kuweitischen, regionalen und internationalen Gegenwehr kurzfristig dazu entschloß, Kuwait als „19. Provinz“ Irak auf Dauer anzuschließen.³⁰

Fazit

Aus der historischen Genesis des irakisch-kuweitischen Konflikts ergibt sich, daß eine Regelung der andauernden Feindseligkeiten nur über die Beseitigung der irakischen „Achillesferse“ möglich ist. Diese besteht in dem außerordentlich schmalen Zugang des Landes zum Persischen Golf und damit zum Weltmeer und wird zudem durch Warbah und Bubjan noch blockiert. Hinzu kommt, daß das im Zuge des Ausgleichs mit Iran durch den irakischen Präsidenten im August 1990 wieder anerkannte Abkommen von Algier Irak zusätzlich zu den erwähnten Nachteilen nur die Hälfte des Stromes überläßt, der zu diesem Zugang führt. In ähnlichen bzw. nicht einmal so offensichtlichen Zwangslagen wählten auch andere Machthaber in Nordafrika und Nahost in diesem Jahrhundert den Weg der gewaltsamen Landnahme. Dafür stehen die Aufteilung der Westsahara zunächst durch Mauretanien, später nur noch Marokko,

die libyschen Interessen im Tschad, Syriens Bestrebungen in Libanon, die israelische Besetzung der Golanhöhen, Ostjerusalems, des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens und anderes mehr. Die neue und/oder andere Qualität der irakischen Annexion Kuweits will denn auch vielen Bewohnern der Region nicht recht einleuchten. Golfpolitik war immer Machtpolitik, und Macht hieß auch Marinemacht. Irak kann und will auf ausbaufähige Seehäfen nicht verzichten. Die Nachteile des bisherigen Zustands für das Zweistromland wurden einmal mehr offensichtlich, als es nach dem Einmarsch in Kuwait den Alliierten durch die erzwungene Schließung der irakischen Pipelines nach dem türkischen Dörtyöl und dem saudi-arabischen Yanbu de facto gelang, den irakischen Erdölexport vollständig zu unterbinden. Seit mehreren Jahren verdienen internationale Baufirmen erhebliche Summen bei der Fertigstellung mehrerer, für Hochseeschiffe geeigneter Kanäle zwischen al-Basra und dem Golf. Ihre Inbetriebnahme gliche auch die Nachteile der Talweglinie im Shatt al-Arab aus. Endpunkt der künstlichen Wasserstraßen am Golf würde Umm Qasr sein. Damit würden Warbah und Bubjan wiederum zum Schlüssel eines Kompromisses.

Allerdings ist völlig ungewiß, ob die nach dem Golfkrieg entstehende Gesamtlage in der Region es zuläßt, an diesem Schlüssel zu feilen.

- ¹ Vgl. Fisher, R., *International Mediation*, New York 1978; ders./U. William, *Das Harvard-Konzept. Sachgerecht verhandeln - erfolgreich verhandeln*, Frankfurt(M.) 1988.
- ² Vgl. *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, München, 7.8.1990.
- ³ Vgl. Stork, J. and A.M. Lesch, *Why War?* In: *Middle East Report*, Washington D.C., Nov./Dec. 1990, S. 10ff.
- ⁴ Vgl. Brecher, M./Wilkenfeld, J./Moser, S., *Crises in the Twentieth Century*, New York 1988, S. 252.
- ⁵ *Archiv der Gegenwart (AdG)*, Bonn, 1962, Nr. 9642.
- ⁶ Ebenda, 1963, Nr. 10803.
- ⁷ Ebenda, Nr. 10849.
- ⁸ Vgl. Butterworth, R.L., *Managing Interstate Conflict 1945-1974*, Pittsburgh 1976, S. 466.
- ⁹ Ebenda, S. 467.
- ¹⁰ AdG, a.a.O., 1973, Nr. 17908.
- ¹¹ Vgl. Brecher, M. u.a., *Crises...*, a.a.O., S. 301.
- ¹² Vgl. Butterworth, R.L., *Managing...a.a.O.*, S. 468.
- ¹³ Vgl. Goodhind, G. u. Degenhardt, H.W., *Iraq-Kuwait*. In: *Day*, London 1987, S. 244-247.
- ¹⁴ AdG, a.a.O., 1990, Nr. 34745, 34762.
- ¹⁵ *International Herald Tribune*, Paris, 2.8.1990.
- ¹⁶ Ebenda, 4.9.1990.
- ¹⁷ *Time*, Washington D.C., 13.8.1990.
- ¹⁸ *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, Zürich, 21./22.10.1990.

- ¹⁹ Vgl. Freyer, E. u. S. Koppers, Koran, Komputer und Konflikte. In: Entwicklung + Zusammenarbeit, Bonn, 7.8.1990, S. 34.
- ²⁰ Vgl. Stern, M., Die Grenzen der Macht. In: Nirumand, B. (Hg.), Sturm im Golf, Hamburg 1990, S. 65.
- ²¹ Vgl. Schwedler, H.-U., Kuwait. In: Steinbach/Robert (Hg.), Der Nahe und Mittlere Osten, Opladen 1988, Bd. 2, S. 229.
- ²² Die Zeit, Hamburg, 12.10.1990.
- ²³ Vgl. Stern, M., Die Grenzen..., a.a.O.
- ²⁴ International Herald Tribune, a.a.O., 6.8.1990.
- ²⁵ AdG, a.a.O., 1990, Nr. 34763.
- ²⁶ NZZ, a.a.O., 1./2.8.1990.
- ²⁷ Internationale Herald Tribune, a.a.O., 2.8.1990.
- ²⁸ Ebenda, 15./16.9.1990.
- ²⁹ Ebenda.
- ³⁰ Frankfurter Rundschau (FR), Frankfurt (M.), 6.8.1990.

Politökonomische Hintergründe der Golfkrise: Das Weltenergiesystem und das Erdöl des Mittleren Ostens

Der vorliegende Aufsatz will versuchen, das Problemfeld *Erdöl und Politik* auf drei Ebenen, die für den Politikwissenschaftler unterscheidbar sind, anzugehen: auf der Ebene der internationalen Beziehungen, auf einer regionalpolitischen und auf der einzelstaatlichen Ebene, die allerdings nur angerissen werden kann. Zunächst erscheint es jedoch angebracht, zu klären, worin genau die politikwissenschaftliche Relevanz des Erdöls liegt. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage soll auch helfen, die theoretischen Perspektiven der folgenden Ausführungen zu beleuchten.¹ Im abschließenden Teil möchte ich die Ergebnisse der drei Blöcke im Hinblick auf die aktuelle Golfkrise deuten und einen Ausblick wagen.

I. Politik und Öl

Beschäftigt man sich als Politikwissenschaftler mit der sogenannten *ökonomischen Dimension* der Golfkrise, so kommt dies einer Festlegung auf eine bestimmte wissenschaftliche Ausrichtung gleich, gemeinhin *politökonomisch* genannt. Im vorliegenden Fall scheint es mir lohnend, über diesen plakativen Hinweis hinaus das Verhältnis von Politik und Ökonomie in bezug auf das Öl zu qualifizieren. Die gedankliche Differenzierung in zwei voneinander relativ unabhängige Sphären oder Systeme, eben *Politik* einerseits und *Ökonomie* andererseits, findet ihre weitgehende empirische Entsprechung in der westlichen Welt. Im Bereich der internationalen Erdölpolitik erscheint mir das Verhältnis dagegen enger, die beiden Sphären sind untrennbar miteinander verzahnt. Dies soll kurz an zwei zentralen Komponenten aufgezeigt werden.

Erstens sind Energieträger seit der Industriellen Revolution, als die bis dato vorherrschenden menschlichen bzw. tierischen Energieträger durch fossile substituiert wurden, keine 'normalen', rein ökonomisch bestimmten Gebrauchsgüter für den Westen, sondern berühren seine Sicherheitsinteressen.² Der vorherrschende Energieträger - seit den fünfziger Jahren mithin in allen westlichen Ökonomien das Erdöl - stellt einen kurz- und mittelfristig unersetzbaren 'Schmierstoff' der Ökonomien dar sowie ferner der Militärapparate³. Staaten überlassen jedoch Felder, die einen Teil ihrer **Sicherheitsstruktur**⁴ ausmachen, nie alleine den Kräften des Marktes⁵. Im Feld der internationalen Energiepolitik schlug sich dies nieder in der Entstehung mehrerer **Internationaler Regime**.

Internationale Regime sind Regelungsmechanismen auf internationaler Ebene, die ein Set von Regeln auf der Basis gemeinsamer Normen konstituieren.⁶ Diese Regeln und Normen leiten das

Verhalten von Akteuren in einem bestimmten Politikfeld. Ihre Einhaltung beruht auf der Überzeugung der Akteure, daß sie zum Nutzen aller Beteiligten wirken, wobei dieser Nutzen - wie auch in den vorliegenden Fällen - nicht notwendigerweise symmetrisch verteilt sein muß.⁷ Sehr viel stärker noch sind - **zweitens** - die politischen Strukturen der Erdölländer durch das Erdöl geprägt.

Diejenigen Länder der Region, die vom Westen als Erdölländer in das Weltwirtschaftssystem integriert wurden, wurden nicht nur ökonomisch restrukturiert. Vielmehr generierte das Erdöl einen spezifischen Staatstyp, den **Rentierstaat**⁸. Rentierstaaten sind solche Dritte-Welt-Staaten, deren Einnahmen wesentlich durch externe Quellen bestimmt sind und denen keine adäquaten Investitions- und Arbeitsleistungen im kapitalistischen Sinne gegenüberstehen. Im typischen **Ölrentierstaat** stellt der Ölsektor sogar den einzig produktiven Sektor dar. Das setzt die Staatsbürokratie qua ihrer Verfügungsgewalt über die Ölfelder in den Stand, den Löwenanteil des gesamtgesellschaftlichen Einkommens zu kontrollieren; und dies wiederum ermöglicht es ihr, sich als dominante gesellschaftliche Gruppe zu einer **Staatsklasse**⁹ zu konstituieren. Diese Staatsklasse vereinigt politische und ökonomische **Machtpotentiale**¹⁰.

Das Rentierstaats-Konzept kann als ein junger Strang der seit den siebziger Jahren geführten Debatte über die **Staatsautonomie** begriffen werden. Ein zentrales Ergebnis dieser Debatte ist, daß der Staat, insbesondere jener der Dritten Welt, entgegen den Annahmen klassischer liberaler wie orthodoxer marxistischer Ansätze gegenüber gesellschaftlichen Gruppen eine relative Autonomie besitzt. Im Rentierstaats-Ansatz wird der Autonomie-Begriff noch weiter gefaßt, das westliche Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft erscheint bei diesem Staatstyp auf den Kopf gestellt: Beispielsweise 'lebt' der Staat nicht von der eigenen Gesellschaft, die er kaum besteuert; vielmehr sind gesellschaftliche Gruppen bis hin zum 'Bürgertum'¹¹ existentiell von staatlichen Alimentierungen abhängig.

Selbst diese sehr knappen Andeutungen sollten hinreichend deutlich gemacht haben, daß das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Ökonomie und Politik in den Erdölländern von eigentümlicher Natur ist. Dies impliziert, daß sich hier eine apriorische Festlegung auf einen Typ von Akteur (z.B. privatwirtschaftliche Unternehmen) oder von strukturbildenden Interessen (z.B. Sicherheit **oder** Produktion) verbietet.

II. Die drei Ebenen der Erdölpolitik

Die angekündigte Trennung in drei Ebenen ist aus analytischen Gründen wohl zu rechtfertigen, gleichwohl insofern künstlich, als sie Interdependenzen zwischen diesen Ebenen ausblendet. Dieses Manko soll an einigen Stellen durch Querverweise gemildert werden; vorweg scheint es mir jedoch angebracht, darüber hinaus zumindest einen kurzen Abriß der historisch-genetischen Beziehungen der drei Ebenen zu liefern.

Ein **globales Weltenergiesystem** entwickelte sich erst nach 1945. Ehedem war Energiepolitik primär im nationalen Rahmen geregelt worden. Dies war möglich, weil die dominanten Energieträger im eigenen Territorium lagerten. Die Überlegenheit des Erdöls im technischen Bereich und insbesondere des mittelöstlichen Erdöls hinsichtlich der günstigen natürlichen Produktionskosten, primär aber die hegemonialen Interessen der USA - Westeuropa und Japan

sollten nicht zuletzt über billige und indirekt von den USA kontrollierte Energieträger wiederaufgebaut werden - sorgten dafür, daß zum ersten Mal in der Geschichte ein zentrales Subsystem des Weltwirtschaftssystems territorial aus dem Westen ausgegliedert wurde. Dies bedeutete das Ende des „Ersten Erdölregimes“¹² in der Region, das vom britischen Staat im Rahmen seiner Empire-Interessen in einer spannungsreichen Kooperation mit dem Kartell der sieben großen Erdölkonzerne oder Majors gelenkt worden war.

Zwar gab es bereits in der Zwischenkriegszeit Rentenzahlungen an regionale politische Einheiten und damit erste Ansätze für die Herausbildung von Rentierstaaten, doch eigentlich prägend waren direkte politische Eingriffe in Form der britischen Kolonialpolitik. Der Ausgangspunkt des modernen orientalischen Öl-Rentierstaates liegt demnach erst am Ende des 2. Weltkrieges, als die USA ein neues Herrschaftsparadigma lancierten. Dabei ließen sie sich von dem Prinzip leiten, daß es für den neuzuschaffenden Regelungsmechanismus stabilitätsfördernd sei, wenn sich dieser mit auf autochthone regionalpolitische Einheiten stützte, die zunächst aber selbstverständlich in untergeordneten Positionen verblieben.

II.1. Das Weltenergiesystem

Der Mittlere Osten als Kernregion des Weltenergiesystems wurde nach dem Ende des Krieges über **trans- bzw. internationale Regime** politisch fest an das Weltwirtschaftssystem angebunden.¹³

Ich meine, daß für die Ausformung der Regelungsmechanismen und für ihren Wandel im wesentlichen die Existenz und der Wandel dreier 'Super-Strukturen' als entscheidend angesehen werden können: Die globale **Markt-Struktur**, die westliche **Sicherheitsstruktur** sowie die **regionalen politischen Strukturen**.

Das transnationale Erdöl-Regime

Im Gegensatz zur *mainstream*-Auffassung, dergemäß auch nach 1945 die internationale Erdölpolitik durch das Kartell der Majors dominiert wurde, bin ich der Ansicht, daß es zu einem transnationalen Erdöl-Regime kam, das sich auszeichnete durch einen Kompromiß zwischen den Profitinteressen des Kartells, das die Marktstruktur absolut beherrschte und über ein System von miteinander vernetzten Konsortien die Erdölländer des Mittleren Ostens kontrollierte, und den westlichen Sicherheitsinteressen. Auch wenn unbestreitbar ist, daß transnationale Akteure, die Majors, die Träger dieses Regimes waren, läßt sich zeigen, daß es sich hier nicht um ein bloßes Kartell handelte, denn der US-Staat intervenierte erfolgreich zugunsten einer globalen Durchsetzung des berühmten *Fifty-Fifty*, um die Staatsbudgets der Erdölländer zu erhöhen und die Regime damit zu stabilisieren - und dies läßt sich nicht befriedigend mit dem Verfolgen kartellistischer Gewinninteressen erklären.¹⁴ Aus heutiger Sicht erscheint die damalige Aufteilung der Erdölrente extrem günstig für die Konzerne, doch es ist zu bedenken, daß die damals schwachen Regime in der Region es nicht vermocht hätten, diese gegen die gigantischen Großkonzerne aus eigener Kraft durchzusetzen. Die vermeintlich niedrigen Zahlungen der Majors konstituierten für die kleinen Golfstaaten wie Kuwait, für die der neugeschaffene Erdölsektor sofort zum einzig volkswirtschaftlich relevanten Produktions-

sektor avancierte, die Haupteinnahmequelle. Den Regimen von Flächenstaaten wie dem Irak oder Iran mit einem bedeutenden, von einer schmalen Schicht von Großgrundbesitzern geprägten Agrarsektor ermöglichten die Rentenzahlungen immerhin noch eine - wenn auch vorläufig begrenzte - Unabhängigkeit vom herrschenden Großgrundbesitz, der die Staatsbürokratien ansonsten vollständig instrumentalisiert hätte.

Die regionalpolitischen Strukturen waren eine den anderen Strukturelementen klar untergeordnete Komponente, und sie waren auch noch nicht vollständig autochthon: Zwar sicherten die Rentenzahlungen den Staatsbürokratien eine zunehmende Autonomie gegenüber der eigenen Gesellschaft, doch die Kehrseite war, daß die Majors durch ihre Verfügungsgewalt über einen Großteil der Staatsbudgets die Staatsbürokratien kontrollierten und vermittels ihrer Penetrationsmöglichkeiten bis an die Schwelle der siebziger Jahre als Teil der politischen Eliten gefaßt werden müssen.¹⁵

Die Destabilisierung des transnationalen Regimes

Daß das transnationale Regime spätestens mit der sogenannten Erdölpreisrevolution 1973/74 zu existieren aufgehört hat, ist trivial, doch die Erklärung schwierig. Stark vereinfacht läßt sich sagen, daß es zwei **Hauptinterpretationsrichtungen** gibt. Vorherrschend sind Erklärungen, die eine **voluntaristische Perspektive** zugrundelegen, während ich die **alternative strukturelle Variante** vorziehe.¹⁶ Die Auffassung, die Erdölländer hätten durch die Mobilisierung ihrer eigenen Kräfte die Wende herbeigeführt, überschätzt m.E. die Möglichkeiten untergeordneter Akteure, intakte Strukturen zu zerstören. Die Ölpreisrevolution setzte die Schwächung der zentralen Komponente der alten Struktur und deren Träger voraus.

In der Tat hatten die Majors im Laufe der sechziger Jahre ihre absolut dominante Stellung auf dem Welterdölmarkt verloren und damit auch ihre Kontrollkapazitäten über die Regime des Mittleren Ostens. Hinzu kam, daß die Majors sich außerstande zeigten, die Region insgesamt politisch unter Kontrolle zu halten - 1958 hatte die revolutionäre Flut mit dem Irak sogar ein Erdölland erreicht -, was die westlichen Sicherheitsinteressen negativ berührte und damit die Unterstützung des Regelungsmechanismus durch den Staat der USA reduzierte.

Trotzdem war die Entwicklung der Erdölländer von großer Bedeutung, und zwar primär für das Ergebnis, also für die Etablierung des neuen Regimes. Die Erdölländer hatten sich v.a. im Rahmen der OPEC die Kompetenz und organisatorische Kapazität erworben, die unerlässlich war für die Etablierung des neuen Internationalen Regimes, dessen politische Träger und finanzielle Hauptnutznießer die Erdölländer waren. Mit anderen Worten: Die Erdölländer waren zwar nicht in der Lage, das alte transnationale Regime aus den Angeln zu heben, sie vermochten aber, das durch die Destabilisierung des alten Regimes entstehende Vakuum auszunutzen.

Das zweite Erdöl-Regime

Daß es sich bei diesem Regelungsmechanismus noch um ein Regime handelt, wird selbst von Regimetheoretikern meist verneint. So schließen sich auch Bull-Berg/Holter und Keohane der vorherrschenden Interpretation an, die man als **Lagertheorie** bezeichnen kann.¹⁷ Gemäß dieser

Auffassung stehen seit 1973/74 die in der OPEC organisierten Erdölländer einem westlichen Block gegenüber. Die Interessen werden als diametral entgegengesetzt angenommen, und zwar unter Berufung auf inkompatible Präferenzen hinsichtlich der Höhe des Ölpreises. Für diese Interpretation spricht offensichtlich einiges, jedoch konnte neben immanenten Einwänden - in den westlichen Industrieländern gab und gibt es durchaus wichtige Branchen, die von hohen Ölpreisen direkt (Energiebranche) oder über das *petrodollar recycling* profitieren - erstens gezeigt werden, daß es eine Kooperation zwischen Erdölexporteurs und Majors gab. Die Regelung bestand darin, daß die Erdölländer auf eine eigene Vermarktung weitgehend verzichteten und dies den Majors, deren Marktstellung immer noch relativ dominant war, überließen, wofür die Majors im Gegenzug auf eine forcierte Exploration außerhalb der Region des Mittleren Ostens, die angesichts des hohen Erdölpreises 'normalerweise' zu erwarten gewesen wäre, verzichteten. Integraler Bestandteil des Mechanismus war, daß die Produktionshöhe im wesentlichen durch die Majors und damit adäquat zur Nachfrage festgelegt wurde.

Zweitens blieben die gegenüber den Preisinteressen prioritären Sicherheitsinteressen des Westens gewahrt, wie im Abschnitt über die regionalpolitische Strukturkomponente noch gezeigt werden wird.

Zusammenfassend läßt sich der Regelungsmechanismus zwischen den zwei Ölkrisen als Internationales Regime begreifen, das von den nun voll ausgebildeten, nach innen wie außen autonomen Staatsklassen dominiert wurde, bei dem die Majors aber eine wichtige Stützungsfunktion innehatten.

Der Zusammenbruch des Internationalen Erdölregimes

Die sogenannte zweite Ölpreisrevolution wurde durch Produktionsausfälle im Gefolge der Islamischen Revolution im Iran ausgelöst, welche die Preise für Erdöl rapide ansteigen ließen. In dieser Situation zeigte sich, wie fragil die Kooperation zwischen Erdölländern und Majors war. Beide Parteien tendierten dazu, die sich kurzfristig eröffnenden Einkommenschancen zu nutzen und verkauften ihr Erdöl zu Höchstpreisen auf dem freien Markt, worüber die strukturellen Bindungen zwischen den Erdölländern und den Majors zerbrachen. In Kombination mit Veränderungen der Marktstruktur - auf Grund der hohen Ölpreise drängten bekanntermaßen neue Anbieter auf den Markt - führte dies zu einem dauerhaften Trend des Preisverfalls.

Der Mechanismus der achtziger Jahre

Die Zeit seit Beginn der achtziger Jahre erscheint vielen als die erste Phase seit Rockefeller, in der das Ölgeschäft durch marktwirtschaftliche Kräfte gesteuert wird.¹⁸ Einleuchtend ist, daß marktwirtschaftliche Kräfte sich nach der Schwächung aller anderen strukturbildenden Kräfte als die im heutigen Weltwirtschaftssystem quasi-natürlichen immer stärker Bahn gebrochen haben. Oft vernachlässigt wird indes der einfache Tatbestand, daß bei vollständig wirksamen marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen große Teile der westlichen Energie- und insbesondere auch Erdölproduktion beispielsweise in Texas längst bankrott wären, da die Ölfelder des Mittleren Ostens eine ungleich höhere natürliche Produktivität aufzuweisen

haben. Diese 'Marktverzerrung' ist auf eine seit 1982/83 exklusiv von der OPEC erbrachten Leistung in Form einer Produktionsquotierung zurückzuführen, von der aber alle Energieproduzenten weltweit profitieren. Dies zu erklären wird eine der Aufgaben des folgenden Abschnittes sein.

II.2. Die regionalpolitische Dimension

Der bis Ende der sechziger Jahre gültige Regelungsmechanismus war zentral für die Einbindung der Region in das Weltwirtschaftssystem, und er formte auch die ökonomische und politische Struktur der Erdölländer der Region. Doch seine Prägekraft für die regionale Struktur insgesamt war begrenzt. Sowohl ökonomisch als auch politisch und ideologisch-kulturell war das revolutionäre Ägypten unter Nasser das Zentrum der arabischen Welt, während die traditionellen Systeme der arabischen Halbinsel mit ihren rückständigen Ökonomien politisch völlig in die Defensive gedrängt waren und ums Überleben kämpfen mußten.

Mit der ersten Erdölpreiseskalation vollzog sich ein regional-struktureller Wandel. Nun dominierten die bis dato an der Peripherie stehenden Monarchien der arabischen Halbinsel die Region mit Hilfe ihrer enorm hohen Ressourcen, von denen sie einen substantiellen Teil als Entwicklungs- und Kapitalhilfe in die ehemals sozialrevolutionären Zentren der Region kanalisieren, dadurch die konservativen politischen Kräfte dort stärken und so in der gesamten Region von den Erdöleinnahmen indirekt abhängige Staaten formten, sogenannte Semi-Rentierstaaten. Das Erdöl konstituiert seitdem also nicht nur die wichtigste Struktur im Hinblick auf die Einbindung der Region in das Weltwirtschaftssystem, sondern ihm kommt auch die entscheidende Prägekraft für die regionalpolitischen Strukturen zu.¹⁹

Die Überformung der Region durch den Rentenfluß und die damit einhergehende konservative Wirkung stärkten die westlichen Sicherheitsinteressen. In den siebziger Jahren wurden diese - und das vernachlässigt die Lagertheorie - zusätzlich abgesichert durch die klientelistische Kooperation zwischen den USA und Saudi-Arabien bzw. dem Iran, also jenen Erdölländern der Region, welche seinerzeit die zwei zentralen Herrschaftspotentiale der Region -Erdölreserven und militärisches Potential - hegemonieähnlich kontrollierten.

Da die zweite Erdölpreiseskalation eine deutliche Schwächung der von den USA lancierten zwischenstaatlichen Klientelstrukturen mit sich brachte - im Falle des Irans fiel diese wegen des Regimewechsels radikal aus, aber auch die Bindung zu Saudi-Arabien wurde angesichts dessen Unfähigkeit, die zweite Ölpreiseskalation zu verhindern, schwächer -, greift die erwähnte Lagertheorie für die achtziger Jahre gegenüber den siebziger Jahren wesentlich besser. Das aber sollte nicht dazu verführen, strukturelle Zusammenhänge im Sinne von Zwängen zu vernachlässigen, denen die Erdölländer unterliegen und deren Wirken westliche Sicherheitsinteressen *volens volens* stützen, nämlich die **strukturelle Heterogenität** und die regionale **Dominanz politisch konservativer Regime**.

Die strukturelle Heterogenität

Alle Ölländer sind als Länder der Dritten Welt - und zwar in besonders hohem Maße - durch strukturelle Heterogenität gekennzeichnet, also durch ein doppelt vermitteltes Produktivitäts-

gefälle: Einerseits besteht ein externes insofern, als die Erdölländer nur über einen Sektor verfügen, der im internationalen Maßstab konkurrenzfähig ist; intern bedeutet dies, daß ein enormes Produktivitätsgefälle zwischen dem Erdölsektor und allen anderen Sektoren besteht.²⁰ Folgen die Staaten der Erdölländer bei der Ausrichtung ihrer Ökonomien dem Theorem vom komparativen Kostenvorteil, dann vertiefen sie die strukturelle Heterogenität und damit ihre Unterentwicklung systematisch, denn sie werden dann idealiter nur und realiter vorwiegend in diesen produktiven Exportsektor investieren und alle intern benötigten Waren, von Produktionsmitteln über dauerhafte Konsumgüter bis hin zu Nahrungsmitteln, importieren. Trotz einiger durchaus nicht zu leugnender entwicklungspolitischer Leistungen folgten alle Länder der Region diesem Weg in die vertiefte Deformation.

Dem zentralen strukturellen Merkmal der Ökonomien der Erdölländer, der strukturellen Heterogenität, kommt nun im Kontext des Weltenergiesystems eine völlig andere Funktion zu: Sie bildet nämlich ein wesentliches Strukturelement für die Versorgungssicherheit des Westens. Folgen die Erdölländer einer marktwirtschaftlichen Rationalität, dann werden sie ohne jedwede Flexibilität ihre Ökonomien auf die Ölproduktion und deren Nachfrage auf dem Weltmarkt orientieren, und zwar auch dann, wenn die Preise drastisch sinken, denn selbst unter diesen Bedingungen lohnt es sich wegen der extremen Produktivitätsdifferenzen zwischen den Sektoren nicht, Ressourcen gezielt in andere Branchen zu investieren. Genau dies trifft übrigens auf westliche Staaten mit substantiellen Erdölexporten nicht zu, weshalb diese keine Stützung des Erdölpreises vornehmen (müssen).

Regionalpolitischer Konservatismus

Die regionalpolitische Dominanz der traditional-konservativen Golfstaaten war zwar in den achtziger Jahren deutlich labiler geworden - so konnte der revolutionäre Iran nur mühsam militärisch eingedämmt werden -, doch vorläufig ebensowenig wie ihre innere Stabilität grundsätzlich in Frage gestellt.

Die kleinen Golfstaaten mit Saudi-Arabien an der Spitze sind ein zentrales Bindeglied zwischen der Region und dem Weltwirtschaftssystem, da sie ihre innere Struktur auf eine konservative Ausrichtung festlegt.²¹ Im Gegensatz zum typischen bevölkerungsreichen Land der Region haben sie keine „Revolution von oben“²² durchlaufen, in der sich eine 'moderne' Staatsklasse hätte etablieren können. Die nach wie vor herrschenden traditionellen Staatsbürokratien haben sich zwar den modernen Bedingungen sehr flexibel angepaßt, sind aber entwicklungs- wie sozialpolitisch äußerst immobil - was sie von einem Regime wie dem irakischen deutlich unterscheidet - und deshalb hilft ihre Existenz die westlichen Sicherheitsinteressen zu wahren.

Die OPEC in den achtziger Jahren

Trotz der gesunkenen Weltmarktpreise überwiegt beim Preis des nahöstlichen Erdöls der Rentenanteil ganz eindeutig,²³ also jener Teil, dem keine Arbeitsleistungen entsprechen. Diese Renten sind aber nur partiell über den Faktor Natur erklärbar, wie dies beim klassischen Differentialrentenkonzept geschieht: Die Rente des mittelöstlichen Erdöls läßt sich zwar arithmetisch als Differenz der natürlichen Produktionskosten des mittelöstlichen gegenüber

jenen etwa des Nordseeöls fassen. Die Folgerung jedoch, daß die Renten den Erdölländern wie Lottogewinne zuflößen, übersieht, daß die Renteneinnahmen - wie bereits erwähnt - eine organisatorische Leistung voraussetzen, nämlich die 'künstliche' Verknappung des billigen Öls des Mittleren Ostens; die Produktion des Nordseeöls etwa wäre nämlich nicht notwendig, um den Weltenergiebedarf zu decken - wenn der Mittlere Osten nur eine (marktkonforme) Höchstproduktionsstrategie fahren würde.

Eigentlich erklärungsbedürftig ist demnach nicht, warum der Erdölpreis in den achtziger Jahren gesunken ist, sondern warum nur in so geringem Umfang.

1982/83 gelang der OPEC eine Produktionsquotierung. Blendet man **idealistische Erklärungen** aus, die wenig überzeugend auf vermeintliche arabische oder Dritte-Welt-Solidaritäten rekurrieren, bleibt im Rahmen einer **utilitaristischen Erklärung** der Verweis auf gemeinsame Interessen zugunsten eines hohen Ölpreises. Daß ein solches Interesse bei den Erdölländern alternativlos vorhanden ist, sollten die Ausführungen zur strukturellen Heterogenität gezeigt haben. Dieses Interesse erklärt jedoch nicht hinreichend das Zustandekommen der Kooperation in der OPEC, denn die strukturelle Abhängigkeit der einzelnen Erdölländer von hohen Erdöleinnahmen könnte auch gerade wegen des hohen Preises dazu führen, daß alle Akteure ihre Produktion ausweiteten, was langfristig zwar zu einem drastischen Preisverfall führen würde, kurzfristig aber von hohem individuellen Nutzen wäre.²⁴

Die auf das gemeinsame Interesse abhebende utilitaristische Erklärung muß gestützt werden durch eine **institutionelle Erklärung**²⁵: Es kann gezeigt werden, daß die Fortsetzung oder auch der Ausbau einer bereits institutionell verankerten Praxis der Kooperation sehr viel wahrscheinlicher, weil einfacher ist als ihre Schöpfung aus dem Nichts. Während die Kosten der Aufkündigung einer Kooperation, die allen nützt, für die beteiligten Akteure offensichtlich sind, erscheint der Aufbau neuer Strukturen kostenträchtig und aufwendig - zumal in der Regel individuell kooperationsfördernde Vorleistungen zu erbringen sind, deren Nutzen an ein Zustandekommen der Kooperation gebunden ist, wobei genau dieses Zustandekommen aber eben ein unsicheres Ergebnis ist. Die Erdölländer jedoch konnten auf eine bestehende Institution zurückgreifen, die in den siebziger Jahren bereits den Erdölpreis festgelegt hatte, die OPEC.

Um die Anfang der achtziger Jahre erbrachte organisatorische Leistung der OPEC letztlich verstehen zu können - immerhin mußte sie nun eine beachtliche Aufgabenerweiterung in Form der Festlegung von Produktionsquoten verkraften, nachdem die Kooperation mit den Majors gescheitert war -, erscheint es sinnvoll, auf das **Hegemoniekonzept** zurückzugreifen: Auf Grund seiner überlegenen Ressourcenausstattung im Erdölbereich (ein Viertel der Welterdölreserven und eine sehr hohe Förderkapazität) und gestärkt durch eine hohe Flexibilität des Finanzbedarfs war Saudi-Arabien in der Lage, zum eigenen wie zum Nutzen aller kooperative Strukturen zu etablieren bzw. zu stärken. Dabei trat Saudi-Arabien sowohl als benevolenter Hegemon, der in der OPEC als flexibler *swing producer* agierte, denn auch als 'strenger' Hegemon auf, der 1985 in einer dramatischen Aktion den Weltmarktpreis **intentional** kurzfristig völlig zusammenbrechen ließ, um die OPEC-Mitglieder zu disziplinieren und den Erdölpreis mittelfristig wieder auf ein höheres Niveau zu hieven.²⁶

Die aktuelle Entwicklung hat freilich deutlich demonstriert, daß die Anwendung des Hegemonie-Konzepts differenzierter geschehen muß: Über hegemoniale Potentiale verfügt Saudi-Arabien **nur** im Erdölkomplex, nicht aber im militärischen, in dem regional - seit dem Fall der Pahlevi-Dynastie und der beinahe weltweiten finanziell-militärischen Unterstützung Bagdads im iranisch-irakischen Krieg - der Irak dominiert.²⁷

Der seit dem Ende des irakisch-iranischen Krieges - bis dato waren die irakischen Potentiale absorbiert - in der Region und der OPEC schwelende Konflikt²⁸ kann in dieser Perspektive als eine Auseinandersetzung zwischen dem Irak und Saudi-Arabien um die regionale Hegemonie gedeutet werden, der in der Annexion Kuweits seinen Höhepunkt gefunden hat.

II.3. Die einzelstaatliche Ebene

Die territoriale Trennung zwischen Produktions- und Konsumtionszentrum des Weltenergiesystems hat im Mittleren Osten zur Herausbildung von Öl-Rentierstaaten geführt. In der Situation hoher Erdölpreise während der siebziger Jahre trugen sie entscheidend zur politischen Stabilisierung der Region unter den konservativen Vorzeichen des Weltwirtschaftssystems bei, indem sie die revolutionäre Dynamik der Region durch einen die gesamte Region überflutenden Rentensegen eindämmten. Zunächst schien es in den achtziger Jahren so, als ob der Rentierstaat auf Grund struktureller Zwänge wie der strukturellen Heterogenität auch in der Phase nachlassender Rentenflüsse einer angepaßten Anbindung der Region an das Weltwirtschaftssystem eher förderlich sei. Dieses Urteil muß angesichts des jüngsten Verhaltens des Irak überdacht werden. Jedoch kann gerade die irakische Aggression als eine für den Rentierstaat charakteristische Krisenreaktion stimmig interpretiert werden.²⁹ Der Irak befindet sich in einer akuten Verschuldungskrise. Diese versuchte er primär extern durch eine Einflußnahme auf den Welterdölpreis zu lösen, denn die internen Potentiale reichen bei Rentierstaaten nicht aus, um Ressourcen in großem Umfang zu mobilisieren. Als diese 'sanfte' Strategie an den Realitäten des Weltmarktes sowie im Rahmen des Konflikts um die regionale Hegemonie am Verhalten der konservativen Golfstaaten scheiterte,³⁰ griff der Irak zur brutalen, aber konsequenten Variante einer externen Strategie, der Annexion Kuweits.

Kuweit ist ebenfalls ein Rentierstaat, aber einer, den man als **'Effekten-Rentierstaat'** bezeichnen könnte: Gerade die kleinen Golfstaaten, die ursprünglich wegen eines fehlenden internen Produktionssektors von relevanter Größe vollständig vom Erdölkomplex abhingen, vermochten sich mit steigenden Erdöleinnahmen durch deren Anlage im Westen partiell vom Erdöl zu emanzipieren, während die Länder mit hohen internen Entwicklungspotentialen - wie z.B. der Irak - ihre Dependenz vom Erdölsektor ironischerweise nicht senken konnten.

Es scheint deshalb nahezuliegen, den erwähnten Konflikt zwischen Öl- und Effektenrentiers über die Preis- und Quotenpolitik der OPEC derart zu interpretieren, daß Kuweit auf Grund der hohen Auslandsanlagen kein Interesse mehr an einem „allzu hohen Ölpreis“ habe, weil ein solcher das Wachstum der westlichen Ökonomien und damit das der eigenen Effektenrenten senke. Aber erstens fragt sich, ob die Rechnung so stimmt angesichts dessen, daß das kuweitische Staatsbudget sich zwar zu über 50% aus Auslandsanlagen speist, daß andererseits aber ein Großteil der Auslandsanlagen in den westlichen Energiesektor geflossen ist. Prinzipi-

eller aber ist zweitens der Einwand, daß wir es bei der kuweitischen Elite mit einer Staatsbürokratie zu tun haben, und Staatsbürokratien geht es primär um Herrschaftssicherung, nicht in erster Linie um Einkommensmaximierung wie einem kapitalistischen Unternehmen. Einleuchtender erscheint mir die Interpretation, daß Kuwait im Sinne einer auch nach außen gesicherten Herrschaft an einer Eindämmung der regionalpolitischen Ambitionen des Irak interessiert war und deshalb irakische Anstrengungen in der OPEC, den Erdölpreis zu erhöhen, aus politischen Gründen sabotierte.

III. Folgerungen und Ausblick

Sinn dieses Aufsatzes sollte es sein, **einen zentralen Problemzusammenhang** zu skizzieren, der helfen kann, die aktuelle Golfkrise besser zu verstehen. Dabei wurde eine politökonomische Perspektive angelegt und versucht, diese mit Hilfe des Rentierstaats-Konzepts sowie des Ansatzes von den Internationalen Regimen zu bearbeiten.³¹

Im folgenden möchte ich auf eine Zusammenfassung zugunsten einiger Folgerungen und Thesen im Hinblick auf die aktuelle Golfkrise verzichten.

Die strategische Relevanz der Region für das Weltwirtschaftssystem begründet in der hier angelegten Perspektive ein starkes westliches Interesse an einer stabilen und dauerhaften politischen Anbindung der Region. Wenn diese in der skizzierten Weise durch die Annexion Kuweits geschwächt wurde, dann liegt die Folgerung nahe, daß es dem Westen unter Führung der USA im Golfkrieg zumindest auch um die Kontrolle der Region geht, d.h. **kurzfristig** um die Zerstörung des irakischen 'Hegemoniepotentials' sowie um die Restaurierung Kuweits (Maximalziel) bzw. die Abwendung einer weiteren Schwächung der Golfmonarchien (Minimalziel). Eine militärische und politische Niederlage des Irak vorausgesetzt, ist die Hegemoniefrage vorläufig dadurch gelöst, daß die USA als regionaler Hegemon fungieren - ein politisch und finanziell auf die Dauer aber zu kostenintensiver Zustand.

Längerfristig ergibt sich daraus ein starkes westliches Interesse an einer strukturellen Lösung, gestützt auf regionale Akteure. Als kooperationsbereite und aus westlicher Sicht attraktive Partner können die Golfmonarchien gelten, und entgegen der Annahmen der Lagertheorie wäre ein verstärkter Ressourcenfluß von Nord nach Süd in Form eines höheren Erdölpreises *per se* kein Hinderungsgrund für den Westen, zu einem Internationalen Regime ähnlich dem der siebziger Jahre zu gelangen. Augenblicklich zeichnet sich aber noch kein realistischer Weg dorthin ab.

Solange die Tendenz eines schwachen Weltmarktpreises jedoch fortbesteht, spricht nach der hier vorgelegten Analyse viel für eine auch über den Golfkrieg hinaus bestehende ausgeprägte Konfliktträchtigkeit der Region. Und seit Skocpol wissen wir, daß externe Schwächungen von Staaten - und es ist offensichtlich, daß nicht nur der Irak, sondern auch andere, gerade auch die den Westen unterstützenden Regime der Region durch die US-Intervention (innen)politisch geschwächt worden sind -, kombiniert mit einem sinkenden Ressourcenaufkommen, wichtige (wenn auch keine hinreichenden) Voraussetzungen für Revolutionen sind, und daß sich dann die Gruppen durchsetzen, welche über die höchsten organisatorischen und institutionellen

Kapazitäten verfügen², und das wären in vielen Ländern des Mittleren Ostens islamistische Kräfte. Doch dies wäre ein anderes Thema.

- ¹ Die Theorielosigkeit der Behandlung des Themas wird inzwischen allgemein beklagt. Siehe z.B. Wilson III, E.J., *World politics and international energy markets*. In: *International Organization*, Cambridge 1987, Vol. 41, S. 125-149,
- ² Siehe Maull, H.W., *Kaw Materials, Energy and Western Security*, London 1984, sowie Deese, D.A./Nye, J.S. (Hrsg.), *Energy and Security*, Cambridge 1981.
- ³ Siehe Strange, S., *States and Markets*, London 1988.
- ⁴ Selbstverständlich sind die aktuellen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten historisch variant (Veränderung der Importquote, Anlage von strategischen Reserven u.a.), doch darauf kann hier nicht eingegangen werden. Die grundsätzliche strategische Relevanz des Erdöls ist davon jedoch unberührt.
- ⁵ *Markt* meint hier zunächst nicht mehr als die Struktur, die den Warenumsatz regelt - wie auch immer, also z.B. inklusive Kartelle. Wenn an anderer Stelle von Marktkräften die Rede sein wird, sind dagegen die üblichen Implikationen wie Wirksamkeit eines Konkurrenzmechanismus mitgedacht.
- ⁶ Siehe Wolf, K.D./Zürn, M., „International Regimes“ und Theorien der Internationalen Politik. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Opladen 1986, Bd. 27, S. 201-221.
- ⁷ Siehe Keohane, R.O., *After Hegemony*, Princeton 1984.
- ⁸ Siehe Beblawi, H./Luciani, G. (Hrsg.), *The Rentier State*, London 1987, und Schmid, C./Pawelka, P., *The Modern Rentier State in the Middle East and its Strategies of Crisis Management*. Paper prepared for delivery at the 22nd Annual Meeting of the Middle East Studies Association of North America, November 2-5, 1988, in Los Angeles, California.
- ⁹ Begriff und Theorie der Staatsklasse prägte Elsenhans, H., *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft*, Frankfurt M./New York 1981.
- ¹⁰ Siehe Hodges, D./Gandy, R., *Mexico 1910-1982*, London 1983. Diese beiden Autoren strengen (am Fallbeispiel Mexiko) den originellen Versuch an, die dominante Stellung der Staatsbürokratie klassentheoretisch zu bestimmen, indem sie neben Kapital, Boden und Arbeit einen vierten Produktionsfaktor annehmen, nämlich Organisation, und dann nachzuweisen versuchen, daß dieser Faktor in westlichen Systemen von mehreren sozialen Gruppen geteilt wird, während er in den vorliegenden Systemen von einer Gruppe, der Staatsbürokratie, monopolisiert wird.
- ¹¹ Inwieweit in den vorliegenden Systemen Unternehmer etc., soweit sie ihre (Fort)Existenz den politischen Entscheidungen einer Staatsklasse verdanken, als soziale Gruppe unter den gängigen Begriff des Bürgertums subsumiert werden können, erscheint mir als eine theoretisch spannende Frage, die hier jedoch nicht weiter verfolgt werden kann.
- ¹² Frank, L.P., *The First Oil Regime*. In: *World Politics*, Princeton 1985, Vol. 37, S. 586-598.

- ¹³ Dies zeigt überzeugend Pawelka, P., *Der Irak als Rentierstaat. Zur politischen Ökonomie des Vorderen Orients*. In: *Der Bürger im Staat*, März 1991: Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991.
- ¹⁴ Siehe Krasner S.D., *A Statist Interpretation of American Oil Policy toward the Middle East*. In: *Political Science Quarterly*, New York 1979, Vol. 94, S. 77-96.
- ¹⁵ Konkret bedeutet dies, daß die Majors bei politischem 'Fehlverhalten' eines Landes dessen Produktion herunterfahren, was sie mit Hilfe ihres Konsortien-Netzwerkes problemlos durch eine entsprechende Steigerung in anderen Ländern ausgleichen konnten. Die empirische Bedeutung läßt sich am deutlichsten anhand des Fallbeispiels der nationalistischen Revolution im Iran 1951 und ihres Scheiterns nachweisen: Die zentrale Voraussetzung für die Restauration der Pahlevi-Dynastie war der von den Majors durch ihr erfolgreiches Embargo herbeigeführte Staatsbankrott.
- ¹⁶ Die Dichotomisierung zwischen struktureller und voluntaristischer Perspektive nimmt (in anderem Zusammenhang) vor: Skocpol, Th., *States and Social Revolutions*, Cambridge 1979.
- ¹⁷ Bull-Berg, H.J./Holter, M., *The International Oil Regime*, Polhodga 1982; Keohane, R.O., *After Hegemony*, a.a.O.
- ¹⁸ Siehe Tétreault, M.A., *Revolution in the World Petroleum Market*, London 1985.
- ¹⁹ Siehe Kerr, M.H./Yassin, S. el- (Hrsg.), *Rich and Poor States in the Middle East*, Boulder 1982.
- ²⁰ Siehe Elsenhans, H., *Probleme der Politischen Ökonomie in unterentwickelten Gesellschaften. Von der begrenzten Aussagekraft rein wirtschaftswissenschaftlicher und rein politikwissenschaftlicher Modelle*. In: Mäding, H. (Hrsg.), *Grenzen der Sozialwissenschaften*, Konstanz 1988, S. 88-113.
- ²¹ Aus diachroner Perspektive betrachtet, hat der hohe Rentenfluß - hoch insofern, als in diesen Ländern die Legitimationsanforderungen wegen der geringen Bevölkerungszahl niedrig sind - Revolutionen verhindert. Die Wirkung der Renten auf die internen politischen Strukturen ist also offenbar sehr unterschiedlich, was ein Vergleich mit dem Irak deutlich macht und noch evidentier wird, wenn man den Blick über die Region hinaus z.B. nach Venezuela öffnet.
- ²² Siehe Trimberger, E.K., *Revolution from Above*, New Brunswick 1978.
- ²³ Und zwar unabhängig vom gewählten Renten-Ansatz. Vgl. Mommer, B., *Die Ölfrage*, Baden-Baden 1988. Dort wird das marxistische Konzept der absoluten Grundrente zugrundegelegt - etwa mit Richards, A./Waterbury, J. *A Political Economy of the Middle East*, Boulder 1990. Letztere gehen vom 'bürgerlichen' Differentialrentenkonzept aus.
- ²⁴ Die Situation entspricht dem berühmten, in der Forschung zu den Internationalen Regimen ausführlich behandelten Gefangen-Dilemma.
- ²⁵ Siehe Keohane, R.O., *After Hegemony*, a.a.O.
- ²⁶ Siehe Alt, J.E./Calvert, R.L./Humes, B.D., *Reputation and Hegemonic Stability: A Game-Theoretic Analysis*. In: *American Political Science Review*, Washington 1988, Vol. 82, S. 445-466.

- ²⁷ Das Hegemonie-Konzept - auch das macht die aktuelle Entwicklung deutlich - kann zur Beschreibung von Herrschaftshierarchien im Mittleren Osten als einer Region der Dritten Welt auch insofern nur modifiziert angewendet werden, als 'hegemoniale' Stellungen durch Eingriffsmöglichkeiten externer Supermächte relativiert sind.
- ²⁸ Siehe Middle East Economic Digest, London 1990, Vol. 34, No. 27, S. 4f., No. 31, S. 4f.
- ²⁹ Siehe Pawelka, P., Der Irak als Rentierstaat, a.a.O.
- ³⁰ Siehe Stork, J./Lesch, A.M., Why War? In: Middle East Report, Washington 1990, No. 167, S. 11-18; oder auch Billing, P./Trautner, B.J., Der Konflikt um Kuwait. In: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)-Report, Frankfurt/M. 1990, Bd. 8, S. 1-34.
- ³¹ Es wird selbstverständlich nicht angenommen, daß damit alles erklärt, wohl aber ein Beitrag zum Verständnis einiger zentraler Zusammenhänge geleistet werden kann. Und der Rentierstaats-Ansatz etwa ist dahingehend offen, daß eine fruchtbare Synthese mit anderen konkurrierenden Argumentationen möglich scheint - so könnten mit Hilfe eines *rent-seeking*-Ansatzes bestimmte Momente der politischen Kultur, die in der aktuellen Diskussion eine Rolle spielen („arabische Mentalität“), frei von moralischen Implikationen analysiert werden u.a. Siehe Ashoff, G., Rent-Seeking: Zur Relevanz eines relativ neuen Konzeptes in der ökonomischen Theorie der Politik und der entwicklungstheoretischen Diskussion. In: Vierteljahresberichte - Probleme der internationalen Zusammenarbeit, Bonn 1988, Nr. 122, S. 103-125.
- ³² Siehe Skocpol, Th., States and Social Revolutions, a.a.O.

Die internationale Dimension der Krise am Golf

1. Die Formierung der anti-irakischen Koalition durch die USA

In der Rückschau nimmt es sich nahezu unwirklich aus. Der Nationale Sicherheitsrat der USA tagte zum ersten Mal nach der Besetzung Kuweits durch Irak. „Die Atmosphäre war gelassen und sachlich. Bush's führende Generäle und Diplomaten, Spionagechefs und Energieexperten spulten ihre Analysen ab. Die vorherrschende Meinung innerhalb der Gruppe“, so erinnert sich ein Beamter des Weißen Hauses, „war etwa: 'Tja, schade um Kuwait, aber es ähnelt ja stark einer Tankstelle, und wen kümmert es schon, ob das Firmenschild auf Sinclair oder Exxon lautet? Und überhaupt, was können die Vereinigten Staaten tun? Hat Irak nicht die größte Armee im Mittleren Osten, und ist Amerika nicht weit vom Schauplatz entfernt?' Da war kaum das Empfinden zu spüren, es stünden wichtige U.S.-Interessen auf dem Spiel - bis der Präsident sprach. Er stellte eine einfache Frage, die den Verlauf der Debatte entscheidend veränderte: 'Was geschieht, wenn wir nichts tun?'“¹

Aus den Äußerungen, die der Präsident sowie Regierungsmitglieder später verbreiteten, läßt sich unschwer rekonstruieren, welche Antwort George Bush auf die von ihm selbst gestellte Frage gab. Zum ersten befürchtete er wohl über kurz oder lang die Errichtung einer uneingeschränkten irakischen Dominanz am Golf, entweder durch Ausdehnung der Invasion auf Saudi-Arabien, um die wichtigsten Erdölquellen des Königreiches (kaum eine ist mehr als 300 km von der kuweitischen Grenze entfernt) zu besetzen oder mittels erpresserischen Drucks auf Saudi-Arabien und die kleinen Monarchien am Golf. Direkt oder indirekt verfügte der Irak dann über fast 50% der bekannten Erdölreserven der Welt. „Wir können und werden den Invasionstruppen eines fanatischen Regimes nicht gestatten, die Hälfte aller Ölreserven zu kontrollieren, das Herzblut der Weltwirtschaft“², erklärte der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Richard A. Gephardt. Dabei betonten jene, die diese Position teilten, nahezu einhellig, es gehe nicht um den Benzinpreis oder die Erhaltung eines üppigen, selbst-bewilligten Lebensstandards. „Was auf dem Spiel steht, ist die Macht, die Heizung in Millionen Häusern abzustellen, Arme und Kranke frieren zu lassen, Tausende Betriebe und Einrichtungen stillzulegen, Massenarbeitslosigkeit und beträchtliche zusätzliche Armut zu verursachen... Für die unmittelbare Zukunft ist der verlässliche Zugang zu Erdöl zu vernünftigen Preisen lebenswichtig für jede moderne Wirtschaft - und an dieser brutalen Tatsache können weder edelste Moral noch ökologische Bedenken etwas ändern.“³

Stil, Richtung und Ausgang dieser Debatte zeigen, daß offenbar eine Mehrheit der US-Gesellschaft, auf jeden Fall aber der meinungsbildenden und regierenden Elite in einer drohenden Abschnürung vom Öl den casus belli sieht - eine Position, die nicht auf einen neuartigen „Ressourcenkampf“ hindeutet, sondern von Henry Kissinger bereits 1975 in seinem berühmten „Business- Week-Interview“ begründet wurde. Zu fragen bliebe, ob die überzeugende Begründung für die andauernde Unersetzbarkeit des Erdöls für die Weltwirtschaft der US-Regierung gestattet, eine zunächst ganz unzweifelhaft nationale Ressource per Dekret zum allgemeinen Gut zu internationalisieren und deren Verfügbarkeit notfalls mit Feuer und Schwert zu erzwingen.

Ein zweiter Grund für die immer entschiedener vorgetragene Gegenreaktion der USA war der für sie offensichtlich intolerable Sachverhalt, daß mit Kuwait ein wichtiger und befreundeter Staat von einem anderen, den USA wesentlich weniger geneigten Staat überfallen und nach wenigen Tagen annektiert wurde. Immerhin bedeutet dies das Von-der-Weltkarte-Streichen eines ganzen Landes, die völlige Negierung eines seit 30 Jahren bestehenden, unabhängigen Völkerrechtssubjektes. Mit Sicherheit hätten die USA die Annektierung Kuweits durch einen mit der Sowjetunion verbündeten Irak zu Zeiten der Blockkonfrontation niemals zugelassen. Nun, da sie sich mit einigem Recht als Sieger des kalten Krieges fühlten, sahen sie wohl erst recht keine Gründe, den Irak gewähren zu lassen und so Gefahr zu laufen, ihren überragenden Einfluß am Golf zu verlieren.

Einen dritten Grund bildet offenbar die Entschlossenheit der USA, nach den globalen Umbrüchen der Jahre 1989/90 eine neue Weltordnung zu etablieren, in der die Entstehung neuer Mächte, die die USA nach den Spielregeln des kalten Krieges herausfordern, nicht vorgesehen ist und auch nicht geduldet wird. Der Einsatz von dem Gegner weit überlegenen Streitkräften zur Realisierung eigener machtpolitischer Ziele war der USA-Politik der letzten Jahrzehnte keineswegs fremd. Ihr Potential an Massenvernichtungswaffen diente dabei als Mittel der Abschreckung gegenüber potentiellen oder realen Verbündeten des Attackierten. Der Irak versuchte gegenüber Kuwait nicht anders zu verfahren, überschätzte jedoch die Wirkung seines noch im Embryonalzustand befindlichen Abschreckungspotentials, abgesehen von weiteren, zum Teil eklatanten politischen Fehlkalkulationen. Die für ein Dritte-Welt-Land gigantische Kriegsmaschinerie zwang die USA eben nicht zur Zurückhaltung, sondern wirkte eher als Anreiz, ein Militärpotential zu eliminieren, welches aufgrund seiner realen Stärke und der Furcht, die es verbreitete, den Irak zur dominierendenn Macht im Mittleren Osten zu verwandeln schien.

„Die Krise am Persischen Golf, so ernst sie ist“, erklärte G. Bush im September 1990 in einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses, „bietet zugleich eine der seltenen Gelegenheiten zum Eintritt in eine historische Periode der Zusammenarbeit... Eine neue Weltordnung kann entstehen: frei von dem Schrecken des Terrors, stark im Streben nach Gerechtigkeit und unbeirrt in der Forderung nach Frieden - eine Ära, in der die Nationen der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und im Einklang miteinander leben.“⁴⁴

Es steht dahin, ob die Nationen der Welt die Rhetorik dieser schönen Vision mit der Politik der Vereinigten Staaten zu identifizieren vermochten. Jedenfalls gelang es der Bush-Administration

in den dem irakischen Aggressionsakt folgenden Wochen und Monaten, einen historisch bislang präzedenzlosen internationalen Konsens herzustellen. Zum ersten Mal vertraten die USA und die UdSSR - beim Gipfeltreffen in Helsinki Mitte September 1990 offiziell besiegelt - in einem bedeutenden Regionalkonflikt eine fast gleiche Position, die sehr rasch in effektive internationale Maßnahmen umgesetzt werden konnte. Ebenfalls erstmalig verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat fast einhellig exakt ein Dutzend Resolutionen, die zunächst in Embargobeschlüsse gegen Irak gipfelten, die seit dem Boykott gegen das südrhodesische Regime 1966 die schärfsten Bestimmungen enthielten. Selbst der bereits im August einsetzende und bald außergewöhnliche Ausmaße annehmende militärische Aufmarsch der USA am Golf erfolgte unter Beteiligung von 28 Staaten, darunter solch bedeutender arabischer Staaten wie Ägypten und Syrien. Letzteres signalisierte - erstmalig - einen völligen Bruch im arabischen Lager¹.

Nach dem internationalen Kräfteverhältnis und der überragenden Weltgeltung der Vereinigten Staaten im Jahre 1990 war dieser in der Tat bemerkenswerte Konsens sicher auch dem Umstand geschuldet, daß die USA nicht, wie in der Reagan-Ära die Norm und auch noch 1989 mit der Panama-Invasion der Fall, einem unilateralen politischen und/oder militärischen Interventionismus zur Durchsetzung ihrer Interessen huldigten, sondern sich an die Spitze internationaler, d.h. kollektiver diplomatischer Anstrengungen zur Eindämmung einer klaren Aggression stellten.

Weiterhin mag dazu beigetragen haben, daß das irakische Regime in keiner Weise eine Alternative verkörperte. Repräsentiert von einem skrupellosen Diktator mit einer abstoßenden Biographie der Gewalt gegenüber der eigenen Bevölkerung und den Nachbarstaaten, erzielten die Versuche zur Kaschierung seiner aggressiven Handlungen außerhalb der arabischen Welt wenig Wirkung. Das Ausspielen der Dritte-Welt- und insbesondere der islamischen und palästinensischen Karte rief im innerarabischen Zirkel Sympathie hervor, international stachen diese Trümpfe bis zum Kriegsbeginn am 16. Januar nicht. Und einen weiteren, nicht von der Hand zu weisenden Grund für ihre entschiedene Haltung vermochten die USA ins Feld zu führen. Der Überfall auf Kuwait und dessen anschließende vollständige Annexion unter Anführung vor allem „historischer“ Gründe erfüllen nicht allein den ziemlich abstrakten Tatbestand der Verletzung des - höchst selektiv umgesetzten - Völkerrechts. Vielmehr bestand die reale Gefahr, damit einen Präzedenzfall mit unter Umständen gravierenden Folgen zuzulassen. Eine Grenzziehung, die von Kolonialmächten zur Absicherung von deren Interessen vorgenommen wurde und in kaum einer Weise den Traditionen, Notwendigkeiten des Lebens und Rechtsempfindens der betroffenen Völker entsprach, bilde² weder am Golf noch im übrigen Mittleren Osten die Ausnahme, sondern die Regel. Dieser könnte - ebenso wie andere Dritte-Welt-Regionen - einem Zeitalter endloser und kaum lösbarer Konflikte entgegengehen, wenn alle „historischen Ansprüche“ angemeldet und, sobald eine ausreichend entschlossene Führung über die erforderliche militärische Stärke verfügt, der Versuch ihrer gewaltsamen Durchsetzung unternommen würde. Nicht allein für die unmittelbar betroffenen Völker und Gebiete der Dritten Welt wäre dies eine verhängnisvolle lebensbedrohliche Entwicklung.

2. Realität und Risiken des Krieges

Die Entscheidung der Vereinigten Staaten, nach Ablauf der in der UN-Sicherheitsresolution 678 gestellten Frist den Rückzug aus Kuwait mit militärischer Gewalt zu erzwingen, schuf eine vollkommen veränderte Lage. Nichts, so scheint es, bleibt von dem Gluthauch des Krieges unberührt.

Doch bevor Details in näheren Augenschein genommen werden können, stellen sich einige Fragen grundsätzlicher Natur:

Gilt Carl von Clausewitz' berühmtes Diktum, welches seine Erfahrungen aus dem Befreiungskampf gegen Napoleon widerspiegelt, nachdem der Krieg „eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ sei, an der Schwelle des 21. Jahrhunderts uneingeschränkt fort? *Ultima ratio regum* - das letzte Wort der Könige - so stand es einst auf den preußischen Kanonen, die bei Roßbach und Leuthen, bei Leipzig und Waterloo, bei Königsgrätz und Sedan ihr todbringendes Wort sprachen. Taugt diese Devise für das nuklear-kosmische Zeitalter, in dem Raketen, Überschallflugzeuge und elektronische Kriegsführung in Sekunden mehr zu zerstören vermögen als ihre klobigen Vorgänger im Laufe von Jahrhunderten?

Kann und darf der Präsident eines Landes den Vollzug des internationalen Rechts in einer Weise anordnen, der Tausende und Abertausende Todesopfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung fordert? „Dürfen eigentlich die Vereinten Nationen, deren oberste Aufgabe es laut Präambel der Charta ist, 'künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren', den Frieden einfach herbeibomben?“⁵

Vermag der Krieg die Probleme zu lösen, die letztlich im irakischen Angriff auf Kuwait gipfelten, kann er zu „mehr Sicherheit und Stabilität“⁶ in dieser krisengeschüttelten Region führen, wie es George Bush erwartet? Jede dieser Fragen enthält eine moralische und eine sachliche Dimension, die bei einem Versuch der Beantwortung nur schwer voneinander zu trennen sind. Dennoch wird im folgenden die Konzentration auf sachlich-objektive Probleme angestrebt, um im internationalen Maßstab die hypothetischen Gewinne des Krieges am Golf gegen dessen enorme Risiken abzuwägen. Die vom US-Präsidenten in der Nacht des Kriegsbeginns verkündeten Ziele, „Saddam Husseins Streitkräfte werden Kuwait verlassen, die legitime Regierung Kuweits wird wieder in ihre rechtmäßige Stellung eingesetzt, und Kuwait wird wieder frei sein“⁷, konnten die Streitkräfte der anti-irakischen Koalition erreichen. Die allgemeine Kräftebalance, nicht allein die militärische, ließ keinen anderen Kriegsausgang erwarten. Ob sich damit die Möglichkeit bietet, eine „neue Weltordnung zu schaffen, in der die Regel des Gesetzes, nicht das Gesetz des Dschungels, das Verhalten der Nationen untereinander bestimmen“⁸, wird sich zeigen müssen.

Der Persische Golf ist seit Jahrzehnten eine der unruhigsten Krisenregionen der Welt. Aggression und Gewalt haben hier nicht erst mit Saddam Hussein Einzug gehalten und würden daher mit seinem möglichen Abgang nicht aus diesem Gebiet verschwinden. Aber weder die Bush-Administration noch die mit ihr verbündeten Regierungen haben konkrete Planungen oder auch nur Vorschläge veröffentlicht, wie die Basisursachen der schier unüberwindlichen Interessengegensätze, der akuten und latenten Konflikte sowie der virulente Haß, der so häufig

die Atmosphäre zwischen Völkern und Regierungen im Mittleren Osten erfüllt, beseitigt werden könnten. Der arabisch-israelische Gegensatz im allgemeinen, mit ihm das Palästina-Problem als Kern, das Kurdenproblem, die Frage der Demokratie in der Region, die erschreckend ungleiche Verteilung von Einkommen und Wohlstand zwischen und innerhalb der Staaten, die überbordende Militarisierung, die sich keineswegs auf Irak allein beschränkt, der offensichtliche Mangel an regionaler Kooperation und Kohärenz, die zunehmende ökologische Degradation - die Probleme sind zahlreich, bereits jedes für sich genommen sehr kompliziert und häufig eng miteinander verknüpft. Ihre ungenügende Bewältigung läßt Diktatoren wie Saddam Hussein, die radikale und scheinbar einfache Lösungen versprechen, zu Macht und Ansehen bis hin zur Verklärung gelangen. Dieses Phänomen ist nicht an eine Person, sondern an die geschilderten Umstände gebunden. Der politische und/oder physische Tod Saddam Husséins würde daran nichts ändern. Auch nach dem eindeutigen militärischen Sieg der alliierten Streitkräfte am Golf kann nicht ausgeschlossen werden, daß die sechs Wochen Krieg am Golf den Zugang zur Lösung der gravierenden Probleme eher blockiert haben - und damit die Region in ihrer Stellung als destabilisierender Faktor in der Weltarena belassen. Die Geschichte der Kriege im Mittleren Osten läßt kaum Schlußfolgerungen über etwaige stabilitätsfördernde Wirkungen dieser bewaffneten Auseinandersetzungen zu. Es ist nicht nachzuweisen, daß die Kriege von 1948-1950, 1956, 1958 (US- bzw. britische Intervention im Libanon und in Jordanien), 1967, 1982, 1983/84 (multinationale Intervention im Libanon) oder der irakisch-iranische Krieg 1980/88 Probleme gelöst, die Stabilität erhöht, einem dauerhaften Frieden den Weg geebnet hätten. Dies gilt auch für die innerarabischen Konflikte (Westsahara, Libanon usw.). Eine gewisse Ausnahme wäre lediglich der Oktoberkrieg 1973, nach dessen Ende ein diplomatischer Prozeß einsetzte. Nach Waffenstillstand und Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel sowie Ägypten und Syrien standen am Ende die Camp-David-Abkommen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel. Einschränkend hinzugefügt werden muß aber der Hinweis auf den Ausnahmecharakter dieses Krieges, der erstmalig nicht mit einer vollständigen arabischen Niederlage endete. Eine offensichtliche Folge von Nahostkriegen läßt sich jedoch feststellen: die Zunahme terroristischer Aktionen. Dies war nach 1967 der Fall, als Attentate und Entführungen von Zivilflugzeugen über Jahre hinweg die Schlagzeilen bestimmten. In gewisser Weise wiederholte sich dies 1974 in dem Terror gegen israelische Grenzdörfer wie Maa'lot und Kurjat Schmoneh u.a. Besonders stark war der Aufschwung des Terrorismus nach dem israelischen Libanonfeldzug 1982: die Entführung der „Achille Lauro“, das Attentat in der „La Belle“-Disothek in Berlin, die Sprengstoffanschläge in Rom und Wien 1985, die Welle der Anschläge in Frankreich und die zahllosen Aktionen gegen den zivilen Luftverkehr um die Mitte der achtziger Jahre. Die Existenz von Chemiewerken, eines beträchtlichen Vorrates chemischer Waffen im Irak sowie die zahlreichen Ölförderanlagen, Tanks, Pipelines zuzüglich der größten bisher im Nahen Osten eingesetzten Feuerkraft, verlieh dem jüngsten Golfkrieg ein ökologisches Gefahrenpotential, dessen Folgen weit über die Region hinausreichen könnten. Im Vorfeld des Krieges erstellten Wissenschaftler in Jordanien, Großbritannien und Deutschland⁹ unabhängig voneinander verschiedene Studien, die vor einer Umweltkatastrophe ernstesten Ausmaßes

warten. Auch wenn abzusehen ist, daß nicht die schlimmsten Szenarien eintreten, malen brennende Ölanlagen und die größte Ölpest der Geschichte das Menetekel eines verheerenden Ökozids an die Wand. Die Lebensgrundlage der Völker in den Golfanrainerstaaten und benachbarter Regionen erscheint bedroht, weltweite klimatische Folgen rücken in den Bereich des Möglichen.

Die Vorstellung einer Eskalation des Golfkrieges in eine die gesamte Region erfassende Konfrontation mit unabsehbaren Menschenopfern, ökologischen Schäden, begleitet von gesellschaftlichen Eruptionen, Terroraktionen und weltwirtschaftlichen Turbulenzen war keine von vornherein irrealer Horrorvision, und keineswegs können alle diese Gefahren bereits als gebannt angesehen werden.

Der Verlauf der amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Intervention in dem libanesischen Bürgerkrieg 1982-1984 zeigt, wie bereits einmal eine alliierte Streitmacht trotz überlegener Feuerkraft arabischen Boden unverrichteterdinge räumen mußte - ein Land im Chaos zurücklassend. Diese Situation besteht nach dem Ende des Golfkrieges nicht. Sie bleibt dennoch unübersichtlich. Eine Bilanz der Opfer und Schäden erweist sich kurz nach dem Schweigen der Waffen als ein mit Unsicherheiten behaftetes Unterfangen. Die Verluste auf alliierter Seite sind - gemessen an manchen Befürchtungen - relativ gering, die Angaben über die gefallenen Iraker schwanken zwischen einigen Zehntausend und Zweihunderttausend. Die irakische Infrastruktur ist weitgehend zerstört, desgleichen zahlreiche Betriebe der Industrie und Landwirtschaft. Der Schaden könnte die Summe von 100 Milliarden übersteigen. Fast alle kuweitischen Ölquellen und Förderanlagen hatten die Iraker vor ihrem Abzug angezündet oder zerstört, über das Land sind unzählige Minen verstreut. Es kann Monate, wenn nicht gar Jahre dauern, bis die kuweitische Ölförderung den Vorkriegsstand wieder erreicht, der Wiederaufbau insgesamt wird in dem Emirat, vor allem aber in Irak noch wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Noch gravierender und unter Umständen auch langwieriger könnten die Umweltschäden die Länder am Golf in ihrer Entwicklung behindern. Angesichts dieser Opfer und schweren Hypothesen für die Zukunft wird eine kritische Bewertung des alliierten Vorgehens nicht ausbleiben. Ob einer Supermacht wie den USA, mehr oder weniger unterstützt von allen anderen Großmächten und zwei Dutzend anderer Staaten, kein anderer Ausweg blieb, als in 110 000 Luftangriffen mehr als 65 000 Tonnen Bomben und Raketen auf Kuwait und Irak zu werfen und eine ebenso gewaltige Bodenoffensive gegen die erkennbar geschwächten Streitkräfte eines mittleren Dritte-Welt-Landes zu führen, um diese aus Kuwait zu vertreiben, darf bezweifelt werden. Das in juristischer wie politischer Hinsicht zwingende Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel scheint bei den Planungen der Operation „Desert Storm“ wenig Beachtung gefunden zu haben.

3. Der Krieg am Golf und die neue Weltordnung

Es scheint mehr als fraglich, daß der Golfkrieg das Tor zu einer neuen Weltordnung, die diesen Namen auch verdient, tatsächlich aufzustoßen vermag. Im Gegenteil, die insbesondere von arabischer Seite geäußerte Befürchtung, im Widerschein der Kämpfe und Detonationen am Golf werde eine sehr alte Welthierarchie lediglich in neuem historischen Einband restauriert,

enthält viel Plausibles. Es mag nirgends so intendiert sein, aber dieser Krieg stellt sich in der Dritten Welt zunehmend als eine Strafexpedition der USA im Verein mit mehreren alten Kolonialmächten gegen ein Land der südlichen Hemisphäre dar, weil dieses die Kreise der (nord-)westlichen Großmächte stört. Millionen einfacher Menschen in Asien und Afrika, nicht allein Anhängern des Islam, fällt es schwer, im Agieren der irakischen Führung etwas Exzeptionelles, noch nie Dagewesenes zu erkennen. Obwohl die Politik Israels gegenüber den Palästinensern oder die Südafrikas gegenüber Namibia, Angola und Moçambique aufgrund massiver und wiederholter Verletzung von Völker- und Menschenrecht mehrfach von der UNO kritisiert, zum Teil auch verurteilt wurde, zog niemand ein militärisches Vorgehen gegen diese Staaten auch nur in Erwägung. Gegen Irak wurde sofort eine einschneidende Wirtschaftsblockade verhängt, eine politische und militärische Koalition geschaffen, und nach nur fünf Monaten traten militärische Zwangsmaßnahmen in Kraft. Da die USA andere, durchaus schwerwiegende und langwierige Probleme und Krisen nicht eines größeren Engagements für würdig erachteten, nährte die umgehende Reaktion auf die Golfkrise insbesondere im arabischen Raum den Verdacht, den USA gehe es nicht in erster Linie um Recht und Prinzip, sondern um eigene Interessen. Indem der Irak eine durch das Erdöl zu märchenhaftem Reichtum gelangte Dynastie vertrieb, angeblich um deren Überfluß Bedürftigen zukommen zu lassen, zog er sich damit den Zorn und die Vergeltung der westlichen Führungsmacht und ihrer Verbündeten zu. Gleichsam spiegelverkehrt wuchs damit das mittelöstliche Land und seine Führung langsam, aber stetig in die Rolle eines Hoffnungsträgers der Dritten Welt hinein. Diese Stimmung gewann um so mehr an Kraft, je länger der Krieg dauerte, je größer die Zerstörungen im Irak wurden, kurz - je mehr seine Rolle als Aggressor im August 1990 verblaßte gegenüber der neuen als „Kämpfer“ gegen die „Reichen aus dem Norden“ sowie als Opfer und Märtyrer. Die Vorstellung von Saddam Hussein als Hoffnungsträger der Dritten Welt mag Europäern und Nordamerikanern absurd bis zum Aberwitz erscheinen, doch stellt sich der Sachverhalt aus der Perspektive der Menschen - und zwar in ihrer großen Mehrheit - in den afrikanischen oder asiatischen Dritte-Welt-Regionen durchaus anders dar. Die achtziger Jahre waren für sie - einige Prosperitätsinseln in Ostasien ausgenommen - ein verlorenes Jahrzehnt, und die Aussichten für die letzte Dekade des Jahrhunderts sind kaum besser.

Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel ist in den achtziger Jahren drastisch zurückgegangen, die Handelsbedingungen für ihre Rohstoffe (außer Öl) sind auf dem seit Jahrzehnten niedrigsten Stand angelangt. Das Bruttosozialprodukt zahlreicher dieser Staaten stagniert oder geht zurück. Die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vertieft sich weiter. Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat mit 1,3 Billionen US-Dollar astronomische Ausmaße erreicht. Allein an Zinsen zahlen sie jährlich zwischen 80 und 90 Mrd. US-Dollar an die Gläubiger im Norden. Seit 1982 übersteigen die Schuldentrückzahlungen und Zinsen der Dritten Welt erheblich die Summe aller Überweisungen, die sie erhält. Die Weltbank beziffert den gegenwärtigen negativen Nettotransfer zuungunsten der Entwicklungsländer mit etwa 50 Mrd. Dollar pro Jahr. Fast eine Milliarde Menschen leiden ständig Hunger, jährlich sterben zwischen 25 und 50 Millionen Menschen buchstäblich an Hunger bzw. ihre geschwächten Organismen vermögen selbst harmlosen Infekten nicht zu widerstehen. Täglich sind dies etwa

120000 Opfer, Tag für Tag ereignet sich ein „Hiroshima“, Jahr für Jahr erduldet die Dritte Welt Opfer in einer Zahl, wie sie der zweite Weltkrieg in sechs Jahren forderte.¹⁰

Immer weniger Entwicklungsländer sind in der Lage, ihre sich im Durchschnitt alle 20-30 Jahre verdoppelnde Bevölkerung zu ernähren, ausreichend Arbeit, Wohnraum und medizinische Betreuung bereitzustellen. Diejenigen, die diesem Schicksal entgehen, fristen häufig ein Dasein, das von Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, miserablen Wohnbedingungen, politischer Unterdrückung, ethnisch-religiöser Diskriminierung, von den Folgen zunehmender ökologischer Degradation, von Kriegen und Flüchtlingselend gekennzeichnet ist. Begünstigt durch die immer dichter werdenden weltumspannenden Kommunikationsnetze sowie durch die wachsende Mobilität auch der Menschen in den Entwicklungsländern, wissen die meisten von ihnen, daß keineswegs überall auf der Welt Lebensumstände herrschen, die mit den ihren vergleichbar wären. Hoffnungen auf eine Wende zum Besseren sind aber in praktisch allen Dritte-Welt-Regionen der Verzweiflung oder Resignation gewichen. Dies gilt auch für große Teile der arabischen Welt. Welche Zukunftsperspektiven können Staaten wie Jemen oder Mauretanien ihren Bürgern auch bieten, bei einem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf von 470 bzw. 420 US-Dollar?¹¹ Was haben die in vor Elend und Schmutz überquellenden ägyptischen Großstädten Lebenden oder die bitterarmen Pakistani oder Bangladeshi gemein mit den Bewohnern der klimatisierten Glitzerpaläste und Nutzern aller Wohlstandsartikel der westlichen Welt in al-Kuweit oder ar-Riad? Die Sympathie mit dem starken Mann aus Bagdad, der demagogisch vorgab, sich mit Gewalt von den wenig populären „korrupten Scheichs“ nur das zu nehmen, was seinem Volk „eigentlich zusteht“, und die Ablehnung gegen die „Polizei“- (aktion der Alliierten), die wieder „den Reichen“ hilft, nimmt sich aus diesem Blickwinkel so sonderbar nicht aus.

Die auf Internationalisierung oder zumindest Regionalisierung abzielende Strategie Saddam Husseins im Golfkrieg stellte nicht allein den zweiten Versuch^{11a} dar, auf diese Weise den Vorteil eines an Ressourcen reicheren Gegners auszugleichen, sondern offenbarte auch das Bemühen, diese Stimmungen und Sympathien in der arabischen und muslimischen Welt zu kapitalisieren, in politische Stärke zu verwandeln, die eine Vernichtung seines Regimes verhindern helfen sollte. Unabhängig davon, wie sich die konkrete Nachkriegssituation gestalten wird, steht zu befürchten, daß dem Krieg ein allseits hochbewaffneter Frieden folgen wird, da ja scheinbar die These bestätigt wurde, nach der allein die Macht der Macht Einhalt zu gebieten vermag. Dies aber würde bedeuten, materielle und finanzielle Ressourcen, politische Energien, Zeit und Aufmerksamkeit der Regierungen und politischen Eliten, aber auch der jeweiligen Bevölkerung wären in einem unvertretbar hohen Maße auf militärische, strategische und rüstungswirtschaftliche Fragen konzentriert - zum Schaden der realen, der wirklich brennenden Mißstände und Probleme.

Es stellt sich weiterhin die Frage, ob die Sicherheit einer auf die militärische Superiorität der (nord-)westlichen Mächte und ihrer regionalen Verbündeten gegründete Weltordnung einen längeren Bestand überhaupt haben könnte. Exakt drei Jahre nach Ausbruch des Golfkrieges, im Januar 1988 versuchte die „Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie“ (Ikle/Wohlstetter-Kommission) in ihrem Bericht „Discriminate Deterrence“¹² auf diese Frage - noch im Kontext

des späten kalten Krieges - eine Antwort zu finden. Die Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Autoren, die wie Kissinger, Brzezinski, Clark, Huntington, Goodpaster oder Vessey zur Spitzengruppe des politisch-militärischen Establishments der Vereinigten Staaten gehören, verhalten offensichtlich nicht ungehört. Die Studie sieht US-Interessen durch die Gewalt und die Konflikte in der Dritten Welt in den kommenden Jahrzehnten auf vielfältige Weise bedroht. Die Ansammlung von immer mehr modernen Waffen mit großer Zerstörungskraft gestalte jedoch eine „Einmischung in regionale Kriege gefährlicher und komplizierter“, erfordere „vielseitige mobile Kräfte, die präzise geführte Schläge gegen entfernte militärische Ziele ausführen“ und auf die neuesten Waffensysteme der USA zurückgreifen können: „In der Dritten Welt sollte die Strategie der USA ... darauf ausgerichtet sein, unsere technologischen Vorteile maximal zu nutzen. In einigen Fällen werden Technologien, die für die Bekämpfung der Sowjets entwickelt wurden, außerordentlich nützlich sein. Auch hier wollen wir programmierbare Raketen einsetzen, die in differenzierender Art und Weise wirken und mit denen zusätzliche Zerstörungen für die Zivilbevölkerung vermieden werden können.“¹³ Die Möglichkeiten einer solchen „differenzierenden Abschreckung“ sollten weder über- noch unterschätzt werden, deren moralische Bewertung kann hier nicht erfolgen. Es muß zunächst zwischen Wirksamkeit in kurz- und langfristiger Hinsicht, zwischen dem „Funktionieren“ in einem konkreten Fall und der Tauglichkeit als allgemeine Strategie unterschieden werden. Trotz der klaren militärischen Niederlage Iraks erscheint es schwer vorstellbar, daß die Sicherheit und Stabilität einer neuen Weltordnung zuvörderst oder doch zu einem beträchtlichen Teil auf den hochtechnisierten und daher überlegenen Bajonetten einer reichen Minderheit beruhen kann. Bestimmt wird der Golfkrieg manche Lehre vermitteln und zu neuen Schlußfolgerungen anregen. Die allgemeine Tendenz, die militärische Gewalt zu einem untauglichen Mittel werden läßt, politische, wirtschaftliche, ethnisch-religiöse oder ideologische Konflikte zu entscheiden, wird auch dieser Krieg nicht umkehren. Auch die Dritte Welt, auch die Golfregion nähert sich Schritt für Schritt der Schwelle, jenseits derer das Militär nicht mehr siegen, sondern nur noch zerstören, nichts mehr verteidigen, sondern nur noch Vergeltung üben kann. Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist diese Situation, in der der Einsatz militärischer Macht auch am Golf keinerlei politisch nutzbaren Vorteil, sondern nur noch allgemeine Zerstörung bringen kann, näher, als die kriegführenden Parteien zu erkennen bereit sind. Der acht Jahre währende irakisch-iranische Krieg zeigte, wie dicht die Region bereits an diese Schwelle gelangt ist. Verglichen mit der Zeit vor dem Krieg herrscht in politischer Hinsicht exakt der status quo ante. Dafür mußten aber eine Million Menschen sterben, eine größere Anzahl wurde verletzt und verkrüppelt, Industrieanlagen, Wohnviertel, Infrastruktureinrichtungen sanken in Schutt und Asche. Nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) belaufen sich die Kosten für militärische Aktivitäten, die materiellen Verluste und Folgekosten auf etwa das Doppelte der Summe, die beide Kombattanten aus dem Verkauf ihres wichtigsten Bodenschatzes, des Erdöls, seit Aufnahme der Förderung 1919 bzw. 1931, erzielten.¹⁴ Der Einsatz modernster elektronischer und anderer Hochtechnologie-Waffensysteme vermag, wie es die USA und ihre Verbündeten im jüngsten Golfkrieg demonstrierten, aufgrund der höheren Treffsicherheit, der erweiterten Abwehrmöglichkeiten, der Fähigkeit,

bestimmte Kampfhandlungen aus größerer Distanz zu führen usw., die Kriegsführungsoption um einige Zeit zu verlängern - aber für wie lange und zu welchem Preis?

Da die Operation am Golf gegen ein isoliertes, mittleres Entwicklungsland mit 17 Millionen Einwohnern bereits mehr als 500 000 Soldaten sowie einen erheblichen Teil der US-Luftwaffe und Kriegsflotte erfordert, werden bereits die Grenzen eines solchen Herangehens sichtbar. Was, wenn der Gegner nicht Irak hieße, sondern es sich um solche Dritte-Welt-Giganten wie Indien, Brasilien oder Indonesien handelte? Weiterhin existieren in der Region schon seit einiger Zeit nukleare Waffen (Israel), chemische Waffen (Irak, Israel, möglicherweise weitere Staaten), weitreichende Trägerwaffen wie Überschallflugzeuge und ballistische Raketen. Der Irak hat zudem mindestens begonnen, bakteriologische Waffen zu entwickeln. Es bleibt nicht viel mehr als die Hoffnung, daß diese verheerenden Waffen nie zum Einsatz gelangen. Aber wenn in der kommenden Weltordnung wie in der bisherigen die militärisch stärksten Staaten dominieren, werden Wettrüsten und Militarisierung in verschiedenen Dritte-Welt-Regionen die Arsenale früher oder später mit Massenvernichtungswaffen füllen. Spätestens dann steht die Menschheit auch längs der ebenso imaginären wie realen Nord-Süd-Achse vor der unabdingbaren Notwendigkeit, friedliche Formen des Miteinanderlebens einschließlich der Konfliktlösung zu entwickeln und anzuwenden - oder aber die Selbstvernichtung zu riskieren. Die USA geben vor, mit ihrem - von der Sicherheitsresolution 678 übrigens nicht gedeckten - Kriegsziel, das irakische Potential an Massenvernichtungsmitteln zu eliminieren, die Welt vor dem Alptraum einer ungebremsten Verbreitung dieser entsetzlichen Waffen gerade bewahren zu wollen. Aber die gewaltsame Entwaffnung eines Entwicklungslandes, exekutiert von jenen Mächten, die die Militarisierung der Dritten Welt teilweise geduldet, teilweise initiiert, in jedem Falle aber kräftig betrieben und daran verdient haben, und darüber hinaus selbst über riesige Bestände an Massenvernichtungswaffen verfügen, muß als ein höchst fragwürdiges und auch untaugliches Mittel angesehen werden. Ein letzter Krieg, geführt, um ewigen Frieden zu schaffen, ist mit Bestimmtheit eine Illusion. Zum einen, weil für die Formierung der anti-irakischen Koalition viel neues Unrecht in Kauf genommen wurde. Die Kooperation der Sowjetunion und Chinas wäre wohl ohne das amerikanische Schweigen zur sowjetischen Politik der harten Hand im Baltikum ebensowenig möglich gewesen wie ohne die de-facto-Aufhebung der Sanktionen gegen China, die nach der blutigen Niederschlagung friedlicher Studentenproteste in Peking im Juni 1989 verhängt worden waren. Und wer nimmt schon an, daß Waffengefährten wie die Türkei oder Syrien sich nach Kriegsende Forderungen nach Herausgabe des immer noch türkisch besetzten Nordzypens oder des quasi annektierten Libanons gegenübersehen werden? Zum anderen würde es sich nicht um den unwiderruflich letzten Waffengang¹⁴, sondern eher um den Auftakt zu einer Reihe von Strafexpeditionen handeln, da Saddam Hussein keineswegs der einzige Gewaltherrscher der Welt ist, der das Völkerrecht mit Füßen tritt, Mord und Krieg zu verantworten hat und darüber hinaus den US-Interessen zuwiderhandelt. In der Folge würde dies in den Aufbau einer erneuten bipolaren Konfliktkonfiguration zuzüglich zu den vorhandenen Süd-Süd-Konflikten münden. Aufgrund der viel weniger stark ausgeprägten Blockdisziplin im Süden wäre dies mit Sicherheit eine unruhigere, noch weniger friedliche Welt als jene zur Zeit der traditionellen Ost-West-Konfrontation.

Zum anderen liefe ein solches Weltmodell unter den gegenwärtigen wie absehbaren Auspizien auf ein wohl nicht anders als spätkolonialistisch zu definierendes nordamerikanisch-west-europäisches Direktorium christlich-abendländischer Provenienz über den Rest des Globus hinaus. Die Abgründe, die die verschiedenen Welten trennen würden, könnten tiefer nicht sein. Die diesem Modell innewohnende Sprengkraft erreichte ein unabsehbar großes Maß. Wie im einleitenden Essay von Arndt Krause beschrieben, gibt es reale Chancen für eine andere, eine bessere Art der Ko-Existenz und Ko-Evolution der immer noch geteilten Menschheit.

4. Deutschland und der Golf

Wohl kaum jemand hätte erwartet, daß der erste Streit über das außenpolitische Verhalten des vereinigten Deutschlands sich nicht wegen eines etwaigen Großmachtgebarens, militärischen Muskelspiels oder aggressiver Töne entzündete, sondern an der (ziemlich) vollständigen Abstinenz dieser Untugenden.

Amerikanische Senatoren, britische, türkische und israelische Regierungsvertreter, deutsche Militärs und nationalkonservative Politiker und Kolumnisten bemängelten nach Ausbruch des Golfkrieges die ungenügende Entschlossenheit, den Alliierten vor Ort tatkräftig beizustehen, und sparten nicht mit Kritik an dem vorgeblich antiamerikanischen Charakter der Aktionen der Friedensbewegung. Auch der Vorwurf der Scheinheiligkeit tauchte auf: jahrelang haben deutsche „Exporteure des Todes“ Saddam Husseins Kriegsmaschine mit den tödlichsten Ingredienzien und Instrumenten ausgerüstet, nun aber verweigere sich die Bundesrepublik dem Kampf gegen den Aggressor.

Mehrfach wurde in diesem Beitrag auf den engen Zusammenhang von politischen und moralischen Kriterien verwiesen; bei dem Komplex Deutschland-Waffen-Golf ist er wohl am wenigsten auflösbar. Es ist und bleibt ein Skandal und eine Schande, daß Deutsche - aus beiden der ehemaligen deutschen Staaten - die konventionelle, chemische, nukleare und biologische Rüstung eines der brutalsten und terroristischsten Regime des 20. Jahrhunderts in entscheidendem Maße unterstützt haben. Ob dafür außenpolitische Gründe der „antiimperialistischen Solidarität“ oder das realpolitische Kalkül der Eindämmung des fundamentalistischen Irans, sozialistische Devisennöte oder kapitalistische Raffgier den Ausschlag gaben, ist ohne Belang. Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR errichteten in den frühen achtziger Jahren nach dem Vorbild eines Übungsplatzes im brandenburgischen Storkow ein Manöverfeld für atomare, biologische und chemische Waffen bei Bagdad. Wahrscheinlich arbeiteten ostdeutsche Spezialisten ebenfalls in den irakischen Giftgasfabriken von Samarra und Falludscha sowie bei der Erweiterung der Reichweite der von der Sowjetunion an Irak gelieferten SCUD-B-Raketen. Allerdings spielte die ehemalige DDR bei der Aufrüstung Iraks eine im Vergleich zur damaligen Bundesrepublik wesentlich geringere Rolle.

Die inzwischen gut dokumentierten Berichte¹³ über die westdeutschen Lieferungen militärisch relevanter Güter, Dienstleistungen und know-hows an Irak erfahren zwar fortlaufend Ergänzungen, lassen aber eindeutige Schlüsse zu. Während Irak in den achtziger Jahren das schwere militärische Gerät wie Panzer, Geschütze, Raketenwerfer, Kampfflugzeuge und -schiffe etc. zu 80% von drei der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (UdSSR, Frankreich,

China) und den Rest von zwei Dutzend Staaten aller Kontinente erhielt¹⁶, waren die Lieferungen aus der Bundesrepublik von anderer, aber nicht weniger brisanter Art. Sie reichten von der Errichtung von Produktionsstätten für Artilleriegeschütze und Nervengase, der Unterstützung beim Bau von Gaszentrifugen zur Urananreicherung, über die Lieferung von Abfüllanlagen für Giftgasgranaten und Ausgangsstoffen für chemische Waffen bis hin zum Verkauf von Bakterienstämmen, Mykotoxinen (Pilzgifte), Nährböden, Brut- und Trockenschränken, Fermentationsanlagen und Wärmegeräten für die biologische Kriegsführung. Das Wissen deutscher Dozenten, Techniker und Ingenieure war in den militärischen Forschungszentren Iraks und in den Rüstungsbetrieben unentbehrlich, z.B. bei der Nachrüstung der SCUD-Raketen. Weiterhin fanden Hunderte von Spezialtransportern (zur raschen Verlegung von Panzerverbänden), Panzer- und Flugzeugabwehrraketen (zum Teil über Frankreich) und Helikopter ihren Weg nach Bagdad. „Die deutsche Exportwut macht offenbar vor nichts halt. Was allein zählt, ist der Profit. Geliefert wird nahezu alles, von der Kanonenschmiede bis hin zum know how für die Atombombe... Wie keine andere Nation hat Deutschland Saddam geholfen, das größte und umfassendste chemische Waffenarsenal der Dritten Welt aufzubauen“¹⁷, stellte der „Spiegel“ fest, dessen Enthüllungen ganz wesentlich dazu beigetragen haben, das Gebaren der „merchants of death“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Es bleibt festzuhalten, daß sich die (west-)deutsche militärische Unterstützung auf die Bereiche der irakischen Kriegsmaschinerie fokussierte, die spätestens seit dem 2. August 1990 den meisten Schrecken in der Region und darüber hinaus hervorrufen: die Massenvernichtungswaffen nuklearer, chemischer und biologischer Art, die ballistischen Raketen, die konventionelle Feuerkraft, die Mobilität der Streitkräfte.

Selbstverständlich tragen die betreffenden Firmen, Kaufleute, Manager und Techniker den Hauptteil der Schuld. Jedoch nimmt sich das Sündenregister von Regierungsbehörden in dieser Angelegenheit alles andere als bescheiden aus. Denn bei mehr als 100 deutschen Firmen, die an der Aufrüstung Saddam Husseins kräftig verdienten, kann wohl nicht von wenigen „schwarzen Schafen“ die Rede sein. Richtig ist vielmehr, wie der Chef der Daimler-Benz AG, E. Reuter, feststellte, daß „Irak noch vor kurzer Zeit, das haben die meisten inzwischen verdrängt, durch politische Entscheidungen von Regierungen bewußt mit militärischem Material beliefert worden ist... Nirgendwo in der Bundesrepublik gibt es ein wirtschaftliches Thema, das mit mehr Heuchelei, Feigheit und Opportunismus durchsetzt ist als das des Waffenexports. Die Politik ist daran massiv beteiligt.“¹⁸

Wenn die Bundesrepublik über eines der strengsten Außenwirtschaftsgesetze der Welt verfügt, dieses aber „umgangen oder nicht eingehalten“¹⁹ werde, wie Bundestagspräsidentin R. Süßmuth in Israel erklärte, so richtet sich dieser Vorwurf auch an die Regierung. Manche von ihnen, wie das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn, sind nicht nur personell mit der Prüfung von Exportanträgen überfordert. Dieses Amt hat den Auftrag, den deutschen Export zu *fördern* und im Zweifelsfalle für die Ausfuhr zu entscheiden, ist also als Kontrollinstitution, die gründlich, mithin zeitaufwendig und bei Verdacht restriktiv vorgehen müßte, völlig ungeeignet. Dennoch beim illegalen Militärtransport ertappte Firmen erhielten - gemessen am erzielten Gewinn - lediglich geringfügige Bußgeldstrafen.²⁰ Bedenklich ist ferner, daß mehrere Agenten des

Bundesnachrichtendienstes in Giftgasgeschäfte mit Irak verwickelt sind²¹, irakische Luftwaffenoffiziere Mitte der achtziger Jahre an Bundeswehrhochschulen ausgebildet²² wurden und wichtige Regierungsstellen das gesamte Problem lange Zeit offensichtlich nicht ernstnahmen. Dies zeigt sich beispielweise an der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Bundestag. Im Dezember 1989 gab Staatssekretär K. Beckmann an, der Bundesregierung lägen „keine Anhaltspunkte vor, daß sich deutsche Unternehmen in Irak an Projekten zur Herstellung chemischer Kampfstoffe beteiligen.“²³

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, einzelne Wirtschaftskreise und Regierungsbehörden anzuklagen, mit Auflagen zur Besserung zu versehen und damit das Problem zu den Akten zu legen. Gerade der hochsensible Bereich der chemischen Waffen weist eine politische und moralische Dimension auf, die nolens volens das gesamte deutsche Volk betrifft. So wirft der Politiker H.-U. Klose die Frage auf, wer „in den Fabriken, in denen Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände für den Irak produziert wurden, gearbeitet hat; und wer die Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Ist das damals alles unbemerkt geblieben?“²⁴

Gerade in der Giftgasproblematik wirft die deutsche Geschichte lange und sehr dunkle Schatten. Es war der deutsche Chemiker Fritz Haber, der bei der Verleihung des Nobelpreises den Einsatz von Giftgas als „eine höhere Form des Tötens“ bezeichnete und unter dessen Aufsicht der erste Giftgasangriff der Geschichte im Frühjahr 1915 bei Ypres in Belgien erfolgte. Die zahlreichen, sämtlich noch gefährlicheren „Weiterentwicklungen“ des damals abgeblasenen Chlorgases, wie Senfgas (Lost - d.i. die Abkürzung von *Lommel* und *Steinkopf*, deutsche Chemiker), die Nervengase Tabun, Sarin, Soman und VX stammen aus deutschen Chemielabors, in erster Linie aus denen der IG Farben bei Elberfeld. Eine Tochtergesellschaft der IG Farben und der DEGUSSA produzierte und vertrieb mit dem Zyklon B das Gift, mit dem Millionen Menschen in den Gaskammern deutscher Konzentrationslager ermordet wurden. Eine ebenso unheilvolle wie scheinbar bruchlose Kontinuität offenbart sich in der Unterstützung, die u.a. die DEGUSSA ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust der Chemiewaffenforschung Saddam Husseins erwies.²⁵ Wieder mußten Menschen wegen deutscher Giftgasmachinationen um ihr Leben bangen. Daß nach Kurden, Iranern und Arabern jetzt wieder Juden dieser furchtbaren Bedrohung ausgesetzt waren, verleiht ihr eine erschreckende Symbolik. Die Bekundungen führender deutscher Politiker über Betroffenheit und Scham sowie die Versicherung der Solidarität mit Israel sind daher mehr als angebracht. Auch die humanitäre Hilfe und selbst die Lieferung von militärischen Gütern an Israel, die dessen Schutz und Verteidigung gegenüber den irakischen Angriffen dienen, können als weithin unumstritten gelten. Bei aller notwendigen und auch tätigen Solidarität mit der israelischen Bevölkerung wäre jedoch eine uneingeschränkte Unterstützung des israelischen Regierungskurses wohl keine den Realitäten des nahen Ostens adäquate Position. Die starre Haltung der Likud-Regierung unter Y. Shamir gegenüber dem Palästinenser-Problem sowie das repressive israelische Okkupationsregime haben die Spannungen in der Region in den letzten Jahren wesentlich verschärft. Nicht zuletzt trieb die den Palästinensern keinerlei Hoffnung belassende israelische Regierungspolitik diese auf die Seite Saddam Husseins und erleichterte ihm, mit seinen radikalen Parolen in der arabischen und muslimischen Welt Resonanz zu finden.

Weiterhin sollte Forderungen mit größter Vorsicht begegnet werden, denen zufolge sich Deutschland quasi zur „Wiedergutmachung“ für die Aufrüstung Saddam Husseins militärisch in Nahost engagieren müßte. Zurückhaltung erscheint schon deshalb geboten, da die Bundesrepublik bereits involviert ist. Der Krieg war gerade zwei Wochen alt, als Zahlungen bzw. Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mehr als 15 Milliarden DM vorlagen, in der Türkei waren 18 Alpha Jets stationiert und die Entsendung weiterer Luftverteidigungseinheiten angekündigt. Die Alliierten erhielten für den Krieg am Golf aus Bundeswehrbeständen Munition, Bomben, Raketen, Ersatzteile u.a. in Milliardenhöhe, so daß die Bestände bei der Bundesluftwaffe teilweise bis auf ein Minimum sanken. Weiterhin erhielt die Türkei eine „Rüstungssonderhilfe“ in Höhe von 700 Millionen DM, Bestände der ehemaligen DDR-Armee - wiederum im Wert von Hunderten Millionen DM - gingen in Form von Schützenpanzern, Sturmgewehren und Flammenwerfern in das Kriegsgebiet. Für den Transport wurden deutsche Flug- und Seehäfen kostenfrei genutzt.²⁶

Bis auf den Einsatz von Kampftruppen im Kriegsgebiet waren nahezu alle Formen der Beteiligung gegeben. Diesen letzten und - mit großer Sicherheit - fatalen Schritt sollte die deutsche Politik möglichst nie gehen. Der Ruf „The Germans to the front“, ausgegeben vom britischen Admiral Seymour während der internationalen Strafexpedition 1900 gegen China, leitete ein halbes Jahrhundert deutschen Dranges nach Weltgeltung ein und überzog den Globus mit Unheil und Krieg. Die Lehre, die die Deutschen aus dieser verhängnisvollen Geschichte ziehen sollten, kann nicht lauten, an der „richtigen Front“ kämpfen zu wollen, sondern alles zu tun, damit alle (Kriegs-)Fronten eingedämmt werden und verschwinden bzw. keine neuen entstehen. Auch die NATO-Verbündeten sollten Verständnis aufbringen, daß nach zwei von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriegen für dieses Land in der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung entsprechend Art. 51 der UN-Charta die einzige militärische Option bestehen kann. Die Zeiten, da Bündnistreue auf dem „Felde der Ehre“ mit Blut „besiegelt“ wurde, sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Auch die Unterstützung der Verbündeten für den deutschen Einigungsprozeß erlegt Deutschland keine Bringschuld auf, die am Golf oder anderswo mit militärischer Münze abgegolten werden müßte. Bei ersterem handelte es sich um einen zutiefst friedlichen Vorgang, am Golf aber herrschte Krieg. Die bitteren Worte der traurig-berühmten „Todesfuge“ von Paul Celan dürfen nie wieder eine aktuelle Bedeutung erlangen:

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland
sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau.“

5. Ein Friedensszenarium für den Nahen und Mittleren Osten

Zum Nachdenken über die Gestaltung des Friedens kann und sollte sich jeder berufen fühlen. Wenig war dazu aus westlichen, arabischen oder israelischen Regierungskanzleien im Vorfeld und im Verlauf des Krieges zu vernehmen. Im Gegenteil, die Anzahl der immer wieder publizierten „Kriegsszenarien“ kontrastierte in auffälliger Weise mit den wenigen Konzeptionen, wie ein friedliches Zusammenleben der Völker im Nahen Osten gesichert werden könnte.

In Europa haben sich u.a. der norwegische Friedensforscher J. Galtung mit einem 12-Punkte-Plan²⁷ sowie eine Gruppe von Professoren aus Exeter (dokumentiert auf S. 34ff.) zu Wort gemeldet. Auch an bündigen Ratschlägen besteht kein Mangel. Der Soziologe K.-O. Hondrich meint beispielsweise, der Nordwesten sei zur Errichtung einer „Pax americana et europea“, mithin „zur Dominanz verurteilt“²⁸. Auch wenn sehr viel gegen solche kruden Konzepte spricht, haben Europa und möglicherweise auch die Deutschen einige Erfahrungen einzubringen, die bei der Schaffung gerechter und stabiler Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten nützlich sein könnten. Bei dem gesellschaftlichen Umbruch in den osteuropäischen Staaten und in der früheren DDR sowie bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten handelte es sich um bemerkenswerte Beispiele friedlichen Wandels, der nicht allein erstarrte gesellschaftliche Strukturen in kurzer Zeit aufzubrechen vermochte, sondern ebenfalls die europäische Landkarte und somit die unverrückbar erscheinende militär-strategische Situation nachhaltig veränderte - ohne einen einzigen Schuß oder auch nur die Androhung eines solchen. Jedoch sollten bei aller prinzipiellen Bedeutung der europäischen Ereignisse vorschnelle Analogieschlüsse vermieden werden. Europa und die arabische Welt weisen wenig Vergleichbares auf, und auch nicht jede europäische Erfahrung verdient eine unbedingte Empfehlung. Die Abschreckung beispielsweise, jene mit der Anhäufung riesiger Waffenberge verbundene Angst vor einem Gegenschlag, die den Anreiz zu einem Erstschlag auf beiden Seiten der Ost-West-Konfrontation über mehr als 40 Jahre unterdrückte, erfüllt gewiß nicht die Kriterien, die an ein Exportprodukt gestellt werden. Die Abschreckung war möglich im bipolaren, weithin berechenbaren, technologisch hochentwickelten und wohlhabenden Norden. Während es sich dabei im wesentlichen um einen Hauptkonflikt handelte, erschüttern den multipolaren, von Gegensätzen zerrissenen und insgesamt wesentlich ärmeren Nahen und Mittleren Osten eine Vielzahl von Konflikten. Die Geschäftsgrundlage des Ost-West-Konflikts, die Abschreckung, erweist sich als teurer, gefährlicher, letztlich sinnloser und zudem an ganz bestimmte Bedingungen geknüpfter Weg, besser gesagt als historisch singulärer Umweg, der für die Völker des Vorderen Orients nicht gangbar ist. Nach einem über 40jährigen Zeitalter der Kriege und Konflikte, das noch andauert, böte ein kalter Krieg dieser Region keine vernünftige Alternative. Aber wie könnte diese aussehen?

Ihre wesentlichen Fundamente müßten von einer balancierten und kontrollierten Abrüstung, friedlichen Regelung von Konflikten sowie von einer zwischen- und innerstaatlichen Rekonstruktion gebildet werden. Dieses Szenarium setzt die Wiederherstellung der kuweitischen Souveränität ebenso voraus, wie es die Desintegration oder Okkupation Iraks ausschließt. Die regionale Abrüstung könnte mit einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der UNO eingeleitet werden, an der neben allen Staaten der Region (einschließlich Israel, Türkei, Iran) die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie die Staaten teilnehmen, die zu den Rüstungslieferanten der Region zählten. Das wichtigste Ziel der Konferenz bestünde zunächst darin, das intraregionale Kräfteverhältnis zu stabilisieren, den weiteren Waffenzufluß von außen zu stoppen und einen Abrüstungsplan zu erstellen. Dieser sollte folgende Punkte enthalten:

1. Reduzierung der Rüstungsausgaben, der Personalstärken der Streitkräfte und deren Ausrüstungsniveaus.
2. Senkung bzw. schrittweise Einstellung einheimischer Rüstungsproduktion und deren Umwidmung auf zivile Güter.
3. Verbannung aller Massenvernichtungswaffen aus der Region.
4. Langfristige Umstrukturierung der Streitkräfte aller Nahoststaaten, um ihnen etappenweise die Offensivfähigkeit zu entziehen.
5. Vertrauensbildende Maßnahmen wie Austausch bzw. Veröffentlichung von militärischen Informationen, gegenseitige Kontrollen und Inspektionen.
6. Entwicklung nichtmilitärischer Formen der Konfliktregelung. Hierbei sind die Gründung regionaler Ableger des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag mit Schiedsbefugnis, aber auch gemeinsame Kommissionen und regionale Friedenstruppen denkbar. Regionale oder Friedenstruppen aus anderen Dritte-Welt-Gebieten werden mit Sicherheit und in großer Zahl für die Trennung von Kombattanten, für die Überwachung von Waffenstillstands- und Friedensabkommen, die Sicherung sensibler Grenzen etc. benötigt. Sie sollten möglichst unter UNO-Aufsicht stehen und die westlichen Gruppen so bald als möglich ablösen.

Der Abbau der regionalen Hochrüstung wurde bewußt an die erste Stelle gesetzt, da deren quantitative und qualitative Ausmaße eine bestimmte Eigendynamik entfaltet haben, die sich letztlich in tiefverwurzeltem, gegenseitigem Mißtrauen, Unnachgiebigkeit sowie in der starken Neigung äußerte, die im Übermaß vorhandenen und hoch effektiven Waffen zu gebrauchen. Selbstverständlich liegen den Rüstungsanstrengungen tiefe Interessengegensätze und Rivalitäten, ungelöste Streitfragen ebenso wie Feindschaft und Haß zugrunde. Ein Ausklammern dieser Umstände würde jegliche Abrüstungsversuche bereits im Ansatz scheitern lassen. Daher müßte parallel, nach der Verabschiedung einer Abrüstungskonvention auf der internationalen Konferenz das einvernehmliche Bemühen zur Lösung eines ganzen Bündels regionaler Streitfälle und verwickelter Sachprobleme einsetzen. Als institutioneller Rahmen erschiene, zumindest im Anfangsstadium, wiederum eine UN-Schirmherrschaft als am besten geeignet. Diese Anstrengungen müßten auf folgende Ziele gerichtet sein:

1. Herbeiführung eines arabisch-israelischen Friedens

Dies erfordert die gegenseitige Anerkennung (auf Basis der Grenzen von 1967) sowie den Abschluß von Nichtangriffsverträgen, aber selbstverständlich auch die Bildung eines (möglicherweise demilitarisierten) palästinensischen Staates, der auf föderativer oder konföderativer Grundlage Jordanien, die Westbank sowie den Gazastreifen einschließen könnte.

Die Sicherheit und territoriale Integrität Israels und des neuen arabisch-palästinensischen Staates benötigen substantielle Garantien, am besten seitens der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.

2. Gewährung weitgehender Autonomie für das kurdische Volk in allen Ländern der Region
Eine weitere Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen dieses leidgeprüften Volkes würde im Nahen und Mittleren Osten über kurz oder lang einen Konflikt entstehen lassen, dessen Ausmaß und Folgen mit denen des Palästinaproblems vergleichbar wären.

3. Schrittweiser Ausgleich des Wohlstandsgefälles in der Region

Es gibt zum Teil extreme Unterschiede im Einkommen und in der Wirtschaftsleistung, die mitunter lediglich der Tatsache geschuldet sind, daß dünnbesiedelte Staaten über enorme, bevölkerungsreiche Staaten aber über geringe oder keine Erdöllagerstätten verfügen. So klafft im Bruttosozialprodukt pro Kopf zwischen Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten eine Differenz von fast 14 000 Dollar, zwischen Saudi-Arabien und Sudan von mehr als 6 500 Dollar, zwischen Kuwait und Syrien von über 12 000 Dollar.²⁹

Es würde der Stabilität der gesamten Region zum Vorteil gereichen, wenn die wohlhabenden Staaten einen erheblich größeren Teil ihrer Überschüsse in die Entwicklung ihrer weniger bemittelten Nachbarn investierten.

4. Einvernehmliche Lösungen zur Erschließung und Verteilung der Wasserressourcen sowie Maßnahmen gegen die Degradation der Umwelt.

Verdeckt von zahlreichen Kriegen und traditionellen Streitpunkten, sammelt sich in diesen Bereichen ein Konfliktpotential an, dessen Brisanz alles bisher Dagewesene im Nahen und Mittleren Osten in den Schatten stellen könnte, wenn nicht bald allseits akzeptable Lösungen gefunden werden.

Wieder muß ein Vorbehalt eingefügt werden. Weder die Abrüstung noch die vorstehend genannten Problemfragen werden die Nahoststaaten in ihrer gegenwärtigen inneren Struktur und in ihrer regionalen Organisation mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen können. Im Innern ist in den meisten Staaten ein Wandel von autoritären Herrschaftsverhältnissen zu einer Beteiligung der Bürger an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, zu Gewährung von demokratischen Rechten und Freiheiten unabdingbar. Dies muß keineswegs eine Kopie liberaler Demokratie westlicher Provenienz bedeuten, doch mit Sicherheit werden sich die Herausforderungen der Zukunft nicht mit Menschen meistern lassen, die unter politischen Verhältnissen leben müssen, die jenen ihrer Vorfahren in den orientalischen Großreichen gleichen. Schließlich erfordern die komplizierten Sachprobleme, die im Nahen und Mittleren Osten ihrer Lösung harren, einen völlig neuen Ansatz der intraregionalen Beziehungen. Das bisherige Konglomerat von nahöstlichen Nationalstaaten - nicht selten ohne Nation und häufig innerhalb künstlich gezogener Grenzen existierend - erwies sich dazu als völlig ungeeignet. Jedoch würden Grenzveränderungen, staatliche Verschmelzungen u.a. traditionelle Korrekturversuche die Region mit einiger Wahrscheinlichkeit in ein Chaos stürzen. Die Lösung scheint in einem (oder auch mehreren) losen regionalen Staatenbund mit konföderativen Elementen zu bestehen, wie es eine Gruppe von Nahostexperten der Universität Exeter vorgeschlagen hat (siehe „Dokumentation“ S. 34ff.). Nur in einem solchen Rahmen ließen sich Lösungen für komplizierte Grenzprobleme (wie zwischen Irak und Kuwait, zwischen einem palästinensischen Staat und Israel oder auch eine grenzüberschreitende kurdische Autonomie) überhaupt diskutieren. Eine Art KSZE-Prozeß - selbstverständlich zugeschnitten auf die spezifischen Verhältnisse dieser Region - könnte diese Variante des Konföderalismus für eine effektive regionale wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit nutzbar

machen und so den Menschen in diesem, bisher von Kriegen und Krisen heimgesuchten Gebiet den realen Ausblick auf dauerhafte Stabilität und Prosperität geben.

- ¹ Diesen Bericht gab das US-Nachrichtenmagazin „Time“, als es George Bush zum „Mann des Jahres“ kürte. Seine Richtigkeit ist niemals bestritten worden; die Journalisten haben über Wochen hinweg im Weißen Haus recherchiert und mehrmals sowohl mit dem Präsidenten als auch mit dessen wichtigsten Mitarbeitern und Ratgebern gesprochen. Goodgame, D., What if we do nothing; Time International, New York, January 7, 1991, S. 16.
- ² Congressional Quarterly, Washington, D.C., September 15, 1990, S. 2955.
- ³ Church, G.J., The Case for War. In: Time International, a.a.O., November 26, 1990, S. 68.
- ⁴ Presidential Address. In: Congressional Quarterly, a.a.O., S. 2953.
- ⁵ Sommer, T., Nur die Logik des Krieges; In: Die Zeit, Hamburg 5.-25. Januar 1991, S. 1.
- ⁶ Präsident Bush an die amerikanische Nation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 1991, S. 6.
- ⁷ Ebenda.
- ⁸ Ebenda.
- ⁹ Die meisten dieser Ansichten wurden Anfang Januar 1991 auf einer Internationalen Umweltschutzkonferenz in London vorgetragen. Größere Publizität fanden die Warnungen des Obersten Rates für Wissenschaft und Technologie Amman, des Fraunhofer-Instituts für Atmosphärische Umweltforschung Garmisch-Partenkirchen, des Zentralinstituts für Elektronenphysik Berlin. Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 5./6. Januar 1991, S. 16; ebenda, 12./13. Januar 1991, S. 5; Leipziger Volkszeitung, 23. Januar 1991, S. 6.
Im Dezember 1983 hatten allein die USA etwa 16 000 Soldaten im Libanon sowie auf 30 Schiffen vor der Küste stationiert. Diese Streitmacht griff in den libanesischen Bürgerkrieg ein, zog sich jedoch nach erfolglosen Kämpfen und unter erheblichen Verlusten Anfang 1984 zurück.
- ¹⁰ Zahlenangaben aus: Sivard, R. L., World Military and Social Expenditures 1989, Washington, D.C. 1989, S. 11; Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1988, Washington D.C. 1988, S. 27-45; Angesichts der Einen Welt. Report einer Unabhängigen Gruppe unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt. In: Europa-Archiv, Bonn, Folge 18, 1989, S. D 521-D 531; Rowen, H., Poor 'Pay' \$ 50 Billion to the Rich. In: International Herald Tribune, The Hague, September 18, 1989, S. 17/19.
- ¹¹ Weltbank, a.a.O., S. 260.
- ^{11a} Der vom Irak begonnene „Tankerkrieg“ in der Endphase des irakisch-iranischen Krieges schreckte die beiden Großmächte auf und veranlaßte sie zu einer Vielzahl von Aktionen, die dem Irak halfen, den Krieg in einer für ihn günstigen Konstellation zu beenden.

- ¹² Ikle, F., Wohlstetter, A., Discriminate Deterrence. Report of the Commission on Long Term Strategy, Washington, D.C. 1988.
- ¹³ Ebenda, S. 48ff.
- ¹⁴ Vgl. SIPRI Yearbook 1989, World Armaments and Disarmament, Oxford 1989, S. 165/66; SIPRI Information Sheet on the Iraq-Iran War 1980-1988. Military Costs and Arms Trade, Stockholm 1988, S. 2-4.
- ^{14a} Der Versuch, Irak mit militärischen Mitteln an der Produktion von Massenvernichtungswaffen zu hindern, wird bekanntlich nicht zum ersten Mal unternommen. Am 7. Juni 1981 zerstörten 16 israelische Kampfflugzeuge vom Typ F-15 und F-16 den 20 Kilometer südöstlich von Bagdad gelegenen irakischen Nuklearreaktor Osiraq.
- ¹⁵ Den wohl umfassendsten Bericht legten die „Spiegel“-Redakteure H. Leyendecker und R. Rickelmann mit ihrem Buch „Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost“, Göttingen 1990, vor.
- ¹⁶ Vgl. SIPRI Fact Sheet on Military Expenditure and Iraqi Arms Imports, Stockholm 1990, S. 5-9.
- ¹⁷ Der Spiegel, Hamburg, 37/10. September 1990, S. 113; ebenda, 33/13. August 1990, S. 81.
- ¹⁸ Ebenda, 5/28. Januar 1991, S. 102.
- ¹⁹ Süddeutsche Zeitung, München, 6. Februar 1991, S. 1.
- ²⁰ Vgl. Der Spiegel, 33/13. August 1990, S. 84; ebenda, 37/10. September 1990, S. 114.
- ²¹ Vgl. ebenda, 33/13. August 1990, S. 80.
- ²² Molck, J., Bonner Militärhilfe für Irak. In: Deutsche Volkszeitung/die tat, Frankfurt/M., 31. Juli 1987, S. 3.
- ²³ DIE GRÜNEN im Bundestag, Pressedienst, Bonn, 8. Dezember 1989.
- ²⁴ Klose, H.-U., Die Deutschen und der Krieg am Golf, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 1991. S. 6.
- ²⁵ Vgl. Chemical and Biological Warfare. In: The International Institute of Strategic Studies, The Military Balance 1988-1989, London 1988, S. 242-249; Chemische Kampfstoffe, in: Neue Züricher Zeitung, 12. September 1990, S. 45; Groehler, O., Ein Elend, das von Deutschland um die Welt ging. In: Neues Deutschland, a.a.O., 2./3. Februar 1991, S. 13; Branscheidt, H., Das Tier von Bagdad. In: medico-rundschreiben, Frankfurt/M., 3/1990, S. 4/5.
- ²⁶ Vgl. Der Spiegel, 5/28. Januar 1991, S. 22/23.
- ²⁷ Vgl. Neues Deutschland, a.a.O., Prof. Dr. Johan Galtung, Norwegen, 12-Punkte-Friedensplan, 8. Februar 1991, S. 10.
- ²⁸ Hondrich, K.-O., Lehrmeister Krieg. In: Der Spiegel, 4/21. Januar 1991, S. 27.
- ²⁹ Weltbank, a.a.O., S. 261.

Der nachstehend im Wortlaut dokumentierte Aufruf stammt aus der Feder einer Gruppe international bekannter Hochschullehrer der Universität Exeter. Sie wirken vor allem am Zentrum für Studien zum Arabischen Golf sowie an den Abteilungen für Arabische und Islamische Studien und Politikwissenschaft dieser Universität. Der Aufruf wurde im September 1990 verfaßt, hat seither jedoch nichts von seiner analytischen Schärfe und seinem vorausschauenden Charakter eingebüßt.

Aufruf an arabische Intellektuelle und an Freunde der Arabischen Welt

Von der Golfkrise zu einem regionalen Rahmenwerk

Die Golfkrise stellt die arabischen Geistesgeschaffenden und die Freunde der arabischen Welt vor eine Aufgabe. Sie besteht darin, Grundsätze deutlich auszusprechen und ihre Verwirklichung zu unterstützen, da diese bei der Zukunftsgestaltung dieser Region unverzichtbar sind.

I. Die gegenwärtige Krise und ihre Ursachen

Die Kuwait-Krise im engeren Sinne ist durch die auf Befehl Saddam Husseins erfolgte Aggression der irakischen Armee entstanden. Die Gewaltanwendung gegen den Staat Kuwait muß ohne jede Einschränkung verurteilt werden - wie alle Fälle von Aggression. Die Sympathien der Welt gehören dem Volk von Kuwait, das selbstverständlich das Recht hat, in einem souveränen, selbstbestimmten Staat zu leben.

Jedoch stellt die Krise gleichzeitig das Resultat von tief in der arabischen Welt verwurzelten Problemen dar, die diese Krise prägten, provozierten und verschärfen. Folgende erscheinen besonders kritisch:

1. Das Fehlen einer wirksamen regionalen Organisation

Das Staatensystem, das im arabischen Osten im Gefolge des Ersten Weltkrieges etabliert wurde, kann nicht anders als widernatürlich bezeichnet werden. Die Staaten verfügen über die gleichen Attribute der Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wie andere Staaten auch, aber ihre Interessen, Ziele und Identitäten sind miteinander verstrickt und überlap-

pen sich. Ohne ein übergreifendes regionales Rahmenwerk, welches diese Interessen auszugleichen und zu koordinieren vermag, ist die Region zum andauernden Konflikt verurteilt.

2. Das Fehlen von Demokratie

Wenige der in der Region bestehenden Regierungen sind wirklich der Bevölkerung verantwortlich, in deren Dienst sie vorgeben zu stehen. Restriktionen und Unterdrückung haben das politische Leben deformiert, den Mißbrauch von Ressourcen begünstigt, die Schöpferkraft und Spontaneität der Menschen gelähmt. Der diktatorische Regierungsstil der herrschenden Elite ermöglicht diesen, die Verschwendung nationalen Vermögens für private Zwecke zu verbergen und die Artikulierung der tatsächlichen Nöte der Bevölkerung zu verhindern. Die westlichen Mächte waren unbeschadet demokratischer Ideale die Verbündeten, Beschützer und Waffenlieferanten vieler dieser Regime. Es gibt keinerlei Basis für die Lösung der Probleme dieser Region ohne Rechenschaftspflicht [der Regierung - R.M.-S.] und eine garantierte juristische Anerkennung der Menschenrechte, die Unrecht und Korruption entlarven, bestrafen und möglicherweise ausschließen können.

3. Die ungleiche Verteilung von Wohlstand innerhalb und zwischen Staaten

Der aus der Erdölförderung gewonnene Reichtum ist äußerst ungleich verteilt. Sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten der arabischen Welt sind gewaltige Ungleichheiten entstanden. Anstatt für die Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten arabischen Welt verwendet zu werden, diente ein erheblicher Teil dieses Reichtums der Finanzierung verschwenderischer Lebensart, ausgedehnter Sicherheitsapparate, um die bestehenden Regime an der Macht zu halten, floß in Projekte, die allein dem Selbstwertgefühl der Herrscher nützten sowie als Investition in westliche Wirtschaften.

Zweifellos profitieren auch die ölarmen, bevölkerungsreichen Staaten der arabischen Welt vom Ölreichtum durch Überweisungen [ihrer Gastarbeiter in den Ölstaaten - R.M.-S.] und Hilfsprogramme. Betrachtet man das Öl jedoch als gemeinsamen arabischen Besitz, der die Entwicklung der gesamten Region vorantreiben könnte, so sind die aus dem Öl resultierenden Wohltaten so ungleich verteilt, daß dies zwangsläufig die sozialen Spannungen anheizt.

4. Die fortgesetzte Verweigerung einer palästinensischen Staatsgründung

Die palästinensischen Araber bleiben entwurzelt und unterjocht. Verstreut über den Nahen Osten, oft staatenlos und dennoch nicht bereit, ihre Hoffnung auf eine Heimat aufzugeben, hält ihr armseliges Dasein an. Die große Unzufriedenheit mit ihrer Lage und mit den westlichen Mächten, die einen Teil Verantwortung an ihrer Entwurzelung und Unterdrückung tragen, bildet eine instabile Größe in der Politik der arabischen Länder. Sie wird es bleiben, bis die Forderung der Palästinenser nach einem Staat erfüllt ist. Doch kann dies nicht geschehen ohne das aktive Handeln und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

5. Das Ausmaß der Anhäufung von Waffen im gesamten Nahen Osten

Der Erwerb großer Arsenale moderner Waffen bedeutete nicht allein die Verschwendung von Ressourcen und minderte das Streben nach einer gemeinsamen regionalen Entwicklung, sondern erhöhte gleichzeitig das Zerstörungspotential der jeweiligen Regime. Dieses Potential kann gegen die eigene und benachbarte Bevölkerung wie für die Verteidigung der Region eingesetzt werden. Die Militärhilfe für und die Waffenverkäufe an Israel gab vermeintlich die Begründung für den Erwerb von immer zerstörerischeren und teureren Waffen seitens der arabischen Staaten ab. Wie der gegenwärtige militärische Aufmarsch am Golf zeigt, kann das Ausmaß der Bewaffnung eine Reaktion auf regionale Spannungen sein, doch ebenso verschärft das Rüstungsniveau die Spannungen.

II. Für ein neues regionales Rahmenwerk

Die Katastrophe, der sich die Region nach Iraks Invasion in Kuwait gegenübersteht, erfordert, ein neues regionales Rahmenwerk zu entwickeln, in dem die o.g. Probleme gelöst werden können. Das entscheidende Element in diesem neuen regionalen Rahmenwerk besteht in der *Bildung von konföderalen Institutionen für den östlichen Teil der arabischen Welt*, mit festgelegten Aufgaben, Pflichten und Kompetenzen. Die Institutionen sollten die Vollmacht über jene Gebiete erhalten, in denen die Interessen von Staaten sich überschneiden und kollidieren. Sie sollten sichern, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region in einer Weise erfolgt, in der die Interessen harmonisiert sind und die großen Nöte der Bevölkerung im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Die neuen Institutionen bedürfen ferner folgender Charakteristika, Eigenschaften und Funktionen:

1. Ihre Legitimität muß auf der Rechenschaftspflicht gegenüber der örtlichen Bevölkerung beruhen - im Rahmen garantierter Menschenrechte.
2. Sie sollen die Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Staaten des westlichen Teils der arabischen Welt im Rahmen einer gestärkten arabischen Liga fördern.
3. Sie müssen die Staaten der Region in die Lage versetzen, gemeinsam mit Irak die Sicherheit im Golf zu gewährleisten, um so jegliches militärisches Engagement von außerhalb der Region überflüssig zu machen.
4. Sie müssen eine konzentrierte und klare Politik verfolgen, um eine Lösung des Palästina-Problems in Übereinstimmung mit den UNO-Resolutionen zu erreichen.

III. Der zukünftige Weg

Die Unterzeichner glauben, daß die Lösung der gegenwärtigen Krise in einem von den Vereinten Nationen koordinierten irakischen Rückzug aus Kuwait liegt. Wir glauben, daß die Schaffung eines neuen regionalen Rahmenwerkes, wie in dieser Erklärung vorgeschlagen, sowohl die Lösung der aktuellen Krise befördert als auch die Entstehung neuer Krisen verhindern würde.

Wir fordern alle arabischen Intellektuellen und alle Freunde der arabischen Welt auf, diese Erklärung zu unterstützen, sie zu veröffentlichen und die Diskussion der in ihr enthaltenen Ideen zu fördern.

Namen: Michael Adams, Aziz Al-Azmeh, Abdulkarim Al-Dekhayel, Nazih Ayubi, Saeed Barzin, Youssuf Choueiri, Mick Dumper, Anoushiravan Ehteshami, Beverly Milton-Edwards, Emma Murphy, Tim Niblock, Gerd Nonneman

Übersetzung: Rolf Müller-Syring

Literaturhinweise

Alain Gresh, Dominique Vidal, Golfe: Clefs pour une guerre annoncée, Le Monde Editions, Paris 1991.

Anoushiravan Ehteshami, Gerd Nonneman, War and Peace in the Gulf. Domestic Politics and Regional Relations into the 1990s, Ithaca Press, Exeter 1991.

Gerd Krell, Bernd Kubbig (Hrsg.), Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1991.

John Bulloch, Harvey Morris, Saddams War: The Origins of the Kuwait Conflict and the International Response, Faber and Faber, London 1991.

Middle East Watch, Human Rights in Iraq, Yale University Press, London 1991.

Samir al Khalil, The Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq, Berkeley 1989.

Efraim Karsh, Inari Routsis, Saddam Hussein: A Political Biography, Brassey, London 1991.

Richard Schofield, Kuwait and Iraq: Historical Claims and Territorial Disputes, The Royal Institute of International Affairs, London 1991.

Abdul-Reda Assiri, Kuwaits's Foreign Policy: City-State in World Politics, Westview Press, Boulder 1990.

Christian J. Stöger, Kuwait. Öl, Macht und Ohnmacht, Edition Umbruch Extra, Mödling-Wien 1990.

Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost, Steidl Verlag, Göttingen 1990.

Charles Davies (Ed.), *The Arab Gulf, Global Interests in the Region. Geopolitical, Economic and Strategic Factors*, Carden Publications Ltd., Chichester 1991.

Liesl Graz, *The Turbulent Gulf*, London 1990.

Fuad Mansour, *The Arab World: Nation, State and Democracy*, Zed Press, London 1991.

Nazih Ayubi, *Political Islam*, Routledge, London 1991.

Bassam Tibi, *Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen*, C.H.Beck Verlag, München 1991 (2. erw. Aufl.)

Adel Th. Khoury, *Was ist los in der islamischen Welt? Die Konflikte verstehen*. Herder 1991.

Werner Ende, Udo Steinbach, *Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung*, C.H.Beck Verlag, München 1991 (3. erw. Aufl.)

Maxime Rodinson, *Die Faszination des Islam*, C.H.Beck Verlag, München 1991 (2. erw. Aufl.)

Munira A. Fakhro, *Women at Work in the Gulf*, Kegan Paul International, London 1990.

Leonard S. Spector, *Nuclear Ambitions: The Spread of Nuclear Weapons, 1989-90*, Westview Press, Oxford 1990.

Buchbesprechungen

Ulrich Encke, Saddam Hussein - Ein Portrait. München, Wilhelm Heyne Verlag 1990, 102 S.
Bahman Nirumand (Hrsg.), Sturm im Golf - Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, 188 S.

Der Nahostkonflikt ist mit dem Überfall der irakischen Armee auf Kuwait im August 1990 nicht nur vielschichtiger und komplizierter, sondern auch sehr viel aggressiver geworden. Schon mit der Entsendung multinationaler Truppen nach Saudi-Arabien wuchs in der internationalen Öffentlichkeit die Sorge über eine neuerliche Bedrohung des Weltfriedens durch die Vorgänge am Golf. Das Thema „Golfkonflikt“ stieß daher von Anfang an auf ein breites öffentliches Interesse. Bereits kurz nach Ausbruch der Krise erschienen o.g. Taschenbücher auf dem Markt. *Ulrich Encke* konzentriert sich in seiner Betrachtung des Krisenherds ausschließlich auf die Person des Saddam Hussein. Dies reicht nicht aus, um die gegenwärtige explosive Situation im gesamten Nahen und Mittleren Osten - in ihrer historischen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Bedingtheit - einem breiten Leserkreis zu vermitteln.

Im ersten Kapitel („Der Dieb von Bagdad“) zeichnet Encke das Bild eines brutalen, menschenverachtenden, machthungrigen, skrupellosen und korrupten Mannes, der im Interesse seiner persönlichen Macht über Leichen geht (S. 7ff.). Der Autor schlußfolgert, Saddam Hussein besitze keinerlei Charisma und werde von seinem Volk lediglich gefürchtet (S. 11). Eine derartige Darstellung ist wohl zu einfach. Eine isolierte Betrachtung des Diktators, abgehoben vom natürlichen und sozialen Umfeld, kann einerseits nicht erklären, warum er bei den Irakern breite Zustimmung und bedingungslosen Gehorsam findet, eine große Popularität bei den arabischen Volksmassen besitzt, und andererseits nährt sie den fatalen Fehlschluß, daß die Welt gegenwärtig mit dem „Irren von Bagdad“ konfrontiert sei. Die historischen Wurzeln des Konflikts, politische, religiöse und ideologische Aspekte der Auseinandersetzung sowie deren wirtschaftliche Hintergründe werden nicht näher beleuchtet. Sie werden an anderen Stellen des Buches bestenfalls angedeutet, etwa wenn sich der Autor mit den Ursachen des Überfalls auf Kuwait beschäftigt, wobei er sich hier auf den unmittelbaren - vorgeschobenen - Anlaß der Okkupation (Streit um Ölfelder, Förderquoten der OPEC etc.) konzentriert (S. 38ff.). Dem Leser bleiben wesentliche Zusammenhänge verborgen - etwa das Verhältnis

Bagdas zu Syrien, zu Jordanien, zur PLO und Israel, zum Golf-Kooperationsrat -, ohne die er einer Einschätzung der aktuellen Lage relativ hilflos gegenübersteht.

Im zweiten Teil des Buches verzichtet U.E. ganz auf die eigene Analyse. Er beschränkt sich vielmehr auf die Wiedergabe von Ansichten Saddam Husseins bzw. von Meinungen über den Diktator. Er zitiert zunächst aus Reden Husseins, die dieser zwischen 1979 und 1990 gehalten hat. Die Textstellen sind aus dem Zusammenhang gerissen und nicht chronologisch so geordnet, daß sie die Aussagen des ersten Kapitels bestätigen. Sie führen dem Leser zwar die Unberechenbarkeit und Widersprüchlichkeit des irakischen Präsidenten vor Augen, lassen aber die Beweggründe seiner Äußerungen und die Hintergründe seines Handelns im dunkeln. Gerade mit Statements arabischer Herrscher muß sorgfältiger umgegangen werden.

Unter der Überschrift „Der Psychopath an der Macht“ folgt ein Bild des Diktators im Spiegel der Weltpresse. Die ausgewählten Zitate beschränken sich auf die bekannten Vergleiche Husseins mit Hitler, Stalin und Ceausescu (S. 60ff.). Dieser Abschnitt scheint symptomatisch für das gesamte Buch zu sein. Im Grunde begnügt sich Encke mit einer Zusammenstellung und Aufbereitung von Informationen, die seit dem Ausbruch der Krise am Golf über die verschiedensten Medien massenhaft Verbreitung fanden. Er ordnet diese Informationen und bietet sie in gebündelter Form an. Hintergrundkenntnisse über den Konflikt und seinen Urheber scheinen beim Autor nicht vorhanden zu sein. Das Buch bleibt an der Oberfläche. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß die Arbeit offensichtlich nicht sauber redigiert wurde. So findet man fatale Druckfehler („Iran“ statt „Irak“, „Präsident Karif“ statt „Präsident Arif“, eine Rede des UN-Generalsekretärs zum Golfkonflikt wird auf das Jahr 1980 datiert), sich widersprechende Zahlenangaben (die Anzahl der kurdischen Opfer des irakischen Giftgaseinsatzes wird auf S. 8 mit 5000 und auf S. 82 mit 15 000 angegeben) und falsche Bildunterschriften.

Resümierend muß gesagt werden, so wichtig und richtig es ist, Saddam Hussein als Hauptverantwortlichen der Golfkrise zu entlarven, so reicht die Konzentration auf seine Person nicht aus, um einem breiten Leserkreis weitreichende Zusammenhänge und aktuelle Vorgänge im Pulverfaß Nahost verständlich zu machen.

Demgegenüber zeichnet sich die Arbeit unter der Herausgeberschaft von *Bahman Nirumand* durch Genauigkeit bis ins Detail, durch eine von großer Sachkenntnis der einzelnen Autoren getragene analytische Tiefe bei der Untersuchung der Gesamtproblematik und durch eine subtile Darstellung der Vielschichtigkeit des nahöstlichen Konfliktherds aus.

Auch in diesem Buch beschäftigt sich das erste Kapitel mit der Person des Herrschers von Bagdad. Die Darstellung beschränkt sich auf wenige Eckdaten in seiner Biographie und charakterisiert ihn als blutrünstigen und machtbesessenen Diktator (S. 17ff.). Die historischen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, religiösen und ideologischen Begleitumstände des Werdegangs und des gegenwärtigen Wirkens von Saddam Hussein werden in den weiteren Abschnitten des Buches behandelt. Schrittweise erfährt man so die Einbindung des irakischen Präsidenten in globale, regionale und nationale Zusammenhänge. Der background, vor dem Hussein agiert, wird durchleuchtet. So befaßt sich *A. Hottinger* mit dem politischen und militärischen Kraftfeld im Nahen und Mittleren Osten unter globalen Gesichtspunkten.

Er erläutert die Ursachen einer Kräfteverschiebung in der Region, die - begründet durch den militärischen und politischen Rückzug der UdSSR aus dem Nahen und Mittleren Osten und die Beendigung des irakisch-iranischen Krieges - dem Diktator im August 1990 zunächst einen breiten Handlungsspielraum verschaffte. Das ursprünglich bipolare politische Kraftfeld in der Region hat sich in ein „Einpolmodell“ gewandelt (S. 37). Die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung der Führungsposition der USA bildet daher heute den scheinbaren Hintergrund eines Pro und Contra der arabischen Länder zum Irak. Dahinter verbirgt sich jedoch der eigentliche Dreh- und Angelpunkt aller politischen Aktivitäten der Araber: Israel. Das Verhältnis zum jüdischen Staat - Konfrontation oder Stillhalten - bestimmt letztendlich das Engagement arabischer Staaten im Golfkonflikt (S. 39).

M. Stern kommentiert (S. 43ff.) die chronologische Abfolge der Ereignisse seit dem 2. August 1990. Sie schildert, wie und warum es Saddam Hussein auf dem Kairoer Gipfel gelang, eine einstimmige Verurteilung seiner Politik zu verhindern, wie es ihm gelang, über die USA Israel ins Spiel zu bringen und zum heiligen Krieg aufzurufen, und welche Schwierigkeiten es bei der Bildung der internationalen Einheitsfront gegen Bagdad gab.

P. Lock widmet sich dem unrühmlichen Kapitel jahrzehntelanger Waffenlieferungen der Industriestaaten aus Ost und West an den Irak und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Doppelmoral der Politik. Die Auszüge aus bundesdeutschen Gesetzen und Verordnungen belegen die Lückenhaftigkeit unserer Rechtsnormen, die keinen wirksamen Schutz gegen die Lieferung von militärisch nutzbaren Gütern und know how in Krisengebiete bieten.

Das vorliegende Buch spart auch sog. innerarabische Fragen nicht aus. So behandelt *A. Rieck* das komplizierte Problem der „arabischen Nation“, wobei er sich vor allem jenem Fragenkomplex zuwendet, der dem möglichen Zusammenhang von kolonialer Vergangenheit und den aktuellen Konflikten nachgeht. An anderer Stelle wendet sich der gleiche Autor der ideologischen Seite innerarabischer Realitäten zu. Knapp und treffend werden verschiedene ideologische Strömungen (Panarabismus, arabischer Sozialismus, islamischer Fundamentalismus) charakterisiert und die ideologische Zersplitterung der „arabischen Nation“ unterstrichen. Nicht unumstritten ist seine These, daß sich die Instabilität der Region weniger aus den sog. künstlichen Grenzen als vielmehr aus der mangelhaften demokratischen Legitimation der jeweiligen Regimes ergebe (S. 119). Zumindest wesentliche Ursachen der Instabilität - etwa die Konfrontation mit Israel - liegen außerhalb von politischen Herrschaftsformen. Zu bemerken ist weiterhin, daß Saddam Hussein nicht der erste arabische Diktator ist, der eine „demokratische Legitimation“ für sein Handeln auf der Straße sucht und in millionenfachen Sympathiebekundungen - fern aller parlamentarischer Spielregeln, die unserem Demokratieverständnis zugrundeliegen - findet.

S. A. Bahadir befaßt sich mit den wirtschaftlichen Faktoren des Überfalls auf Kuwait und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Golfkrise nicht mit einer militärischen Niederlage Husseins beendet sei. Die bilateralen und regionale Probleme Iraks mit den Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates sind umfassend und tiefgreifend. Sie verdeutlichen, daß sich eine Friedensregelung für die Region nicht auf militärische Fragen beschränken kann, sondern auf jeden Fall einen ökonomischen Interessenausgleich einschließen muß.

E. Ehrenberg entwirft ein Szenarium möglicher militärischer Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und den multinationalen Truppen. Ausgehend von der regionalen Kräftekonstellation und bündnispolitischen Fragen - etwa der Rolle Jordaniens - werden die militärischen Potentiale der beiden Seiten beurteilt und Schlußfolgerungen abgeleitet. Das Buch wurde im August 1990 zusammengestellt, mittlerweile haben sich viele der Überlegungen E.s als traurige Realität des Krieges erwiesen.

Eine Nahostexpertin aus der Bundesrepublik, die gegenwärtig in Israel arbeitet und daher unter Pseudonym schreibt, beleuchtet eine der wichtigsten Seiten des Konfliktgefüges, das Verhältnis von Israelis und Palästinensern. Die Verbindung zwischen Palästinafrage und Golfkrise werden anschaulich dokumentiert. Untersucht und dargestellt werden Israels Hoffnungen und Ängste. Sehr differenziert stellt sie die Haltung der PLO und der Palästinenser dar und bemüht sich um eine gründliche Analyse der Ursachen, die weite Kreise der Palästinenser zum Schulterschuß mit Saddam Hussein bewegt haben.

Im Schlußkapitel unternimmt *S. Alhamdani* den Versuch, die gegenwärtige Lage im Irak zu beschreiben. Dies gelingt nur teilweise, da er sich auf eine pauschale und oberflächliche Beschreibung der reformierten Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur des Landes beschränkt. Das dabei gezeichnete Bild wirft jedoch die Frage auf, wie es dem irakischen Regime gelingen konnte, eine derartige wirtschaftliche und militärische Stärke zu entwickeln und offensichtlich eine breite Unterstützung im eigenen Volke zu finden.

Es bleibt festzustellen, daß der große Wert des Taschenbuches darin besteht, den interessierten Leser sachlich und umfassend über den gegenwärtig größten und gefährlichsten Brandherd der Erde zu informieren. Jedes Kapitel befaßt sich mit einer speziellen Seite des nahöstlichen Konfliktpotentials.

In diesem Sinne ist das Buch fast ein Nachschlagewerk und versetzt auch den Laien in die Lage, sich ein Bild von den Ursprüngen, der Vielschichtigkeit und der Kompliziertheit der gegenwärtigen Vorgänge am Golf zu machen.

Steffen Kling

Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.), Analysen zum Golfkrieg, Tübingen, Tübinger Arbeitspapier aktuell 1991, 66 S.

Seit Mitte der achtziger Jahre erscheinen die „Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung“. Der vorliegende Band enthält nicht weniger als 17 Beiträge, an denen 16 Autorinnen und Autoren mitgewirkt haben. Die Arbeit ist in fünf Teile gegliedert:

I. Gerechter Krieg; Normative Überlegungen zum Golfkrieg

II. Interessen im Golfkrieg

III. Der Golfkrieg und die BRD

IV. Der Golfkrieg und die Vereinten Nationen

V. Friedenspläne

Aus der Vielzahl von interessanten und anregenden Gedanken können nur einige erwähnt werden.

H. Breitmeier und *M. Efinger* unterziehen das *ius ad bellum* einer generellen und - anhand des Golfkrieges - einer spezifischen Kritik. Sie bestreiten das Recht zu einem Krieg, „der verheerende ökologische und politische Dauerschäden in der Region und darüber hinaus hinterlassen wird und in obszöner Weise Ressourcen verschlingt, die an so vielen Orten dieser Welt dringend benötigt werden“ (S. 13).

Interessanterweise führen mehrere Autoren das außenpolitische Agieren verschiedener Staaten in der Golfkrise auf innere Verhältnisse zurück. *M. Beck* gelangt bei einer Analyse der irakischen Motive für die Annexion Kuweits zu der Schlußfolgerung, von zentraler Bedeutung für diese folgenschwere Entscheidung sei die Absicht gewesen, auf diese Weise die massive irakische Verschuldungskrise zu „bewältigen“. Ein weiterer Grund habe in dem regionalen Hegemoniestreben der Führung in Bagdad gelegen (S. 18/19).

Bei der Untersuchung der US-amerikanischen Handlungsmotive betont *Th. Nielebock*, „Desert Shield“ und „Desert Storm“ seien in erster Linie aus der innenpolitischen Konstellation der USA in der zweiten Jahreshälfte 1990 zu erklären (S. 22); und *F. Schimmelpfennig* begründet die sowjetische Haltung zum Golfkrieg mit der gegenwärtig begrenzten außenpolitischen Handlungsfähigkeit der östlichen Großmacht (S. 27).

H. Hummel und *K.-U. Schrogl* behandeln in ihren Beiträgen Positionen der Friedensbewegung und ihrer Kritiker, *G. Kittel* und *G. Schwarzer* untersuchen kenntnisreich die Rolle der Vereinten Nationen in der Golfkrise.

Unter der Überschrift „Nach dem Krieg - wie kann es weitergehen?“ unterziehen *M. Hörmann*, *M. List* und *V. Rittberger* Verhandlungen als Methode der Konfliktregelung in der Nahost-Region einer sorgfältigen Analyse. Besonders der Abschnitt über Realisierungsbedingungen und -chancen der möglichen Verhandlungsgegenstände ist hochinteressant und verdient die Aufmerksamkeit einer tiefergehenden Diskussion. „Wir verstehen diese Broschüre daher als einen Beitrag zur Förderung des Nachdenkens über die Legitimität oder Illegitimität des alliierten Handelns im Nahen Osten, über die Ursachen des Krieges, über die Rolle der Bundesrepublik und der Vereinten Nationen in der Golfkrise sowie natürlich über einen Rahmen für eine Nachkriegsordnung im Mittleren Osten, die zugleich den Weg zu einer Friedensordnung weisen könnte“, schreibt *V. Rittberger* im Vorwort der Mitte Februar 1991 fertiggestellten Arbeit. Die intendierte Denkanregung dürfte dieser schmale, aber inhaltsreiche Band mit Gewißheit bewirken.

Rolf Müller-Syring

Henner Fürtig, Saddam Hussein - der neue Saladdin? Irak und der Golfkrieg, Berlin, Verlagsanstalt Union 1991, 158 S.

Das Buch zeichnet sich durch eine beachtliche thematische Breite aus. Für einen weiten Leserkreis konzipiert, streift die Arbeit die arabische Geschichte (Kalifat, Osmanische Herrschaft, europäische Kolonialisierung), konzentriert sich im weiteren auf die Gegenwartsproblematik des Nahen und Mittleren Ostens. Der Verfasser erläutert den arabisch-israelischen Gegensatz, die Erdölinteressen des Westens und das düstere Kapitel des Rüstungsexports in den

Nahen Osten. Knapp und informativ äußert er sich zu wichtigen ideellen, religiösen und politischen Strömungen der arabischen Welt („Arabischer Sozialismus“, Islam, Nationalismus und Panarabismus).

Die etwa zwanzig Seiten umfassende Darstellung der persönlichen und politischen Biographie Saddam Husseins vermeidet jede Dämonisierung und vordergründige Vergleiche (etwa zwischen Saddam Hussein und Adolf Hitler), sondern sieht das Denken und Handeln des irakischen Diktators vor dem Hintergrund der Realitäten im Nahen Osten. Mit dem Abschnitt, der die Situation in der arabischen Welt seit dem Ende des irakisch-iranischen Krieges bis etwa zum Jahresende 1990 schildert, hilft der Autor, eine Informationslücke zu schließen. Da Europa in diesen zwei Jahren stark mit sich selbst beschäftigt war, fand die innen- und außenpolitische Entwicklung im Nahen Osten während dieser Zeit auf dem alten Kontinent nur wenig Aufmerksamkeit.

Bei den Angaben über militärisch relevante Lieferungen der früheren DDR an Irak müßte zumindest der Verkauf von 50 T-55 Panzern (1981/82) sowie der Aufbau eines ABC-Waffen-Übungsplatzes in der Nähe von Bagdad ergänzt werden. An den Verlag wäre die Frage zu richten, warum er in einem so aktuellen Buch kein Bildmaterial und nur eine Karte veröffentlicht hat. Diese ist zudem nicht sehr aussagekräftig und enthält inkorrekte bzw. zweifelhafte Bevölkerungszahlen.

Die Lektüre des übersichtlich angelegten, flüssig und bildhaft geschriebenen Buches trägt sicher dazu bei, den Kenntnisstand über die komplizierten Probleme der krisengeschüttelten Region zu erhöhen. Mehr noch, mit der differenzierenden Darstellung wird das Verständnis für die arabische Seite im Konfliktgeschehen gefördert, ohne die verbrecherische Politik Saddam Husseins zu relativieren.

Das dramatische Finale des Golfkrieges konnte die Ende Dezember 1990 abgeschlossene Arbeit nicht mehr erfassen. Es spricht für das Buch, daß dies dessen Aktualität kaum, dessen Wert in keiner Weise gemindert hat.

RMS

Peter Pawelka/Hans-Georg Wehling/Isabella Pfaff (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik. Der Bürger im Staat, März 1991, Stuttgart, 72 S.

Nicht immer stellt sich bei der Lektüre eines Konferenzbandes beim Leser der Wunsch ein, Teilnehmer der Diskussionen gewesen zu sein. Das von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württembergs anberaumte Symposium zur Golfkrise, das am 11. und 12. Januar 1991 in Stuttgart stattfand, gehört jedoch nach Ansicht des Rezensenten zu dieser Kategorie. Prominente bundesdeutsche Experten unterschiedlicher Disziplinen, die sich mit den vielfältigen Problemen des Vorderen Orients beschäftigen, stellen ihre Sicht der Dinge unmittelbar vor Beginn der Kriegshandlungen am Golf dar.

Die beiden Beiträge *Peter Pawelkas* prägen den Band in erheblichem Maße. Sie füllen nicht nur ein Drittel der Seiten, sondern enthalten interessante Überlegungen zu den Hintergründen der dramatischen Entwicklung am Golf. Im Abschnitt „Von der Metropole zur Peripherie“

untersucht P. die Gründe für den sozialökonomischen Abstieg des Vorderen Orients seit dem 16. Jahrhundert. Er stellt das mittelalterliche Welthandelssystem mit seinen arabischen Trägern vor und sieht die Ursachen seines Niedergangs vor allem in der stark dominierenden Rolle des politischen Systems im Orient. Dieses habe nie eine autonome Entwicklung des kaufmännischen und handwerklichen Bürgertums zugelassen, gesellschaftliche Differenzierungsprozesse verhindert und jede soziale Dynamik „von unten“ blockiert (S. 15/16). Es folgt eine Schilderung des osmanischen Orients und seiner Systemkrise und auf dieser Grundlage ein wissenschaftlich sehr ertragreicher Vergleich sozialökonomischer und politischer Faktoren der arabischen, osmanischen und europäischen Systeme. Die Ergebnisse stützen P.s These, daß eine vorgebliche Innovationsunfähigkeit weder des Islam noch des Imperialismus und Kolonialismus allein für den gegenwärtig niedrigen Entwicklungsstand des Nahen und Mittleren Ostens verantwortlich zu machen seien.

Der Autor mißt vielmehr der Art und Weise des Zusammentreffens „diametral verschiedener Produktionsweisen, deren Antagonismus Lernprozesse ungeheuer erschwerte“, größere Bedeutung bei (S. 18/19). Den anderen Artikel aus der Feder P.s., „Der Irak als ‘Rentierstaat’“ versteht der Verfasser als Beitrag zur politischen Ökonomie des Vorderen Orients. Unter „Rentierstaat“ faßt er diejenigen Staaten, bei denen der Staatshaushalt zu mindestens 40% aus externen Einnahmen besteht, die auf keine entsprechende gesellschaftliche Investitions- oder Arbeitsleistung zurückgehen. Diese Rente kann aus Öleinnahmen, aus Zinsen und Dividenden von angelegten Kapitalien, aus Gebühren für Pipelines und Kanalbenutzung sowie aus politisch motivierten Unterstützungszahlungen bestehen. Da diese Einnahmen der politischen Führung mehr oder minder zur freien Verfügung stehen, entwickelt ein solcher Staat spezifische Charakterzüge: „eine extreme soziale und wirtschaftliche Autonomie nach innen, eine Konzentration auf politisch bedingte Verteilungsmechanismen mit der Konsequenz gesellschaftlicher Transformation einerseits und der Herausbildung neuer Klientelstrukturen andererseits und die Gefahr pathologischer Verselbständigung der politischen Elite“ (S. 40).

Nach einem historischen Exkurs über die Integration des Vorderen Orients in das Weltwirtschaftssystem und die damit einhergehende Herausbildung von Rentierstaaten wendet sich der Autor Irak als einem Beispiel des Rentierstaates zu. Die gründliche und sorgfältig recherchierte Analyse kommt zu dem Schluß, daß es sich bei dem Überfall Iraks auf Kuwait um einen „exzessiven Problemlösungsschritt“ des Regimes in Bagdad handelte, welches „angesichts fehlender ökonomischer Alternativen, aber (bei) gleichzeitiger Hochrüstung“ mit der Besetzung und Annexion des reichen Nachbarstaates die für Irak immer bedrohlicher werdende Ressourcenlücke zu schließen versuchte (S. 49).

Auch *Thomas Bierschenk* verwendet in seinem Beitrag „Die Golfstaaten: politische Stabilität trotz ökonomischen Wandels“ das Modell des Rentierstaates. Er meint, gerade wegen der enormen Einnahmen aus der Erdölproduktion und des von ihnen verursachten sozialen Wandels seien die scheinbar anachronistischen Monarchien auf der arabischen Halbinsel politisch stabil geblieben. „Stabil blieb dabei aber nur die Oberfläche. Unterhalb der Kontinuität der Herrscherfamilien wandelten sich institutionelle Strukturen, traten neue, politische Herr-

schaft abstützende gesellschaftliche Koalitionen an die Stelle der alten“ (S. 34). Interessant auch sein Vergleich zwischen Kuwait und dem heterogenen Flächenstaat Saudi-Arabien.

Eugen Wirth („Irak und seine Nachbarn“) setzt die Akzente etwas anders. Er stellt fest, daß „der in den Jahren 1973-1980 so hoffnungsvoll begonnene wirtschaftliche Aufschwung“ Iraks auch in den acht Jahren des Krieges gegen Iran fast ununterbrochen weiterging und nach dem Waffenstillstand 1988 ein weiterer Aufschwung der Lebensbedingungen der breiten Massen einsetzte. Er zieht ein „deprimierendes Fazit: Die auch für langjährige Landeskenner überraschende und letztlich wahnwitzige Besetzung Kuweits durch irakische Truppen am 2. August 1990 hat viele hoffnungsvolle Entwicklungen jäh abgewürgt“ (S. 11). Die Motive für diesen Schritt sieht er in dem irakischen Bestreben, die Öleinkünfte wieder in die Höhe zu treiben, in dem unzureichenden irakischen Zugang zum Golf, in dem Streit um das Öl des Rumaila-Feldes sowie in den bekannten irakischen Ansprüchen auf Kuwait (S. 12).

Der Islamwissenschaftler *Werner Ende* widmet sich dem Zusammenhang von Religion, Ideologie und Macht im Mittleren Osten. Er polemisiert gegen die häufig undifferenziert verwendete Bezeichnung „Fundamentalismus“ und weist nach, daß die Vertreter der so apostrophierten Richtung keineswegs einheitlich sind und auch nicht das „islamische Mittelalter“ wiederbeleben möchten. „Vielmehr streben sie - im Sinne der Idealisierung der islamischen Frühzeit - nach der Verwirklichung des gesellschaftlichen Ideals, das sie in jener Frühzeit zu erkennen meinen und von dem sie glauben, daß spätere Generationen allzu weit von ihm abgewichen sind. Worin im Detail dieses Ideal besteht, ist nun freilich auch unter den sogenannten Fundamentalisten umstritten“ (S. 24). Die Gründe für die wachsende Resonanz islamistischer Losungen und Programme sieht er in erster Linie in der „Enttäuschung über die Ergebnisse der nach mehr oder weniger langen Kämpfen errungenen staatlichen Unabhängigkeit“ bei weiten Teilen der Bevölkerung: beim im Handel und in der Wirtschaft tätigen städtischen Kleinbürgertum, das von technischer Modernisierung und Industrialisierung in seiner Existenz bedroht ist, bei Kreisen der Intelligenz, die keine angemessene Anstellung finden, bei der Dorfbevölkerung, die auf dem Land kein Auskommen mehr findet und in den Elendsvierteln der großen Städte ein menschenunwürdiges Dasein fristet (S. 25).

Gudrun Krämer sieht in der Rückbesinnung auf die gesellschaftlich-politische Kraft der Religion den „Ausdruck einer drängenden Suche nach Selbstbestimmung und Selbstbehauptung“ vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden sozioökonomischen Krise im Vorderen Orient. In ihrem Beitrag „Die Golfkrise und das arabische Staatensystem“ skizziert sie das komplexe und widersprüchliche Problemgeflecht der Region. „In dieses Geflecht gesellschaftlich-politischer Gegensätze und Spannungen greifen die großen Regionalkonflikte ein, ... der arabisch-israelische, der arabisch-iranische und die innerarabischen Konflikte“ (S. 4).

Auch *Claudia Schmid* behandelt in ihrem Beitrag „Golfkrise und Nahostkonflikt“ die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Konfliktpotentialen in der Region. Zwischen dem palästinensisch-israelischen Gegensatz und dem Golfkonflikt sieht sie drei Beziehungskomplexe:

„- Strukturelle Analogien hinsichtlich des Konfliktmusters, des -verlaufs und der -intensität, - Verknüpfungen, die im Bewußtsein der arabischen Bevölkerung existieren und die die arabische Politik konstituieren,

- Zusammenhänge, die bei einer künftigen Gestaltung der Region, besonders hinsichtlich einer regionalen Sicherheitsstruktur, zum Tragen kommen“ (S. 56). Die Verfasserin plädiert für behutsame territoriale Kompromisse sowie für Sicherheitsstrukturen, die die Fehler der Ost-West-Konfrontation in Europa vermeiden. Eine „diplomatische Generalbereinigung“ der Konfliktformationen im Vorderen Orient hält sie für nicht praktikabel. Komplexe Probleme müssen „desaggregiert werden, um sie als einzelne, operationalisierbare Teilprobleme einer Lösung zuführen zu können“ (S. 60).

Abraham Ashkenasi beleuchtet in seiner Arbeit „Was wird aus Israel?“ ebenfalls die Verbindungen zwischen Israel, der Palästinenserfrage und der Golfkrise. Er gelangt zu der Schlußfolgerung, daß den vielfältigen sachlichen Problemen wie der Wasser- oder Energieproblematik nur mit übergreifenden regionalen Konzepten beizukommen ist. „Eine Art KSZE für den Nahen Osten ist nicht so abwegig, sie ist wahrscheinlich am notwendigsten für Israel, denn niemand weiß, wie lange ein so kleines Land sich gegen solche technologischen Entwicklungen [gemeint sind Massenvernichtungswaffen - R. M.-S.] wehren kann. Und das impliziert auch eine größere Toleranz, besonders im ideologischen oder - was dasselbe sein kann - im religiösen Sektor, und zwar nicht nur bei Moslems, sondern auch bei Juden“ (S. 73).

Helmut Hubel ist mit zwei Beiträgen vertreten. Im ersten („Der Golfkonflikt als internationaler Konflikt“) beleuchtet er das internationale Umfeld der Krise am Golf. Seine konzis und prägnant formulierten Thesen sind intellektuell anregend, dürften jedoch auch auf Widerspruch stoßen. Begann am 2. August 1990 tatsächlich eine „neue Epoche der Weltpolitik?“ Zeugt die „neue Einmütigkeit“ in der Welt von einer „globalen Solidargemeinschaft“? (S. 51) Behauptungen wie Deutschland „wird es sich auf Dauer nicht mehr leisten können, weltweit nur gute Geschäfte zu machen, Risiken und ‘schmutzige Arbeit’ jedoch anderen zu überlassen“ (S. 55), waren in den letzten Monaten häufig in der Presse und in Politikerreden zu finden. Da Hubel keine weiteren Erläuterungen gibt, vermag er zur Bereicherung der Debatte über das Für und Wider eines deutschen militärischen Engagements außerhalb der Bundesrepublik nicht beizutragen. In seiner zweiten Arbeit „Waffen gegen Öl“ beschäftigt er sich mit den Gefahren, die aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Vorderen Orient erwachsen. Nach einem informativen Überblick über diesen brisanten Problemkreis schlußfolgert er, daß es Patentrezepte nicht gäbe, „um eine lückenlose internationale Kontrolle über das gesamte Spektrum der nichtkonventionellen Waffen durchzusetzen. ... Was dringend erforderlich ist, sind bereits heute Selbstbeschränkungen der technisch hochentwickelten Lieferländer“ (S. 67). Dem ist sicher nicht zu widersprechen. Ebenso richtig dürfte jedoch sein, daß selbst eine sehr weitgehende Selbstbeschränkung und perfekte Kontrollen keine Lösung auf Dauer bieten würden. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist letztlich ein politisches Problem, welches mit technischen und/oder administrativen Mitteln allein nicht zu bewältigen sein wird. *Jörg Beutel* behandelt „Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl“. Die wichtigsten Aussagen dieses interessanten und mit mehreren informativen Tabellen und

Diagrammen versehenen Beitrags bestehen darin, daß das Erdöl zumindest bis zum Jahr 2010 der wichtigste Energieträger bleiben wird (S. 26), die Staaten am Golf spätestens ab Mitte der neunziger Jahre eine absolute Spitzenposition auf dem Ölexportmarkt einnehmen werden (S. 28) und deren Anteil in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. Spätestens ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sei mit einem kräftigen Preisanstieg für Erdöl zu rechnen.

Im abschließenden Beitrag beschäftigt sich *Karl-Heinz Meier-Braun* mit den „Verlierern des Golfkrieges“, den Flüchtlingen, den Wander- und „Gastarbeitern“ sowie mit den Folgen auf ihre Familien und Heimatländer. „Am stärksten betroffen sind die am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Afrika, die allein schon durch die Wiedereingliederung der Rückkehrer vor fast unlösbare Probleme gestellt werden. Hinzu kommen massive Verluste durch die ‘Gastarbeiterüberweisungen’, die insgesamt über 12 Milliarden US-Dollar ausmachen... Der Golfkrieg ist für die Entwicklungsländer, die Arbeitskräfte in die Region geschickt haben, schlichtweg eine Katastrophe. So hat Sri Lanka nicht nur lebenswichtige Devisenquellen und Arbeitsplätze, sondern auch die Hälfte seiner Tee-Märkte verloren“ (S. 67). Die nüchternen Zahlen, die *Meier-Braun* für die etwa zwölf am meisten betroffenen Länder anführt, verdeutlichen eine erschütternde, von der Weltöffentlichkeit wenig beachtete menschliche Tragik des Golfkrieges.

Insgesamt bietet der vorliegende Band eine Fülle wertvoller Informationen (die großformatigen DIN-A4-Seiten sind eng bedruckt) und vermittelt zahlreiche Anregungen für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Vorderen Orient. Die thematische Breite ist beeindruckend, die unterschiedliche Sichtweise der Autoren und die Sorgfalt, die diese ihren Beiträgen angedeihen ließen, geben dem Leser ein ebenso umfassendes wie differenziertes Bild über die Hintergründe und die aktuelle Situation der Krisenregion. Er wird nach der Lektüre viele Ereignisse besser verstehen und einzuordnen wissen. Daher ist es sehr zu begrüßen, daß dieser Band in Kürze in erweitertem Umfang und in Buchform erscheinen wird. Vielleicht wird es in dieser Ausgabe gelingen, die nicht immer schlüssige Abfolge der Beiträge zu verändern und die ab und an vergessenen Druckzeilen zu ergänzen.

RS

Mitteilungen und Berichte

COMPARATIV 2/1991:

„Vom 'bourbonischen Jahrhundert' zur Unabhängigkeit. Aspekte der Transformation in Spanisch-Amerika (18./19. Jh.)“.

Herausgegeben von Michael Zeuske (erscheint voraussichtlich August 1991)

Das Heft versteht sich als Bestandteil der seit ca. 15 Jahren laufenden internationalen Debatte um Reform und/oder Revolution in Spanisch-Amerika. Mit der Veröffentlichung der Texte in vorliegendem Comparativheft ergibt sich die Möglichkeit, vergleichende Sichtweise und Theorieansätze der Leipziger Schule in die Diskussion einzubringen.

Vorgesehene Beiträge:

- M. Kossok, Alternativen in der Independencia
- M. Zeuske/B. Schröter, Vom „bourbonischen Jahrhundert“ zur Unabhängigkeitsrevolution: wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Aspekte der Transformation in Spanisch-Amerika 1750-1830. Eine Synthese
- H. Pietschmann (Hamburg), Die bourbonischen Reformen in Neu-Spanien

Wissenschaftliche Tagung „Medien und Revolution“ vom 18. bis 20. Juli 1991 an der Universität Leipzig

Wohl keine andere Entwicklung in Osteuropa erlebte im Medium Fernsehen eine perfektere Inszenierung als der Sturz Nicolae Ceaucescu im Dezember 1989. Weltweit erregten die Bilder bis hin zur Erschießung des rumänischen Diktators die Gemüter; daß später Berichte aus Temesvar als gefälscht klassifiziert wurden, warf die Frage nur noch dringlicher auf, wie wir mit dem Massenkommunikationsmittel Fernsehen umgehen müssen.

Die Tagung will nicht primär dem historischen Geschehen nachgehen, sie untersucht die Bedeutung von Nachrichten im revolutionären Prozeß. Gerade die Schwierigkeiten im Umgang

mit den Massenmedien sind - der Golfkrieg zeigte es erneut - viel zu wenig hinterfragt, die Wissenschaft befindet sich im Nachtrab zur Realität.

Wissenschaftler verschiedener Disziplinen suchen hierzu das Gespräch, daneben wird der Ertrag eines zum gleichen Problem im Sommer 1991 in Paris veranstalteten Kolloquiums einfließen. Fundament der Tagung ist schließlich das Buch „Television/ Revolution - Das Ultimatum des Bildes“, hrsg. v. H. v. Amelunxen und A. Ujica, Marburg 1990.

Anmeldungen sind erbeten an das Interdisziplinäre Zentrum für die vergleichende Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT), z. Hdn. Dr. D. Ernst, Universität Leipzig, Augustusplatz, 7010 Leipzig; die Tagungsgebühr beträgt 30,— DM.

Wissenschaftliche Tagung „Universalgeschichte - gestern und heute“ vom 10. bis 12. Oktober 1991 an der Universität Leipzig

Der 100. Jahrestag der Berufung Karl Lamprechts nach Leipzig, der kalendarisch mit dem Beginn des Methodenstreits in der deutschen Geschichtswissenschaft zusammenfällt, ist Anlaß für ein vom Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit an der Universität Leipzig veranstaltetes Kolloquium. Im Zentrum werden drei Problemkreise stehen: die Geschichte des auf Karl Lamprecht zurückgehenden Instituts, die Wirkung des großen Gelehrten über Leipzig und Deutschland hinaus sowie die Tragfähigkeit universalhistorischen Denkens in der Gegenwart. Es werden Wissenschaftler aus mehreren Ländern zu einer kontroversen Debatte erwartet. Der breit angelegten Diskussion gilt daher die besondere Aufmerksamkeit.

Anmeldungen sind erbeten an das Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit, Fachbereich Geschichte, Augustusplatz, 7010 Leipzig. Die Tagungsgebühr beträgt 35,— DM.

Der Direktor des Instituts für Universal- und Kulturgeschichte, *Manfred Kossok*, nahm im Februar 1991 an dem von der Universität Chicago ausgerichteten Symposium zum Thema „Sozialwissenschaften und die Revolution in Osteuropa“ mit dem Beitrag „DDR 1989: Von der demokratischen Revolution zur nationalen Restauration“ teil.

Im März 1991 weilte er zu Gastvorlesungen an den Universitäten Barcelona und Madrid. Die angebotenen Vorlesungen und Vorträge umfaßten folgende Themenkreise:

- Introducció al estudio comparativo de las transformaciones sociales de la época moderna.
- La RDA - un momento perdido de la historia alemana?
- La crisis del socialismo, visto del interior.

Mit dem Departament d'Història Moderna i Contemporània, UAB, wurde ein Arbeitsabkommen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vergleichenden historischen Analyse gesellschaftlicher Transformationsprozesse geschlossen.

Michael Zeuske hielt sich im März 1991 an der Maison des Pays Ibériques in Bordeaux und am Institute for Latin American Studies in Liverpool auf. In Bordeaux nahm er an dem internationalen Kolloquium „Commerce et Plantations dans la Caraïbe aux XVIIIe et XIXe siècles“ (15./16.3.1991) teil. Z. hielt einen Vortrag über „Commerçants et Consuls allemands aux Antilles à la première moitié du XIXe siècle“.

In Liverpool fand die Exekutivtagung der Assoziation europäischer Lateinamerikahistoriker (AHILA) statt. Sie diente der Vorbereitung des X. Internationalen Kongresses der AHILA, der 1993 an der Universität Leipzig stattfinden soll. Z. berichtete über den Stand der Vorbereitung. Im Rahmen der monatlichen Kolloquia der Arbeitsgruppe „Französische Revolutionsgeschichte“ am Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit (Leitung: *Matthias Middell*), die sich im Sommersemester 1991 der Thematik „Deutschland und Frankreich zur Zeit der Französischen Revolution von 1789“ zuwenden, sprach am 27. Januar *Monika Neugebauer-Wölk* (Berlin/Oldenburg) über „Deutsche Verfassungsideen in praktischer Absicht 1792-1799“. Die Referentin verglich die am französischen Vorbild angelehnten, letztlich Entwurf gebliebenen Vorstellungen für die Einführung einer Verfassung in verschiedenen Gebieten des Reiches und hob bei allen Ähnlichkeiten mit Grundzügen der französischen Konstitutionen von 1791, 1793 und 1795 die Originalität dieser Entwürfe in der Anpassung an deutsche Rechts-traditionen und politische Konstellationen in Deutschland hervor.

Am 7. Februar referierte *Matthias Middell* (Leipzig) über „Widerstand gegen die Französische Revolution und konservative Reaktionen auf die Revolution“ und unterstrich die Notwendigkeit einer differenzierenden Begrifflichkeit als Voraussetzung für einen internationalen Vergleich konservativer Revolutionsgegnerschaft in einer Phase intensiver Wechselwirkung über Ländergrenzen hinweg. Es wurde damit ein Forschungsprogramm für einen über mehrere Jahre laufenden Untersuchungsschwerpunkt der kritischen Diskussion unterbreitet. Angestrebt wird der Aufbau einer Datenbank zu konservativer Revolutionsverarbeitung in der europäischen Presse, Publizistik und Historiographie 1789-1815, die die Grundlage für einen internationalen Vergleich bieten soll.

Carl-Hans Hauptmeyer (Hannover) sprach am 12. April über „Bäuerliche Revolten in Niedersachsen im ausgehenden 18. Jahrhundert - Ursachen, Verläufe, Wirkungen“ und betonte die Bedeutung lokaler bzw. regionaler Selbstverwaltung und (Teil) Autonomie im Rahmen bäuerlicher Gemeinden als Quelle aktualisierbarer historischer Traditionsbestände. In der Diskussion wurde besonders der Vergleich zur französischen und englischen Forschungsdebatte um die Verknüpfbarkeit von Kommunitarismus und Naturrechtsphilosophie gesucht; generell wurden Voraussetzungen und Hindernisse komparativer Betrachtung von Agrarstrukturen und Bauernbewegungen erörtert.

In der Kolloquiumsreihe sind weiterhin Vorträge von *Horst Dippel* (Kassel/Leipzig) über „1871 gegen 1789. Die deutsche Geschichtswissenschaft im Angesicht der Reichseinigung“, von *Roger Dupuy* (Rennes) über „Les insurrections paysannes dans l'Ouest: interprétations actuelles“ und von *Fred Schrader* (Paris) über „Sozialgeschichte der Aufklärung: Forschungstraditionen in Deutschland und Frankreich“ vorgesehen.

Am 30. März sprach *Matthias Middell* im Seminar „Transferts culturels dans l'espace franco-allemand“ des CNRS Paris (Leitung: *Michel Espagne/Michael Werner*) über „La reception des émigrés français en Prusse - nouvelles sources des archives“ und stellte einen umfangreichen Quellenbestand des Geheimen Staatsarchivs Merseburg über die Registrierung, Aufnahme und Behandlung französischer Emigranten in verschiedenen preußischen Provinzen vor.

Die Arbeitsgruppe Spanien/Lateinamerika des IZT plant für den 5. Dezember 1991 eine internationale Konferenz zum Thema „Vom 'bourbonischen Jahrhundert' zur Unabhängigkeitsrevolution: Alexander von Humboldt und das neue Geschichtsbild über Amerika“.

Die Konferenz wird drei Teile umfassen:

1. In Erinnerung an den 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas wird die Rolle Humboldts als „Wissenschaftlicher Entdecker“ Amerikas kritisch hinterfragt und gewürdigt;
2. Das Werk Humboldts, der Augenzeuge des „Umkippens“ reformerischer Transformation in revolutionäre Tendenzen des gesellschaftlichen Wandels war, wird unter diesem Aspekt analysiert;
3. Humboldts Aussagen über einzelne Segmente der spanisch-amerikanischen Gesellschaft, Kunst und Kultur werden dargelegt und diskutiert.

Bericht zum Kolloquium

„200. Jahrestag der Französischen Revolution. Kritische Bilanz der Forschung“ (23.-30.10.1990 in Leipzig)

Ein Jahr nach dem weltweit gefeierten Jubiläum der Französischen Revolution von 1789 versammelten sich Historiker, Politologen, Literatur- und Musikwissenschaftler aus der Bundesrepublik, Frankreich, der Sowjetunion, Belgien, Italien, der Schweiz, Kanada, Großbritannien und Irland in Leipzig, um eine Bilanz des 200. Jahrestages und seines wissenschaftlichen Ertrages zu ziehen. Die Französische Revolution noch immer? Ist sie nicht durch die Wirklichkeit des Jahres 1989 eingeholt worden und nun endgültig zu den Akten zu legen; Das Kolloquium zeigte das Gegenteil. Unbestritten auch unter Historikern ist die Tatsache, daß es nie allein um den „historischen“ Gegenstand ging, sondern die zweihundertjährige Erfahrung des Umgangs mit den universellen Werten „Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit“ untrennbar mit ihm verbunden ist. Dies wurde in allen Beiträgen deutlich, in denen die Referenten auf die Ergebnisse der Forschung wie der öffentlichen Auseinandersetzung mit 1789 in den jeweiligen Ländern zurückblickten.

An der Veranstaltung des Instituts für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit am Fachbereich Geschichte und des Interdisziplinären Seminars für den wissenschaftlichen Nachwuchs (INTSEM) der Leipziger Universität, die vom Prorektor für Forschung, Prof. *Gottfried Geiler*, dem Leiter des im Aufbau befindlichen IZT, Prof. *Manfred Kossok*, sowie dem

Direktor des INTSEM, Prof. *Armin Uhlmann* eröffnet und eingeleitet wurde, nahmen renommierte Spezialisten als Vortragende teil; so u.a. der Mentalitätshistoriker an der Pariser Sorbonne *Michel Vovelle*; international führende Spezialisten für die Erforschung des Jakobinismus *Claude Mazauric* (Rouen) und *Haim Burstin* (Siena); für Sozialgeschichte der Bauernschaft und Agrargeschichte *Guy Lemarchand* (Rouen) und *Anatoli V. Ado* (Moskau); für Geschichte der Provinzen in der Revolutionszeit *Alan Forrest* (York); für Pressegeschichte *Hugh Gough* (Dublin); für Sozialgeschichte der Literatur und Kultur *Hans-Jürgen Lüsebrink* (Passau) und *Rolf Reichardt* (Mainz).

Im ersten Teil des Kolloquiums, ursprünglich mit dem von verschiedenener Seite problematisierten Titel „Bilans nationaux“ überschrieben, wurden wichtige Zentren der Revolutionsforschung vorgestellt. Die Referenten verdeutlichten den Platz, den die Französische Revolution in der Geschichtskultur ihres jeweiligen Landes einnimmt, und lieferten darüber hinaus eine Fülle konkreter Informationen, die eine ausgewogene Wahrnehmung der methodischen wie thematischen Vielfalt in der internationalen Revolutionsgeschichtsschreibung ermöglichten. Der zweite Teil des Kolloquiums war der Frage nach dem Ertrag des Bicentenaire auf einzelnen Forschungsfeldern gewidmet. Weit differenzierter auch hier die Analyse, als sie das Kürzel „Rückkehr des Politischen“ bzw. „Rückkehr zum Politischen“ nahelegt, wengleich die Vorherrschaft einer Forschungsrichtung keineswegs zu übersehen ist, die politische Geschichte auf einem neuen Niveau, d.h. unter Integration von Mentalitäts-, Ideen- und Kulturgeschichte betreibt.

Der dritte Teil der Tagung bot die Möglichkeit, die regionale Verankerung der französischen Revolutionsgeschichte an einigen Fallbeispielen der Normandie zu verfolgen, die im Augenblick der Bilanz zugleich auch künftige Perspektiven anzeigten und überdies die Heraufkunft einer neuen Generation von Forschern demonstrierten.

Der vierte und letzte Teil schließlich war der Einordnung der Französischen Revolution in den Kontext einer vergleichenden Analyse der unterschiedlichen Wege bürgerlicher Umwälzung gewidmet und verwies auf die Forschungen zur Wirkungsgeschichte der Revolution im 19. Jahrhundert, die im Vorfeld des Bicentenaire heftige Debatten hervorgerufen hatten.

Die Wirkung des Kolloquiums, dessen Ergebnisse demnächst im Akademie-Verlag Berlin veröffentlicht werden, dürfte weit über den engeren Kreis der Revolutionsspezialisten hinausgehen, standen doch im Zuge der kritischen Bilanz der Forschung vor allem generelle methodologische Überlegungen und die Frage nach künftigen Trends der internationalen Geschichtswissenschaft zur Debatte, für die sich die Beobachtung des exemplarischen Gegenstandes Französische Revolution allzeit besonders lohnt. Am Eröffnungstag des Kolloquiums wurde eine Projektvereinbarung zur Kooperation zwischen den Universitäten Leipzig und Rouen geschlossen, die den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten, weitere gemeinsame Konferenzen und Publikationen zum Thema „Wege und Formen gesellschaftlicher Transformation in der neuzeitlichen Weltgeschichte“ vorsieht. Zur gleichen Themenstellung wurde - auch dies ein Ergebnis des Kolloquiums - ein internationaler Forschungsverbund initiiert, der weitere wissenschaftliche Institutionen anderer Länder einschließen wird. Die ausländischen Teilnehmer drückten mehrfach ihre Hoffnung auf eine erweiterte Zusammenar-

beit in der Zukunft und den dafür notwendigen Erhalt leistungsfähiger und international anerkannter Forschungsstätten in Leipzig aus.

Katharina Middell

Am 5. Februar 1991 fand die Gründungsversammlung der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V. statt. Die Anwesenden wählten Herrn Gerald Diesener zum Vereinsvorsitzenden, als Geschäftsführer erhielten Frau Maria Bude und als Kassenwart Frau Susann Graber ebenso einstimmig das Vertrauen.

Der Verein versteht seine Namensgebung in mehrfacher Hinsicht als symbolträchtig. Neben auf die Person Karl Lamprechts gerichteten Arbeiten will er der weiteren Erschließung, Pflege und Verbreitung des Werkes des Historikers, dessen Wirken eng mit Leipzig und Sachsen verbunden ist, vornehmliche Aufmerksamkeit schenken. Die Nachzeichnung und Würdigung der Lamprechtschen Intentionen und Konzepte zur Frage, wie Geschichte zu schreiben sei, rückt nicht nur als historiographiegeschichtliches, sondern auch aktuelles Problem des Umgangs mit der Historie in das Blickfeld künftiger Vorhaben. Gedacht ist deshalb an ein breit angelegtes Vereinsleben, das interdisziplinär und offen für vielfältige Anregungen einen facettenreichen Beitrag im geschichtswissenschaftlichen Leben Leipzigs leistet. Neben Diskussionsveranstaltungen und Publikationen, deren Umfang freilich von noch zu schaffenden Voraussetzungen abhängig ist, soll der jährlich stattfindende „Karl-Lamprecht-Vortrag“ alle Mitglieder der Gesellschaft zusammenführen. Gern wird die Karl-Lamprecht-Gesellschaft die angebotene Möglichkeit wahrnehmen, in COMPARATIV mit ihren Mitgliedern und Interessenten an ihrer Arbeit in Kontakt treten zu können.

Während des vom 10. bis 12. Oktober 1991 in Leipzig stattfindenden Kolloquiums „Universalgeschichte - gestern und heute“ wird sich die Gesellschaft mit detaillierten Vorstellungen der Öffentlichkeit präsentieren. Schon jetzt sind alle Personen, die sich dem geschilderten Anliegen verpflichtet fühlen, in der Karl-Lamprecht-Gesellschaft herzlich willkommen.

Gerald Diesener

Im Oktober 1992 findet in Leipzig die internationale Konferenz „Europa und Amerika 1492-1992: Die Rolle der Messestädte und Handelsplätze für den Austausch der Kontinente“ statt. Damit möchte die AG Spanien/Lateinamerika einen speziellen Beitrag in den Reigen der Veranstaltungen zum 500. Jahrestag einbringen. Es soll ein wichtiger Aspekt der gesellschaftlichen Transformation Europas in der longue durée-Dimension aus dem Blickwinkel wirtschaftlicher und soziokultureller Vernetzung von Handelsstädten gezeigt werden. Die Leipziger Gruppe wird sich dabei auf die Verbindungen Sachsens und Preußens zum spanisch-amerikanischen Raum beschränken, andere Forscher werden eingeladen, den Austausch aus ihrer regionalen Perspektive darzulegen.

Autorenverzeichnis

Martin Beck, Diplompolitologe, Institut für Politikwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Henner Fürtig, Dr. sc. phil., Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Universität Leipzig

Adel Karasholi, Dr. phil., Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Universität Leipzig

Steffen Kling, Dr. phil., Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Universität Leipzig

Arnd Krause, Prof. Dr. sc. phil., Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Universität Leipzig

Katharina Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Sektion Afrika-Nahost-Wissenschaften, Universität Leipzig

Karl-Lamprecht-Gesellschaft
Leipzig e.V.
Ch.-Probst-Str. 3
07026 Leipzig

